

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

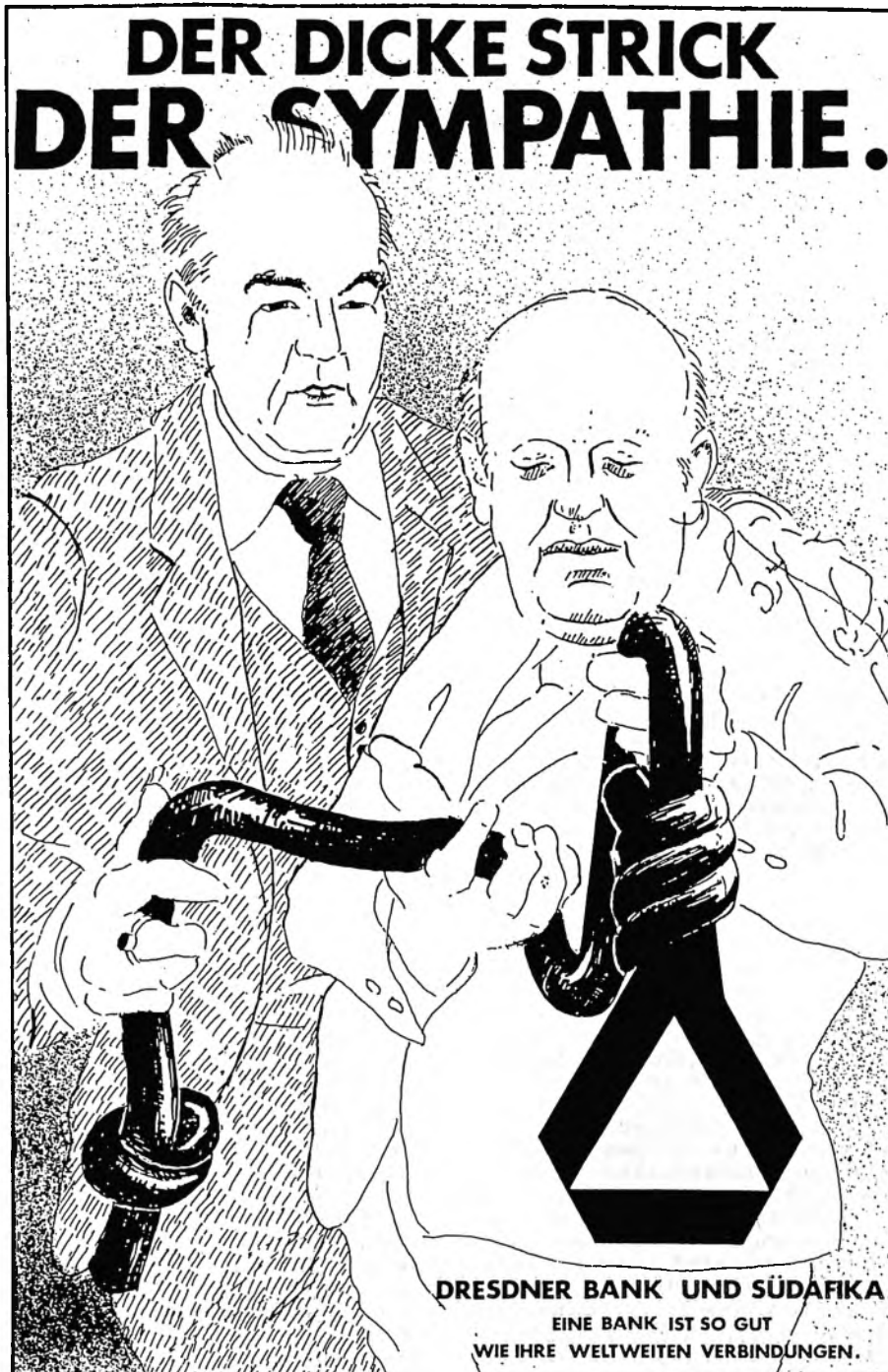
Politische Berichte



19. Oktober 1985
Jg. 6 Nr. 21

G 7756 D

Preis:
2,50



NPD-Verbot: Das Verbot der NPD wird noch von zu wenigen Kräften gefordert
Seite 8



Revanchistenaufmärsche 1985: "Es soll unseren Kindern ... unbenommen sein, wieder in Pommern zu siedeln"
Seite 10



Naher Osten: Imperialisten suchen Kriegsgründe gegen PLO und arabische Staaten
Seite 15

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK • 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Südafrika/Azania: Konterrevolutionäre Strategien gegen den Befreiungskampf — die deutschen Banken sind führend dabei 4

Politische Gefangene: "RAF im Knast": lebenslänglich auf Raten..... 7

Frankfurter Appell: Vorbereitung der Herbst-Konferenz 7

NPD-Verbot: Das Verbot der NPD wird noch von zu wenigen Kräften gefordert..... 8

Stahlindustrie: Europas Stahlarbeiter vor neuen Auseinandersetzungen..... 9

Revanchistenaufmärsche 1985: "Es soll unseren Kindern ... unbenommen sein, wieder in Polen zu siedeln" 10
Dokumente zu Wiedervereinigung, Europa, Volksgruppenrechte 11

Auslandsberichterstattung

Rössing-Uranmine in Namibia: Ein Bericht der SWANU über die Arbeitsbedingungen der schwarzen Arbeiter..... 12

VR China: Auf dem Weg zum Schuldnerland? 13

Belgien: Reaktion bei Parlamentswahlen gestärkt..... 14

Peru: "Nationale Reformen" gegen Korruption und Mißwirtschaft. 14

Neukaledonien: 80% der Melanesier stimmen für Unabhängigkeit 15

Naher Osten: Imperialisten suchen Kriegsgründe gegen PLO und arabische Staaten 15

Internationale Meldungen..... 16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen

Kapitalistenverbände gegen Ausbildungsabgabe 18
Christliches Abendland und 3. Welt gegen die Supermächte..... 18
"Kritische BAYER-Aktionäre" ... 18
"Friedensbewegung und blockübergreifende Strategien"..... 18
Kritik am Zivilschutzgesetz..... 19

Die "Theologie der Befreiung" macht Esser hellhörig: Die Bedeutung dieser religiösen Strömung im Kampf gegen den Imperialismus..... 19

Präsidium der gemeinsamen Vollversammlung der Leitungen bzw. Vertreter von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU/R, GIM, KG (NHT), KPD, PA

Mitteilung

Am 12./13. Oktober trafen sich die Leitungen bzw. Vertreter von BWK, FAU-HD (A), FAU/R, KG (NHT), KPD, PA. Die AAU war verhindert und konnte nicht teilnehmen. Als Gäste waren Vertreter der GIM, der Gruppe IV. Internationale und der SAG anwesend.

Die Vollversammlung billigte den Tätigkeitsbericht des Präsidiums und den Bericht der Beilagenredaktion. Die Vollversammlung beschloß die Erweiterung um die Gruppe Internationale Marxisten (GIM), deutsche Sektion der IV. Internationale. Sie beschloß ein Leitungstreffen für Mitte Januar 1986 zur Beratung über die bevorstehenden Bundestagswahlen 1987. Folgende weitere Beschlüsse wurden gefaßt:

Rundreise eines PAC-Vertreters

Die gemeinsame Vollversammlung beschließt:

1) Die der gemeinsamen Vollversammlung angehörenden Organisationen organisieren gemeinsam die Rundreise eines PAC-Vertreters, die Anfang 1986 stattfinden soll.

Gen. Mlambo, der Vorsitzende des PAC, wird in Absprache mit dem Vertreter des PAC in der BRD eingeladen, auf vier regionalen Veranstaltungen — z.B. in Hamburg, Hannover, Dortmund oder Frankfurt, München — zu sprechen. Darüber hinaus wird ein Vertreter des PAC bei der UNO eingeladen, auf weiteren, örtlichen Veranstaltungen zu sprechen.

2) Die der gemeinsamen Vollversammlung angehörenden Organisationen führen in Vorbereitung der Rundreise und in ihrem Rahmen eine Spendensammlung durch zur Unterstützung der Informationsarbeit

des PAC. Das Ziel der Spendensammlung sind 20000 DM, auf Wunsch des PAC für zwei Satz- und Fernübertragungssysteme (einschließlich Installationskosten), mindestens aber 10000 DM für eine Einheit. Die Spendensammlung wird mit Ende der Rundreise abgeschlossen.

3) Die der gemeinsamen Vollversammlung angehörenden Organisationen geben zur Vorbereitung der Rundreise im Dezember eine gemeinsame Broschüre heraus, die die Geschichte des azanischen Befreiungskampfes dokumentiert und auch programmatische Dokumente des PAC veröffentlicht.

4) Für die Organisation der Tätigkeit wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich auf das Präsidium stützt. Sie sucht die Zusammenarbeit mit weiteren politischen Organisationen und Komitees.

Die gemeinsame Vollversammlung beschließt:

Sofortige Freilassung von Günter Sonnenberg

25 Rechtsanwälte aus der BRD und dem westeuropäischen Ausland fordern die sofortige Freilassung von Günter Sonnenberg.

Sie schreiben: "Seit Jahren wird Günter Sonnenberg, Gefangener aus der RAF, in Isolationshaft gehalten. Im Unterschied zu allen anderen Gefangenen wird die Isolationshaft an einem Haftunfähigen vollzogen. Gerade hieran wird die Dimension staatlicher Aufstandsbekämpfung deutlich und gerade hieraus ergibt sich die Legitimation, jetzt alles zu tun, um ihm ein Überleben zu ermöglichen. Das läßt sich letztlich nur erreichen, wenn Günter freigelassen wird."

Günter wurde am 3.5.1977 zusammen mit Verena Becker in Singen verhaftet. Dabei kam es zu einer Schießerei mit der Polizei. Günter wurde durch einen Schuß in den Hinterkopf lebensgefährlich verletzt. Ein Geschoß drang mehrere Zentimeter in seinen Schädel ein und zerteilte sich in der hinteren Hirnhälfte.

Unter dem Verdacht, den Generalbundesanwalt Buback erschossen zu haben, wurde der schwerverletzte Gefangene bereits 15 Tage später verhört, der Haftbefehl eröffnet. Erst 20 Tage nach seiner Verhaftung konnte ein Vertrauensanwalt zu Günter.

Im März 1978 begann in Stuttgart Stammheim der Prozeß gegen Günter Sonnenberg. Er wurde zu lebenslanger Haft verurteilt.

Seit Anfang dieses Jahres wurden Günters Haftbedingungen durch weitere Besuchsverbote verschärft. Der makabere Beschluß des Landgerichtes Karlsruhe vom 4.2.1985 sagt dazu: "Denn wenn der

Gefangene sich darauf beschränkt, seine Besucher aus dem terroristischen Umfeld auszuwählen, darf er sich nicht wundern, wenn er zunehmend vereinsamt."

Auch nach einem epileptischen Anfall hat sich an Günters Haftbedingungen nichts geändert. Während anderen Gefangenen, bei denen Epilepsiegefahr besteht, zugestanden wird, daß sie in Gemeinschaftszellen mit Gefangenen ihrer Wahl untergebracht werden können, wurde sein Antrag auf Zusammenlegung mit Roland Meyer abgelehnt. Nicht nur die Haftbedingungen stehen der Genesung Günters entgegen. In der Dokumentation führen die Anwälte auch auf, wie Günters Forderungen nach medizinischer Versorgung abgeschmettert wurden. Seit nunmehr fünf Jahren wurde Günter nicht von einem Arzt seines Vertrauens untersucht.

Die Anwälte fassen zusammen: "Die Chronologie des Haftvollzugs von Günter Sonnenberg ist die Geschichte eines Programms gegen ihn, eines Programms, das auf seine Zerstörung zielt. Die konsequente Verhinderung seiner gesundheitlichen Rehabilitation durch den Staatsschutz hat Methode. Sie ist Ausfluß der kriegsmäßig geführten Aufstandsbekämpfung, die dem politischen Gegner das Recht auf Leben verweigert. Die rechtlichen Konsequenzen aus seiner Haftunfähigkeit, nämlich Freilassung und Rekonvaleszenz, stehen seiner Vernichtung im Sonderhaftvollzug im Wege."

Die Organisationen der revolutionären Sozialisten unterstützen diese Forderung: **Sofortige Freilassung von Günter Sonnenberg** beschlossen am 12.10.1985

**Beschluß der gemeinsamen Vollversammlung von
AAU, BWK, FAU-HD (A),
FAU/R, GIM, KG (NHT), KPD, PA
zur Durchführung einer gemeinsamen Arbeitskonferenz von
Beschäftigten in Krankenhäusern bzw. im Gesundheitswesen**

Je mehr die Kapitalisten durch Intensivierung der Arbeit die Gesundheit der Lohnabhängigen ruinieren, desto mehr verlangen sie Kürzungen im Gesundheitswesen. Die hohen sog. Lohnnebenkosten stören die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Kapitalisten, ihre Expansion. Deshalb behaupten sie, zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen müßte in den Krankenhäusern rationalisiert und Versicherungsleistungen gestrichen werden, um die Versicherungsbeiträge zu senken.

Die Beschäftigten in den Krankenhäusern wehren sich gegen die zunehmenden reaktionären Angriffe auf Lohn und Arbeitsbedingungen: Seit Jahren werden die Überstunden und Personalkürzungen bekämpft; mit Einführung neuer Schichtzeiten mit Spätdienst bis in die Nacht bzw. Wiedereinführung des geteilten Dienstes stoßen die Dienstherrn auf heftigen Widerstand; gegen die Privatisierung von Putzdiensten und anderen gewerblichen Arbeiten im Krankenhaus finden Kämpfe statt; gegen die Kürzung der Ausbildungsvergütung der Krankenpflegeschüler fanden in allen Teilen der BRD Demonstrationen statt; gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens (Zivilschutzgesetz) widersetzen sich die Beschäftigten.

Trotzdem müssen die Beschäftigten in den Krankenhäusern eine Niederlage nach der anderen einstecken. Das führt zur physischen, aber auch psychischen Ruinierung. Nicht nur, daß sich das Pflegepersonal abrackern muß, trotzdem fehlt die Zeit, die Patienten mit dem Notwendigen zu versorgen, d.h. das Pflegepersonal wird in die Rolle des Mitschuldigen bzw. Komplizen beim kapitalistischen Patientenbeistandungsprogramm getrieben, was die Widerstandskraft lähmt.

Die Spaltung der Lohnabhängigen mit der Politik der "Kostendämpfung" ist der Reaktion bisher gut gediehen. Die IGM hält die Arzneimittelkonzerne und die niedergelassenen Ärzte für schuld an der sog. Kostenexplosion im Gesundheitswesen und gibt ihren Mitgliedern Tipps für die Selbstbehandlung. Die ÖTV gibt bei den Wirtschaftlichkeitsprüfungen in den Krankenhäusern nach. Daß man "die Leute nicht künstlich am Leben erhalten", sondern ihnen "beim Sterben helfen" solle, ist weit verbreitete Ansicht. Daß Gesund-Sein angeblich Ergebnis persönlicher Anstrengungen, konnte die Reaktion besonders in jenen Kreisen verbreiten, wo wegen erträglicher Arbeit und guter Erholungsmöglichkeiten der Gesundheitszustand durchschnittlich gut ist. Der allgemeine Gesundheitsbegriff wird beseitigt zugunsten individualistischer (gesund sei: an seine persönlichen Lebensumstände angepaßt), d.h. klassenmäßiger Definitionen. Diese Spaltung der Lohnabhängigen will die Bourgeoisie durch entsprechende versicherungsrechtliche Konstruktionen untermauern.

Das Argument "Kostendämpfung" hat nicht deshalb Anklang gefunden, weil Euthanasie bereits populär wäre, sondern weil so viele merken, daß trotz horrender Ausgaben für das Gesundheitswesen der Gesundheitszustand nicht besser wird, oft

im Gegenteil. Die reformistische Illusion, man könne die Arbeiter und Angestellten ruhig schinden, wenn man nur genug Aufwand zur Reparatur treibe, ist mit bitteren Erfahrungen von Millionen widerlegt.

Wir müssen nachweisen, daß die Ruinierung der menschlichen Arbeitskraft durch die Kapitalisten die enormen Kosten im Gesundheitswesen verursacht (ganz abgesehen von dem unbezahlbaren Verlust an Lebensfreude und Lebensjahren), um die Beschäftigten in den Krankenhäusern und im Gesundheitswesen im Kampf gegen die laufende kapitalistische Rationalisierung erfolgreicher zu unterstützen und in der Diskussion um Kostendämpfung, insbesondere bei Diskussionen in den örtlichen Gremien der Krankenkassen, konkreten Auflagen gegen bestimmte Kapitalisten hinsichtlich Schonung der Gesundheit der Versicherten Geltung zu verschaffen.

Die Arbeitskonferenz soll am 7.12.1985 stattfinden und folgende Schwerpunkte auch in Arbeitsgruppen behandeln (welche Vorträge im einzelnen vorliegen können, muß mit den verschiedenen Organisationen auf der gemeinsamen Leitungsvollversammlung abgesprochen werden):

Der Kampf um den Lohn in den Krankenhäusern

- Stand der Vorbereitung der Tarifrunde und welche Forderungen wir unterstützen.
- Kann der Angriff auf die Ausbildungsvergütung der Krankenpflegeschüler zurückgeschlagen werden?
- Durch Privatisierung des Reinigungsdienstes, der Wäschereien und anderer gewerblicher Bereiche im Krankenhaus wird deren Lohn gesenkt und Lohnsenkung weiterer Teile der Belegschaften der Krankenhäuser der Weg geebnet.

Kampf gegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen

- Auf welche tariflich festgelegten Rechte können sich die Krankenhausbeschäftigten beim Kampf gegen Überstunden berufen? Stand der Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung.
- Durch weitere Differenzierung der Beschäftigung auf Station wird Rationalisierung und Lohnsenkung betrieben.
- Verkürzung der Liegezeiten, mehr Untersuchungen in kürzerer Zeit, Einrichtung zentraler Dienste, computergesteuerter Personaleinsatz – alles führt zur weiteren Intensivierung der Arbeit.
- Wie können Wirtschaftlichkeitsprüfungen wirkungsvoll bekämpft werden?
- Die christlichen Krankenhäuser, Brutalität gegen Beschäftigte und Patienten.

Kampf gegen die kapitalistische Gesundheitspolitik

- Warum es unabdingbar ist, die Kapitalisten als Verursacher der Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu überführen, und welche Möglichkeiten wir dazu haben.
- Kürzung von Versicherungsleistungen, insbesondere im Krankenhaus.
- Kapitalisten zur weiteren "Reform" des Gesundheitswesens (BDA 1985).
- Was die Arzneimittelkonzerne an der Ruinierung der Arbeitskräfte verdienen.

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten..... 21

Boehringer Mannheim: Betriebsrat widerspricht Zeitverträgen und verliert vor Gericht..... 22

Sonntagarbeit: Wer gegen Wochenendarbeit auftritt, soll fliegen 22

Bundes-AG Schule/Wirtschaft: Transmissionsriemen der Kapitalistenverbände..... 23

LTU: Neuer Manteltarifvertrag nach Urabstimmung..... 23

Die bayerische SPD: Den Abstand zur CSU verkleinern – "deutsche Sicherheit" und "Wirtschaftsförderung"..... 24

Hamburg: Südafrika-Boykott-Antrag der GAL abgelehnt..... 25

"Tag der Heimat": Zimmermann für mehr "ostdeutsche Kulturarbeit"..... 25

PLK Emmendingen: Der vom Sozialministerium Baden-Württemberg verfügte Stellenstop hat Auswirkungen – Nur Kostensenkung?..... 26
Abbau Pflegebereich, Ausbau Heimunterbringung..... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

Revanchismus: "Volk ohne Raum" – Mobilisierung der Jugend 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Plastische Gestaltung: Arbeiterplastiken des Bildhauers Harro Erhart..... 30

30 Jahre Bundeswehr: In der Tradition der preußischen Wehrpflichtarmee..... 31

BWK, KPD, KG(NHT): Beiträge zum Programmentwurf des ZK der KPD..... 34
Fortführung der Kritik am Programmentwurf der KPD..... 34
Zur programmatischen Diskussion, ihrer Bedeutung für die Einheit revolutionärer Sozialisten und den Kritiken des BWK..... 35
Wertproduktion trotz Vergesellschaftung?..... 37

Titelbild: Karikatur: sip, Göttingen

Südafrika/Azania

Konterrevolutionäre Strategien gegen den Befreiungskampf – die deutschen Banken sind führend dabei

Am 23.10. beginnen die Umschuldungsverhandlungen zwischen Südafrika und 29 führenden Gläubigerbanken. Damit erreicht eine schmutzige Intrige, die von den internationalen Bankzentren in New York, Frankfurt, London und Zürich ausgeht, ihren vorläufigen Höhepunkt.

Anfang September hatte Südafrika seine Zahlungsunfähigkeit erklärt und einseitig für vier Monate die Zins- und Tilgungszahlungen eingestellt. Doch wie konnte Südafrika zahlungsunfähig werden – ein Land, das über so viele wertvolle Rohstoffe verfügt wie kein anderes, das 1984 allein 683 t Gold auf den Markt geworfen hat, knapp die Hälfte des Weltverkaufs, und das bis vor kürzester Zeit noch als pünktlicher Zahler auftrat?

Die Krise der südafrikanischen Kolonialwirtschaft (1) und die explodierenden Kosten, die der wachsende koloniale Militär- und Unterdrückungsapparat verursacht, haben die südafrikanischen Auslandsschulden binnen weniger Jahre vervielfacht. Inzwischen betragen sie nach den Schätzungen der Gläubigerbanken ca. 30 Mrd. \$ und übertreffen erstmals den Jahreswert der südafrikanischen Ausfuhren.

Bemerkenswert ist auch, daß die imperialistischen Finanziere der südafrikanischen Siedlergesellschaft einen mit 60% außerordentlich hohen Anteil kurzfristiger Schulden an den gesamten Auslandsverbindlichkeiten durchgesetzt haben. Damit lassen sie sich das "Risiko", das der azanische Befreiungskampf für ihre Profitinteressen ist, mit einem Sonderzuschlag

vergüten, denn die Zinsen für kurzfristige Schulden sind besonders hoch, und zugleich behalten sie sich vor, auf die politische Entwicklung flexibel reagieren und ihr Kapital schnell abziehen zu können. Vor allem aber haben sie damit eine Konstellation geschaffen, die der Konterrevolution gegen den Befreiungskampf im südlichen Afrika großen Spielraum gibt.

Das Bankenmanöver, erster Akt

"Der Rückzug der amerikanischen Banken dürfte die Schweizer und westdeutschen Banken zu Top-Kreditgebern machen." Aus dieser Schlagzeile des "Wall Street Journal", der Zeitung der US-Hochfinanz (2), spricht nicht so sehr Konkurrenz als vielmehr Kollaboration und Kumpagnei.

Als etliche US-Großbanken wie die Citibank oder die Chase Manhattan Bank im Laufe des letzten Jahres beschlossen, keine Kredite mehr an die südafrikanische Regierung oder halbstaatliche Institutionen zu vergeben, sahen viele Apartheid-Gegner darin einen Erfolg der Desinvestitionskampagne in den USA. Das ist nur halb richtig. Der Teilrückzug der US-Banken war Auftakt zu einem großen internationalen Bankenmanöver, das möglich wurde durch die Schwäche der Boykottbewegung in den westeuropäischen Ländern und gerade in der BRD.

Noch 1984 hielten die britischen und die US-Banken zusammen über 60% der Forderungen ausländischer Ban-

ken an Südafrika, die westdeutschen nur 10%. Damit war das "Risiko" der Imperialisten recht einseitig verteilt. Der Teilrückzug der US-Banken ging jedoch damit einher, daß die deutschen und die Schweizer, aber auch die französischen und die österreichischen Banken in ganz anderem Umfang als bis dato in das Geschäft mit dem Siedlerstaat einstiegen. Die deutschen Banken übernahmen 1984 bei 14 von 18 südafrikanischen Anleihen in Höhe von insgesamt 2 Mrd. DM die Konsortialführung; diese Tendenz setzt sich 1985 fort. Damit schwingen sie sich in der Tat zu führenden Geldgebern des Regimes auf, die bewußt und gezielt in die Apartheid investieren.

Ihr Einstieg vor allem ins Anleihengeschäft hat auch noch eine andere Seite. Die Banken streuen die Anleihen breit unter das vermögende Publikum. Dazu kommt, daß sich die Aktien südafrikanischer Goldminen in westdeutschem Besitz in den letzten vier Jahren verzehnfacht haben (3), von der Verbreitung des Krügerrand gar nicht zu reden. Dies alles steigert das allgemeine Interesse nicht nur der Bourgeoisie, sondern auch größerer Teile der Bessergestellten an der Aufrechterhaltung der imperialistischen Kontrolle über Südafrika/Azania und ist für die Entfaltung einer starken Boykottbewegung eine Belastung.

Die US-Banken hatten übrigens auch früher nur einen kleinen Teil ihrer Kredite an Südafrika an staatliche Körperschaften vergeben. Schon deshalb fiel ihr Teilrückzug nicht sehr ins

Blüm: Noch mehr Teilzeit- und befristete Arbeit

Am 4.10. hat der Bundestag die Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes beraten. Danach sinkt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zum 1.1.86 von 4,1 auf 4%. Damit verbunden sind zahlreiche neue Gemeinheiten. So sollen die Kapitalisten künftig auch dann "Einarbeitungszuschüsse" bekommen, wenn sie Arbeitslose nur befristet einstellen. Für "schwer vermittelbare Arbeitslose" wird die "Eingliederungsbeihilfe" zwei Jahre statt bisher nur ein Jahr lang gezahlt. Künftig sollen auch Lohnabhängige über 30 Jahren (bisher: über 55 Jahre) zu ABM-Arbeiten gezwungen werden. Verschiedene Formen der Teilzeitarbeit werden durch "Teilbildungsmaßnahmen" parallel zur Teilzeitarbeit und durch "Teilunterhaltsgeld" gefördert. Blüms "soziale Tat": Der Arbeitslosengeldanspruch steigt für Arbeitslose über

44 Jahre auf 16 Monate, über 49 Jahre auf 20 Monate und über 54 Jahre auf 24 Monate. Ein Sprecher der GRÜNEN verurteilte, die Regierung gebe sich sozial mit Versicherungsgeldern, die sie Hunderttausenden von Arbeitslosen verweigere, und forderte ein Mindestarbeitslosengeld von 1200 DM. (BT-Ds. 10/3923 – rül)

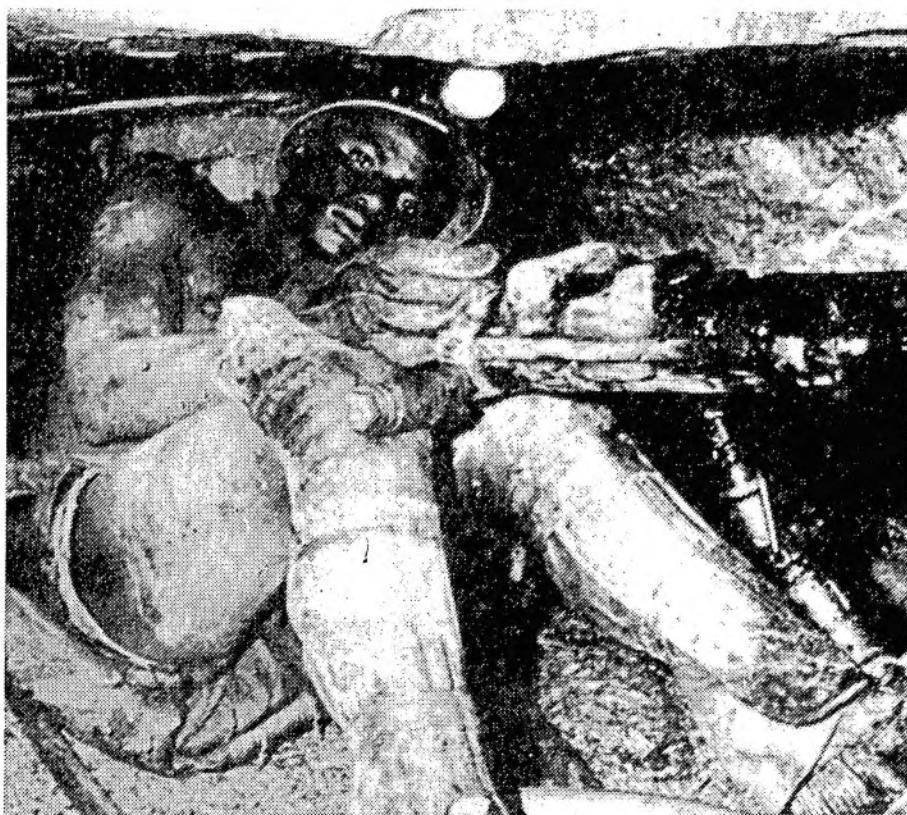
"Mutter und Kind" aufgestockt

Nach der ersten Lesung des Gesetzes für eine Stiftung "Mutter und Kind" ergriffen die Ausschüsse die Gelegenheit, die Gelder, die dem Unternehmen aus Bundesmitteln zufließen sollen, wuchtig zu erhöhen. Der Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit beantragte am 27.9. die Aufstockung der Mittel um 40 Mio. DM, je 10 Mio. von 1985 bis 1988. Die SPD enthielt sich der Stimme, die Grünen nahmen nicht teil. Der Haushaltsausschuß erklärte das Vorhaben für ver-

einbar mit der Haushaltslage des Bundes. Im Deutschland Union Dienst, Blatt zur Förderung des Führungsnachwuchses der CDU, nannte Schlottmann, MdB, die Kritik der SPD-Abgeordneten Zutt ein "Beispiel mies-demagogischer Politik". Zutt hatte festgestellt, daß 1934 schon einmal ein "Hilfswerk Mutter und Kind" geschaffen wurde, das "der Erhaltung des völkischen Bestandes" und "der Verringerung der Erwerbsarbeit von Müttern" gedient habe. – (anl)

Wörner pflegt Rüstungs- kontakte in Fernost

Vom 6. bis 20.10. hält sich Verteidigungsminister Wörner in Fernost auf, zu Besuch bei der japanischen Regierung, in Südkorea, Indonesien und Thailand. "Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt diese Staaten mit militärischer Ausbildungshilfe. Innerhalb des vom Kriegswaffenkontrollgesetz gesetzten Rahmens



Das Bild zeigt, daß die körperlich schwere Arbeit im Goldbergbau oft in gebückter Stellung verrichtet werden muß.

Gewicht, um so weniger, als sie sich durch neue Kredite an südafrikanische Banken und Firmen mehr als entschädigten. (4) In den letzten Monaten sind sie dazu übergegangen, ihre südafrikanischen Schuldscheine zu überdurchschnittlich hohen Zinsen weiterzuverkaufen. Auch das paßt ins Bild. In einer für das Rassenregime kritischen Phase, in der der azanische Befreiungskampf einen großen Aufschwung nimmt, haben die Imperialisten ihr Engagement in Südafrika noch verstärkt, haben dabei das "Risiko" untereinander besser ausgeglichen,

das Interesse im Innern breiter gestreut und so die weltweite Front der Reaktion gegen den Befreiungskampf befestigt.

Das Bankenmanöver, zweiter Akt

Ende Juli, Anfang August verweigerten mehrere Großbanken Südafrika die übliche Verlängerung seiner kurzfristigen Kredite und forderten die vorzeitige Rückzahlung anderer, längerfristiger Kredite. Innerhalb weniger Tage wurden zwischen 500 Mio. und über 1 Mrd. \$ aus Südafrika abge-

zogen; das Regime wurde dadurch endgültig zahlungsunfähig.

Bereits seit dem offenen Ausbruch der Kämpfe im Herbst 1984 sind die südafrikanischen Währungsreserven ständig gefallen. Im Frühjahr 1985 erreichten sie den absoluten Tiefpunkt. Ein Grund dürfte darin liegen, daß viele Südafrikaner ihr Vermögen außer Landes schafften. Seit letztem Herbst auch hat das Regime begonnen, die staatlichen Goldreserven Stück um Stück an ausländische Noten- und Privatbanken zu verpfänden. Dieser Coup wurde jetzt vorerst vollendet. Obwohl exakte Zahlen nicht öffentlich zugänglich sind, kann kein Zweifel mehr bestehen, daß Südafrika in den letzten Wochen seine gesamten Goldreserven verpfändet, genauer gesagt verkauft hat mit der Klausel, sie zu bestimmter Zeit zu höherem Preis wieder zurückzukaufen. (5) Das heißt: Einige ausländische Regierungen, Noten- und Privatbanken halten die Rechtstitel auf alles Gold in den staatlichen südafrikanischen Tresoren in den Händen – im Juli betrugen die südafrikanischen Goldreserven noch knapp 2,2 Mrd. \$.

Ohne eigene Gold- und Währungsreserven wird das Siedlerregime ganz und gar abhängig von seinen imperialistischen Geldgebern. Für weitere Kredite, die es immer nötiger braucht, hat es nicht viel anderes mehr zu bieten als den brutalen Willen, sich selbst und die Interessen der Imperialisten zu behaupten. So schaffen die imperialistischen Mächte die Bedingungen für eine Variante ihrer Politik: für die Errichtung einer faschistischen Militärdiktatur.

Die FAZ-eigene Wirtschaftszeitung "Blick durch die Wirtschaft", die durch einen unbezahlbaren Abonnen-

werden rüstungswirtschaftliche Kontakte unterhalten", teilt das Verteidigungsministerium erläuternd mit. Ausbildungshilfe für terroristische Militärregimes und Rüstungskoooperation mit einem alten Verbündeten gegen die SU: Wörner macht's! – (rüf)

Deutsche Bank kündigt Konten der MLPD

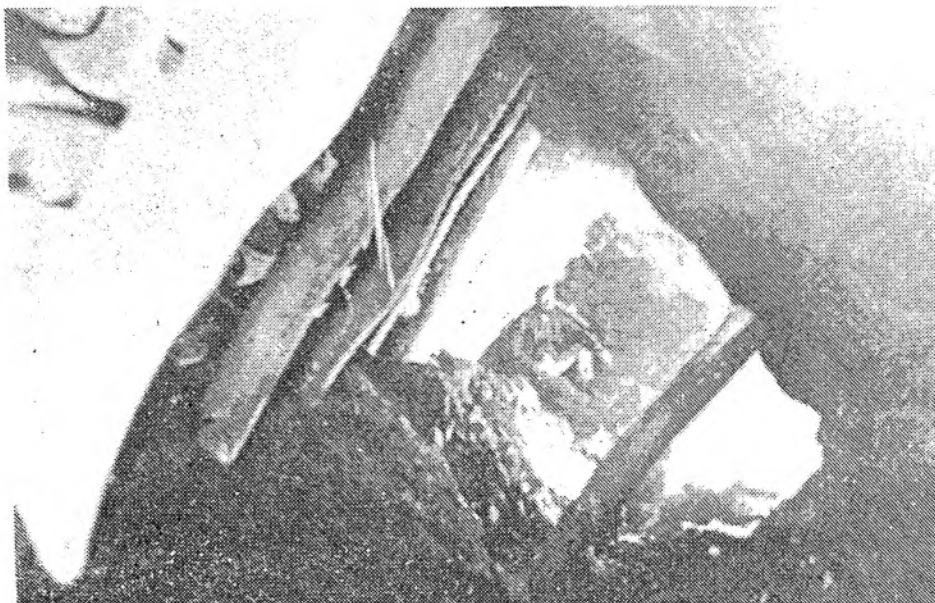
Mit ihrem Geldsack will die Deutsche Bank AG offenbar ein Exempel in Sachen Verhinderung kommunistischer Agitation und Propaganda starten. Sie kündigte der MLPD fristlos die Geschäftskonten. Erst mit der Begründung der "werblichen Verwendung" des Namens der Deutschen Bank in einem Flugblatt der MLPD, nach dem Brief eines Anwalts zog sie sich auf die "allgemeinen Geschäftsbedingungen" zurück. In der Presseerklärung des ZK der MLPD heißt es: "Dennoch steht der Charakter einer politischen Kündigung der Konten außer

Zweifel, da sonstige Anhaltspunkte, wie etwa Schulden ... auszuschließen sind." Die BfG scheint sich diesem Angriff anzuschließen, sie verweigerte die Eröffnung von Konten für die MLPD. Die Verweigerung eines Bankkontos schädigt faktisch bei allen Geschäftsbeziehungen und erschwert selbst mit den Mitgliedern die Kommunikation. Die MLPD fordert alle demokratischen Parteien, Gruppen und Einzelpersonen auf, diese Vorfälle in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und entschieden gegen das Vorgehen der Deutschen Bank zu protestieren. – (düb)

Zimmermann will Kautions für Einreise in BRD

Auch nur ein kurzfristiger Besuch der Angehörigen von "Nicht-EG-Ausländern" bei ihren Verwandten in der BRD soll schier unmöglich werden. Um einen Einreisegesichtvermerk in die BRD zu erhalten, sollte eine Türkin

5000 DM auf den Tisch blättern und sich verpflichten, während eines dreimonatigen Besuchs bei ihrem Ehemann in Westberlin keinen Antrag auf Aufenthaltserlaubnis auf Dauer zu stellen. Diese neue Barrikade, mit der Ausländer an der Einreise in die BRD gehindert werden sollen, rechtfertigt das Auswärtige Amt mit einer geltenden Bundesrichtlinie, die "Sicherheitsleistungen namentlich für Kosten der Rückreise oder etwa erforderliche Abschiebung" vorsieht. Grundlage dafür sei das Ausländergesetz, wonach Besuchervisa an Auflagen geknüpft werden könnten. Kautionen in solcher Höhe können viele Einreisewillige unmöglich aufbringen. Für den Nachzug von Ehegatten besteht der Bundesinnenminister ebenfalls auf Anwendung der Bundesrichtlinie, die im Gegensatz zu Länderrichtlinien keinerlei "Härteklauselregelung" enthält, d.h. diese Länderregelungen wären keinen Pfifferling wert. – (düb)



Die Stollen folgen der Goldader. Jüngsten Plänen zufolge sollen die Minen jetzt 5 km tief getrieben werden. Die Auswirkungen solcher Tiefen und der dort herrschenden Temperaturen von 70 Grad auf den Menschen sind einschneidend.

tenpreis nur einer exklusiven Leserschaft mit Geld und einschlägigem Interesse zugänglich ist, schreibt ganz offen: "Es gibt auch Stimmen, die sich eine Lösung der sehr komplexen Situation durch die Abschaffung des Wahlrechts für die weiße, farbige und asiatische Bevölkerung versprechen, womit dem Schlagwort 'one man one vote' (ein Mann, eine Stimme – Red.) der Wind aus den Segeln genommen werden würde. Die Machtübernahme durch die Wehrmacht ... könnte ... der Schlüssel zu einer kommenden friedlichen Zusammenarbeit aller sein. Auch ohne ein gewähltes Parlament könne ein Volk, bestehend aus den unterschiedlichsten Stämmen, seiner Bestimmung und einer verheißungsvollen Zukunft entgegensehen ..." (6.8.85) Im Bundestag ist man etwas zurückhaltender; aber vor diesem

Hintergrund bekommen die zahlreichen drohenden Äußerungen reaktionärer Politiker, die Durchsetzung von "ein Mann, eine Stimme" beschwöre den Bürgerkrieg herauf (6), ihre besondere Bedeutung.

Auch einer anderen, scheinbar entgegengesetzten Variante der imperialistischen Politik bereitet der Bankencoup den Boden: Für den Fall, daß das Rassistenregime sich nicht halten kann, hat er für jede Mehrheitsregierung die schwierige Situation bereitet, ohne Gold- und Geldreserven dazustehen. In diesem Zusammenhang sollte auch folgende Entwicklung die Aufmerksamkeit der fortschrittlichen Öffentlichkeit finden:

Nachdem die südafrikanische Goldproduktion von über 1000 t Gold 1970 auf 656 t 1982 gefallen war, ist der Verkauf bis 1984 wieder auf 683 t ge-

stiegen und soll er nach offiziellen Planungen bis 1990 sogar auf 720 t gesteigert werden. Dies geht jedoch nicht auf größere neue Goldfunde und gestiegene Produktivität der Minen zurück. Vielmehr haben die Bergwerksmonopole erstens ihre Lager radikal ausverkauft, und zweitens beginnen sie in großem Umfang damit, mittels neuer Maschinerie die alten Abraumhalden zu verwerten, die im Schnitt noch ein Gramm Gold je Tonne bergen. (7) Die Plünderung der zugänglichen Goldvorräte ist also immens forciert worden und wird noch weiter forciert. Auch das engt den Handlungsspielraum einer zukünftigen Mehrheitsregierung ein, bringt sie in große Schwierigkeiten, wenn sie sich in den ersten, mit hoher Wahrscheinlichkeit krisenhaften Jahren behaupten muß gegen alle möglichen Erpressungen und womöglich gegen bewaffnete Interventionen der internationalen Konterrevolution.

Der Kampf für Boykott des Rassistenregimes wird dringender denn je. Nur durch wirklich umfassenden und weltweiten Boykott kann das Regime von seinen äußeren Finanzquellen abgeschnitten werden und können wir das Notwendige dazu beitragen, die imperialistische Strategie zur Aufrechterhaltung ihrer Kontrolle über Südafrika/Azania zu durchkreuzen.

(1) Pol. Ber. Nr. 16/85; (2) Handelsblatt, 5.9.85; Wertpapier, 15.9.85; Süddeutsche Zeitung, 12.7.85; (5) siehe z.B. Handelsblatt, 20./21.9.85; (6) s. Strauß in: Handelsblatt, 25.9.85; (7) Nachrichten für Außenhandel, 5.11.84. Weitere Quellenhinweise: Blick durch die Wirtschaft, Finanz und Wirtschaft, Nachrichten für Außenhandel, Neue Zürcher Zeitung, Jahrgänge 1984/85 – (scc)

Ganz große Koalition in der Deutschlandpolitik

Die Regierungsparteien haben sich zum zweiten Mal seit dem Regierungsantritt Kohls mit der SPD auf eine gemeinsame Entschließung zur Deutschlandpolitik geeinigt. Der Entwurf der gemeinsamen Entschließung muß noch von den Fraktionen gebilligt werden. Die "Welt" vom 7.10. veröffentlichte bereits Auszüge. Danach haben sich alle vier Parteien darauf geeinigt, das "Recht des deutschen Volkes auf friedliche Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts" zu bekräftigen, sprich: Die großdeutsche "Wiedervereinigung". Sie betonen, daß "in Erfüllung des Auftrags des Grundgesetzes" eine "gestaltende Deutschlandpolitik nicht heute die Entscheidungen vorwegnehmen" könne, "die unser Volk in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts eines Tages treffen wird." Damit wird die von den

GRÜNEN und anderen Kräften der politischen Opposition geforderte Streichung des aggressiven Wiedervereinigungsauftrags des Grundgesetzes ausdrücklich zurückgewiesen. Solange die "Menschen in der DDR" nicht frei seien, sei auch die deutsche Frage "ungelöst". Das ist eine große Koalition für das Kriegsziel: Vernichtung der DDR. – (rül)

Hungerstreik gegen Isolationshaft

Am 4.10. begannen sechs Gefangene in der JVA Freiburg einen Hungerstreik, um gegen die Isolationshaftbedingungen, denen sie seit einiger Zeit unterworfen sind, ihre Forderungen, insbesondere die Auflösung der seit August 1985 bestehenden "geschlossenen Abteilung" (Einzelhaft, kein Sporthof, Ausschluß von Freizeitveranstaltungen), durchzusetzen. Drei Gefangene wurden inzwischen verabschiedet, um den Hungerstreik zu bre-

chen. In einer Erklärung der Gefangenen heißt es unter anderem: "Die seit langem gehegte Befürchtung, daß die besonderen Vollzugsmaßnahmen gegen die Angehörigen der RAF zum allgemeinen, auch nicht-politische Gefangene (bzw. sozialpolitische Gefangene) betreffenden Standard erhoben werden könnten, scheint sich angesichts steigender Kriminalität infolge wachsender wirtschaftlicher Rezession und rapidem Sozialabbau zu erfüllen." – (ulb)

Neue Heimat im Würgegriff von Banken und Reaktion

ReiBerisch kündigte der "Spiegel" am 7.10. einen lukrativen Ausverkauf unter den noch 289.462 Sozialwohnungen der Neuen Heimat an. Angeblasen wurde die Jagd am 25.9. im Bundestag. Bauminister Schneider (CSU) und Lambsdorff (FDP) nutzten scheinbar überraschend eingeleitete Notverkäufe des gemeinnützigen Teils der Neu-

Politische Gefangene

**"RAF im Knast":
lebenslänglich auf Raten**

Nach Abbruch des Hungerstreiks der politischen Gefangenen hat sich deren Situation in den Haftanstalten weiter verschärft. Der größte Teil der Gefangenen befindet sich nach wie vor in Einzelisolation, lediglich zehn Gefangene sind noch in Kleingruppenisolation (vier in Celle, drei in Westberlin und Lübeck). Das Justizministerium in Kiel, zuständig für die JVA Lübeck, hat den Gefangenen dort mitgeteilt, daß nicht— wie zunächst erklärt worden war— weitere politische Gefangene in den Trakt kommen können, sondern daß "normale" Gefangene aus der JVA Lübeck dort rein sollen. Diese Kurskorrektur erfolgte nach der letzten Justizministerkonferenz am 11./12.5.1985.

Besonders schlimm ist die Situation des in der JVA Bruchsal inhaftierten Günter Sonnenberg, der nach Auskunft seines Anwalts G. Klusmeyer haftunfähig ist und sofort aus dem Vollzug entlassen werden müßte (vgl. "Der Vollzug der Vernichtungshaft am Beispiel des Gefangenen aus der RAF, Günter Sonnenberg, Chronologie eines Programms, August 85"). Der seit 1977 in Einzelhaft gehaltene Günter Sonnenberg, der bei seiner Festnahme einen Kopfschuß erhielt, hatte am 16.05.85 einen epileptischen Anfall. Nach diesem Anfall hat die Verteidigung sofort beantragt, Günter Sonnenberg mit dem ebenfalls in Bruchsal inhaftierten Roland Mayer zusammenzulegen. Die Anträge wurden abgelehnt: "Wesentlich mitentscheidend für die Ablehnung der vorgeschriebenen Anträge ist das Vollzugsziel, je den Ihrer beiden Mandanten dem Re-

gelvollzug zuzuführen und hierdurch insbesondere dazu beizutragen, daß sie von ihrer unglückseligen Vergangenheit und ihren bisherigen Einstellungen und Verhaltensweisen Abstand nehmen. Dieses Vollzugsziel würde in mitentscheidender Weise verhindert durch die gemeinschaftliche Unterbringung Ihrer Mandanten, da die erhebliche Gefahr besteht, daß sie sich noch mehr als bisher gegenseitig in ihren wiedereingliederungsschädlichen Haltungen bestärken".

Seit Anfang 1985 erhielten vier Besucher von Günter Sonnenberg Besuchsverbot, was dazu führte, daß Günter derzeit nur noch Besuch von seinen Eltern, einer Besucherin und von seinem Anwalt erhält. Doch verantwortlich für die Isolation und deren Folgen sei Günter Sonnenberg selbst. Aus einem Beschluß des Landgerichts Karlsruhe vom 04.02.85:

"Denn wenn der Gefangene sich darauf beschränkt, seine Besucher aus dem terroristischen Umfeld auszuwählen, darf er sich nicht wundern, wenn er zunehmend vereinsamt."

Diese Beschlüsse zu Günter Sonnenberg sind nur beispielhaft ausgewählt. Serienweise werden Besucher ausgeschlossen, weil sie nach Mitteilung des kontrollierenden LKA-Beamten z.B. "gewaltbejahend" mit dem Gefangenen gesprochen hätten. Politische Gespräche sind unter diesen Bedingungen ohnehin vollständig ausgeschlossen. In einer 13 Seiten umfassenden Verfügung ordnet der Vors. Richter am OLG Düsseldorf für die Gefangenen Frei und Pohl unter Punkt 11.10 an:

"Der Besuch ist unverzüglich abubrechen, wenn er von dem Besucher oder dem Angeschuldigten mißbraucht wird, zum Beispiel durch Nichtbefolgen von Weisungen der überprüfenden oder überwachenden Beamten, Übergabe von Sachen, Mit-

teilungen verschlüsselter Nachrichten, Gespräche über terroristische Aktivitäten und Widerstandsaktionen in Vollzugsanstalten einschließlich "Hungerstreik" (OLG Düsseldorf v. 02.10.85)". Mit der Verschärfung der Haftbedingungen geht die immer umfassendere Anwendung der "Anti-Terrorbestimmungen" einher. Die in diesem Jahr von der Bundesanwaltschaft erhobenen Anklagen haben gegenüber früheren eine neue Dimension: das Konstrukt der "RAF im Knast". In zahlreichen Beschlüssen wird inzwischen als feststehende Tatsache ausgegeben, daß die Mitglieder der RAF nach ihrer Festnahme in der Haftanstalt weiter als Mitglieder tätig geblieben sind. Vor allem aber wird die Teilnahme am Hungerstreik als solche mitgliedschaftliche Betätigung gewertet. Der Widerstand der Gefangenen gegen ihre Isolation wird so zur Legitimation für den weiteren Ausbau des Vernichtungskonzepts. Gegen rechtskräftig Verurteilte kann wegen "mitgliedschaftlicher Betätigung in der Haft" neu Anklage erhoben werden. — (hem)

Frankfurter Appell

**Vorbereitung der
Herbst-Konferenz**

Am 21./22. September 1985 fand eine erweiterte Koordinationsausschusssitzung des Frankfurter Appell statt, auf der die Vorbereitungen für die Ausländerpolitische Konferenz des Frankfurter Appell am 23./24. November 1985 in Frankfurt besprochen wurden.

Am Samstag, dem 23.11., wird am Vormittag das Eröffnungsplenum stattfinden, auf dem das Ziel der Konferenz, zu den Bundestagswahlen 1987

en Heimat von München bis Bremen zur Verhetzung von Gewerkschaften und Gemeinwirtschaft: "Schlimmer als jeder sog. Miethai"; "Wirtschaftliches Versagen, soziale Rücksichtslosigkeit und politische Heuchelei". Die Reaktionäre wußten zu diesem Zeitpunkt schon, was kommen soll. Mit 30000 Wohnungsverkäufen bis 1984 und geplanten 30000 bis 1986 hatte die Neue Heimat noch anläßlich der Bilanz 1984 gehofft, Zins und Tilgung von restlichen 2 Mrd. DM Bankschulden des gemeinnützigen Teils sichern und diesen retten zu können (Politische Berichte 18/85, S. 9). Da waren Zahlungen auf weitere 15,4 Mrd. Schulden der privaten NH-Töchter Städtebau und International noch bis Anfang 1987 gestundet. Plötzlich hatten die Banken hierüber neue Verhandlungen am 5. November verlangt. Intern sollen sie Zahlungen im Wert von 150000 Wohnungen bis 1988 erörtern. — (ped)



US-Finanzminister Baker hat auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank die Staaten Lateinamerikas, Afrikas und Asiens zu einer "umfassenden Reform ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik" aufgefordert, um ihren Zins an die Imperialisten zu zahlen. Stoltenberg dazu: Diese "Grundlinie" sei richtig. Die USA sollten aber auch ihre Zinsen senken, um die Zinslast der Dritten Welt zu mindern. Der Zins tribut, den die BRD einstreicht, wird so nicht geringer. Er betrug 1984 über 14 Mrd. DM, ein großer Teil davon aus der Dritten Welt. — (rül)

eine Kampagne "Bürgerrechte für Ausländerinnen und Ausländer" zu starten, vorgestellt wird. Zu folgenden Themen werden Arbeitsgruppen durchgeführt: 1. Ausländerbeiräte, 2. Kommunalwahlrecht, 3. Niederlassungsrecht, 4. Doppelte Staatsbürgerschaft, 5. Forderungen der ausländischen Frauen und 6. Ausländerpolitik und Gewerkschaften. Zu allen Arbeitsgruppen sind Redner eingeladen. Am Samstagabend findet eine Veranstaltung zur Asylgesetzgebung statt. Das Abschlußplenum soll sich mit einer Resolution zur weiteren Tätigkeit befassen.

Anfang Oktober wurde in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" gemeldet, daß Zimmermanns Ausländergesetz erst einmal nicht verabschiedet werden soll. Diese Meldung täuscht aber über die tatsächlichen Pläne von Regierung und Kapitalisten, die seit dem Sommer diskutieren, wie die ausländische Bevölkerung besser den jeweiligen Konjunkturschwankungen entsprechend verwendet werden kann. Am weitestgehendsten äußerte sich hierzu der Hessische Unternehmerverband im Mai 1985: "Soweit es aus Arbeitsmarktgründen dringend geboten ist, sollten ausländische Arbeitnehmer für eine begrenzte Zeit eine Arbeitserlaubnis erhalten (Rotation), allerdings ohne Nachzugsgenehmigung für Familienangehörige. Die jetzt hier lebenden Nicht-EG-Ausländer (nur für diese gelten die Überlegungen) sind dann (nach einer Frist von fünf oder zehn Jahren) entweder deutsche Staatsbürger, oder sie haben das Land zu verlassen." Und Liselotte Funcke erklärte im Kölner Stadtanzeiger vom 25.9.85: "Türken und andere EG-Ausländer ... sollten bei freiwilliger Rückkehr in ihre Heimatländer nach etwa drei Jahren wieder die Chance der Einreise bekommen ... Auch Türken u.a. würden sich eher zu einer Rückkehr bereit finden, wenn dieser Entschluß umkehrbar sei." Der Unterschied zwischen den Kapitalisten und Liselotte Funcke besteht allein in der Anzahl der Jahre, die die ausländischen Arbeiter außerhalb der BRD sich aufhalten sollen und in der Demagogie, mit der Frau Funcke behauptet, als sei dies im Interesse der ausländischen Arbeiter.

In dieser Situation ist es günstig, daß der Frankfurter Appell seine Konferenz im November durchführt. Dort kann besprochen werden, wie man gegen diese Pläne vorgeht. In der nächsten Woche wird ein Flugblatt vom Koordinationsausschuß herausgegeben, das für die November-Konferenz mobilisiert. Zu beziehen ist es über: Koordinationsbüro Frankfurter Appell, Tel.: 069/731092.

Quellenhinweis: FAZ vom 1.6.85; FR vom 20.8.85; KStA vom 25.9.85; Überlegungen zu einer Ausländerpolitik, Vereinigung hess. Unternehmer 2/85.
— (eve)



Mahnwache für den getöteten Günter Sare, gerichtet gegen die Unterstützung der Polizei für die Faschisten.

NPD-Verbot

Das Verbot der NPD wird noch von zu wenigen Kräften gefordert

Die Debatte um Schuld und Verantwortung für den Tod des Antifaschisten Günter Sare, der bei einer Demonstration gegen die NPD durch einen Wasserwerfer überfahren wurde, so wie sie die bürgerlichen Parteien anheizen und die Grünen leider mitführen, geht jetzt in der Hauptsache um "Gewalt". Die Fragen, wessen Absetzung man fordern soll, des OB Wallmann, des Innenminister Winterstein oder die des Polizeipräsidenten Gemmer, spielen bestimmt auch eine große Rolle. Befaßt man sich aber nicht damit, welcher politischen Gesinnung diese Figuren Raum verschaffen und kann man nicht die Kräfte für das NPD-Verbot stärken, so wird die NPD das nächste Mal noch offener und frecher auftreten, und Wallmann, der jetzt schon auf Verschärfung des Demonstrationsrechts pocht, wird Demonstrationen verbieten, "um Gewalt zu vermeiden", und die Grünen können vor lauter Gewaltlosigkeit nichts dagegen tun.

Wie verbreitet ist die Forderung nach NPD-Verbot, wer erhebt sie?

"Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" "Löst endlich die NPD auf! Stoppt die reaktionäre CDU-Politik!" fordern VVN und DKP, und die SDAJ fordert gleichlautend mit dem DGB-Kreisvorsitzenden Manfred Kiesewetter: "Verbot der NPD und aller anderen neofaschistischen Organisationen!" Die IG Druck-Mitgliederversammlung hat eine Resolution verabschiedet, in der ein Verbot aller neofaschistischen Aktionen und ein Verbot der NPD gefordert wird. Dem schließt sich inhaltlich die Landeskongress der Deutschen Journalisten-

union (dju) in Frankfurt an.

Gar nicht eindeutig, und das sicherlich mit Absicht, drückt sich der SPD-Fraktionsvorsitzende des Frankfurter Stadtparlaments, Michel, aus, der äußerte, mit dem unseligen Treiben der NPD und anderer faschistischer Organisationen müsse endlich Schluß sein. Er richtet einen Appell an den OB, der sich hinter Verwaltungsgerichtsbeschlüssen verstecken will, NPD-Veranstaltungen zu verbieten, und an die Gerichte, "Verbotsverfügungen" zu respektieren. Weder die Grünen im Landtag noch die Grünen im Römer fordern das Verbot der NPD. Die Grünen Fundamentalisten im Regierungsbezirk Darmstadt schreiben zwar in einer Pressemitteilung: "Diese Tat erinnert uns an die nazistische Gewaltherrschaft ...", aber sie fordern keine gesetzlichen Konsequenzen. Auch die grün-alternative Liste, der AStA und die undogmatische Linke an der Uni wollen "insbesondere angesichts der nationalsozialistischen Vergangenheit in Deutschland das Auftauchen faschistischer Tendenzen gesellschaftlich radikal verhindern ...", aber damit kein NPD-Verbot erreichen.

Auf dem Trauermarsch zur Beerdigung von Günter Sare wurden Flugblätter verteilt, die zu einem breiten antifaschistischen Aktionsbündnis aufrufen. Dem kommt der Beschluss der Volksfront in Frankfurt am 8.10. entgegen, Mitte November eine Veranstaltung zum Thema "Verbot der NPD" durchzuführen, auf der vor allem auf das NPD-Programm und die Verbindung zur bürgerlichen Politik eingegangen werden wird. — (rst)

Stahlindustrie

Europas Stahlarbeiter vor neuen Auseinandersetzungen

Dies ist die Schlußfolgerung, die man ziehen muß, wenn man zwei in den letzten Monaten veröffentlichte Dokumente näher betrachtet. Einmal sind da die von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft veröffentlichten "Allgemeinen Ziele Stahl 1990" (E), zum anderen ein Gutachten des IFO-Instituts für die Unternehmervereinigung Eisen- und Stahlindustrie in der BRD (I).

Allgemeine Ziele Stahl 1990

Ausgangspunkt der Überlegungen der EG ist:

"Ohne daß heute schon abschließend im einzelnen gesagt werden kann, wo die Überkapazitäten liegen, sollte die Stahlindustrie sich darauf einstellen, daß der Markt sie in den kommenden Jahren zu weiteren Kapazitätsschnitten zwingen dürfte." (E, S. 2)

Als Gründe werden dazu angeführt:

"Der spezifische Stahlverbrauch geht nämlich bei allen Stahlverarbeitern zurück ... Der Markt der Gemeinschaft kann nicht auf Dauer gegen die Konkurrenz aus Drittländern abgeschirmt werden ... Der Stahlverbrauch bleibt seit mindestens zehn Jahren um etwa 3% jährlich hinter dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zurück ..." (E, S. 3, S. 4, I, S. 2)

Selbst bei einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 2,5% bis 1990 geht deshalb die EG-Kommission davon aus, "daß der Stahlverbrauch bis 1990 nicht über den Stand von 1984 hinausgeht". (I, S. 7)

Bezüglich des Überschusses des Exports über den Import, der in den letzten Jahren zwischen 10 und 16 Mio. Tonnen aus der EG in andere Länder betrug, rechnet die EG bei "schlechter" Entwicklung mit nur noch 5 Mio. Tonnen direktem Stahlexportüberschuß gegenüber dem Stahlimport.

Die Rohstahlerzeugung für 1990 wird von der EG-Kommission in Form von zwei Hypothesen — eine schwache, eine starke — dargestellt:

schwache Hypothese (Voraussage) = 103 Mio. Tonnen

starke Hypothese = 120 Mio. Tonnen

Obwohl von 1980 bis Mitte 1985 die Warmwalzkapazitäten bereits um über 28 Mio. Tonnen auf 143 Mio. Tonnen reduziert wurden, ergibt sich aus den oben genannten Zahlen für die EG-Kommission die Forderung nach Abbau von weiteren mindestens 27 Mio. Tonnen Rohstahlkapazitäten. Bei der "schwachen Voraussage" müßten es sogar 42 Mio. Tonnen Rohstahlkapazitäten sein.

Welche Folgen für die Beschäftigten?

Ausgehend vom Höchststand der Beschäftigung in den Stahlrevieren im Dezember 1974 mit 795700 Lohnabhängigen, wurden bis Dezember 1984 — in zehn Jahren — 349800 Arbeitsplätze, das sind 44% aller im Jahr 1974 vorhandenen Arbeitsplätze, von den Stahlkonzernen unter Hilfestellung der EG-Kommission vernichtet.

Die Produktionsrückführung betrug im gleichen Zeitraum nur 23,3%, also knapp die Hälfte des Belegschaftsabbaus. Dies macht deutlich, daß in erster Linie alte, beschäftigungsintensive Anlagen geschlossen wurden und gleichzeitig der Leistungsdruck Betrieben enorm gesteigert wurde.

Allein in den Jahren 1980 bis 1984 stieg die Produktivität bei der Rohstahlerzeugung in der EG jährlich um durchschnittlich 4,07%.

Die EG-Kommission umschreibt den geplanten massiven weiteren Arbeitsplatzabbau in den EG-Ländern so: "Man ist jedoch gezwungen anzuerkennen, daß die Beschäftigung in der Eisen- und Stahlindustrie in den kommenden sechs Jahren noch schwere Einbußen wird hinnehmen müssen."

Selbst bei Voraussetzung der hohen Hypothese (Voraussage), d.h. einer Stahlproduktion von 120 Mio. t im Jahr 1990, wird die laufende Modernisierung der Produktionsmittel, die Automatisierung, der steigende Anteil des Stranggusses und der integrierten Produktion in fortlaufender Linie sowie die ständige Suche nach höherer Stundenleistung und niedrigeren Kosten neue Opfer verlangen ... voraussichtlich in Richtung auf einen weiteren Personalabbau in einer Größenordnung wie im Verlaufe der vergangenen drei Jahre ..." (VI, S. 8, S. 10)

Die Anzahl vernichteter Arbeitsplätze in den letzten drei Jahren betrug 115000 in der gesamten EG — damit wird deutlich, was von der EG hier geplant wird.

Angesichts dieser Zahlen ist die Gegenwehr der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, national wie auch international, dringender denn je.

IFO-Gutachten Stahl in der BRD

Dieses Gutachten dient derzeit in der BRD den Stahlkonzernen landauf, landab dazu, gegen die Subventionen in den anderen EG-Ländern zu hetzen und die Empörung und den Widerstand der Stahlarbeiter und der betroffenen Regionen gegen die neuen Rationalisierungs- und Kahlschlagspläne von sich selbst abzulenken und gegen die

"Subventionitis" der anderen EG-Länder zu lenken.

Deshalb wird lang und breit ausgewalzt, was passieren würde, wenn ein Kapazitätsabbau von 20 Mio. t allein auf die BRD-Konzerne entfallen würde — herauskommt, gewollt, das erwartete Horrorgemälde — 68400 Arbeitsplätze würden in der BRD damit entfallen, davon rund 38500 in den Stahlbetrieben direkt.

Schaut man sich aber die Entwicklung von 1974 bis 1984 an, so ist festzustellen:

— in der BRD wurde die Belegschaft nur unterdurchschnittlich abgebaut, nur 34% gegenüber dem EG-Durchschnitt von 44%

— die Produktion wurde etwas über Durchschnitt abgebaut, 25,9% gegenüber 23,3% im EG-Durchschnitt.

Darüber hinaus stellt das IFO-Institut fest:

"... daß die deutsche Stahlindustrie im internationalen Vergleich immer noch eine ähnlich hohe Wettbewerbsfähigkeit wie die japanische Stahlindustrie besitzt. Auch innerhalb der EG weist die deutsche Stahlindustrie hinsichtlich Technik, Produktivität, Kosten, Spezialisierung und Außenhandelsposition sehr günstige Vergleichswerte auf ... Die deutsche Stahlindustrie ist in allen Produktionsstufen mit einer modernen Anlagentechnik ausgestattet. In einer Reihe von Stahltechnologien hat die Bundesrepublik einen Entwicklungsvorsprung ... die Anteile deutscher Unternehmen an den Patentanmeldungen im Ausland in den Bereichen Roheisen, Rohstahl und Stahlerzeugnissen (sind) überwiegend mehr als doppelt so hoch wie die der übrigen EG-Länder. Sie sind auch wesentlich höher als die japanischen Anmeldungen." (IFO, Pressemitteilung der Wirtschaftsvereinigung, S. 2)

Dieses Auftragsgutachten dient neben den schon genannten Absichten natürlich auch dazu, Druck auf die Bonner Regierung auszuüben, auf dem nächsten Stahlgipfel unbedingt bei ihrer Verweigerungshaltung gegenüber weiteren Subventionszahlungen innerhalb der EG zu bleiben.

Die Studie führt bezüglich der Exportsituation der BRD-Stahlindustrie aus: "... daß die deutsche Stahlindustrie, gemessen an den Lieferanteilen, im Jahr 1982 nach Japan die stärkste Stellung auf den Auslandsmärkten hatte ... eine stärkere Position auf dem Auslandsmarkt als die europäischen Konkurrenten." (IFO, Wirtschaftsvereinigungsmittelteilung S. 3)

Quellenhinweis: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, KOM (85) 208endg, Brüssel, 4.6.85, "Allgemeine Ziele Stahl 1990"; IFO-Institut, Subventionen in Europa, München, August 1985; Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, 11.9.85, Düsseldorf, Pressemitteilung zum IFO-Gutachten — (has, KPD)

Revanchistenaufmärsche 1985

"Es soll unseren Kindern . . . unbenommen sein, wieder in Pommern zu siedeln"

Aus ersten vereinzelt oder zumindest vereinzelt erscheinenden Vorstößen von Ministern der Regierung Kohl gleich nach deren Amtsantritt zur Propagierung offen revanchistischer "deutscher Wiedervereinigung" einschließlich des Angriffs auf Polen und die UdSSR ist inzwischen ein groß angelegtes Programm der ganzen Regierung und ihres Apparats geworden. Deutliche Absicht ist es, ein aggressives, revanchistisches und kriegshetzerisches Lager aufzubauen und dafür bis weit in faschistische Kreise Kräfte zu mobilisieren.

Trotz erster und nützlicher Ansätze auf seiten der politischen Opposition, dieser Politik entgegenzutreten: Die Gefährlichkeit und Entschlossenheit der Reaktion wird bis in die Reihen der revolutionären Sozialisten noch immer unterschätzt.

Die Aufmerksamkeit, mit der der real existierende Revanchismus im Frühjahr verfolgt wurde, hielt über die "Vertriebenen"-Treffen im Juni nicht an. Auf den bundesweiten "Tagen der Heimat" Anfang September zeigte sich, daß die Mobilisierung alter und neuer Anhänger für die "Befreiung des Ostens" Fortschritte macht. Dabei versuchen Regierung und "Vertriebenen"-Verbände gezielt, bei Jugendlichen Anhänger für ihr aggressives Programm zu finden. Junge Union, aber auch faschistisches Jungvolk werden systematisch an die "Vertriebenen"-Verbände herangeführt und rekrutieren ihrerseits Jugendliche aus diesen Reihen. Das geänderte Motto des Schlesiertreffens "40 Jahre Vertreibung— Schlesien bleibt unsere Zukunft— im Europa freier Völker" ist nicht nur wegen der Absicht, die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse in den Ländern Ost- und Südosteuropas zu beseitigen, eine Verschärfung, sondern übernimmt seine Zuspitzung wörtlich aus der Programmatik der NPD (Europakonzept der NPD, 1978).

Die NPD verstand das Zeichen, sie hielt ihren Parteitag in Hannover-Langenhagen zeitgleich mit dem Schlesiertreffen ab. Zwischen beiden Veranstaltungen herrschte Besucher- und Austausch.

In der Satzung der Landsmannschaft Schlesien heißt es in § 1 eindeutig: "Sie hat die Aufgabe . . . sich . . . mit allen Deutschen für die Rückgliederung Schlesiens in die Souveränität Deutschlands einzusetzen . . ." Kohl ("Sie lieben ihre Heimat, und das ist gut so!") und die übrigen Regierungsvertreter haben sich mit ihren Auftritten nicht nur hinter dieses Rückeroberungsprogramm gestellt, sie haben auch den Rahmen dafür abgesteckt, wie geschickt zu Werk gegangen werden soll. Der Rahmen heißt: Vereinigtes Europa; Freiheit und Selbstbestimmung für die Menschen, Volksgruppen und Völker. Kohl wörtlich: "In dieser alten Heimat leben auch heute noch deutsche Landsleute. Sie müssen in das Werk der Verständigung und Versöhnung einbezogen werden. Es gibt diese Volksgruppe. Wir sind ihre Sachwalter."

Wie in diesem Rahmen der mühevolle Übergang bis zur Kriegsrede möglich wird, deutete Staatssekretär Ottfried Hennig (Bundesministerium f. innere Beziehungen) auf dem "Tag der Heimat" in Westberlin am 8.9.85 an: "Wir sind keine 'übriggebliebenen Hitleristen'. Wir haben unsere Lektion gelernt; wir wissen, daß wir ohne Hitler noch ganz unangefochten in Königsberg und Breslau leben würden. Er



Regierungsamtlicher Revanchismus: Kohl und Hupka auf dem Schlesiertreffen

hat uns auf den Weg der Verderbnis geführt, und deswegen hassen wir ihn . . . 'Warum sind wir bestraft, daß wir hier leben?', fragen sie drüben . . . Warum ist die deutsche Familie in Elbing oder Kattowitz bestraft, daß sie unter unwürdigen Umständen am Ende der im polnischen Machtbereich ohnehin niedrigen sozialen Stufenleiter dahinvegetieren muß? Warum werden ihr keine Volksgruppenrechte gewährt . . . dies ist keine Frage der deutschen Grenze von 1937: Was hat die deutsche Familie in Kasachstan in der Sowjetunion getan? Warum wird sie bestraft, daß sie so erbärmlich benachteiligt wird gegenüber anderen Volksgruppen? . . . Soll das . . . immer so bleiben mit der Diskriminierung der 2 Millionen Deutschen in der Sowjetunion? . . . wir sind verpflichtet, uns zum

Sprachrohr zu machen für die Forderung nach Erleichterung ihrer Lebensumstände." Hennig kommt dann auf die Vereinigten Staaten von Europa: "In einem solchen Bund von Nationalstaaten aber wäre ein gegen seinen Willen nach 1945 in zwei Staaten aufgeteiltes Volk wie das der Deutschen ein Fremdkörper, wenn nicht sogar ein Störfaktor und Unruheherd . . . Ohne ein wiedervereinigtes Deutschland jedenfalls ist eine politische Einigung Europas gar nicht möglich . . ."

Am 15.9.85 auf dem "Tag der Heimat" in Osnabrück wird der niedersächsische Finanzminister Burkhard Ritz noch deutlicher (zitiert nach eigener Mitschrift im Saal): Nachdem Ritz einleitet, es hätten sich in letzter Zeit "unbequeme Fragen" ergeben, die ebenso "unbequeme Antworten" erforderten, fährt er fort:

"Meine Kinder sind hier geboren. Es hat keinen Zweck, es ihnen krampfhaft einzureden, daß sie von woanders abstammen . . . Haben wir nicht längst schon verzichtet? . . . Es gibt keinen (Ost-)Vertrag, der nicht ohne Vorbehalte abgeschlossen worden ist. Dies

hat mit Revanchismus nichts zu tun! . . . Es soll unseren Kindern eines Tages unbenommen sein, wieder in Pommern zu siedeln! Aber nicht nach dem Motto 'Deutsche rein — Polen raus!'. Die Polen haben dort auch ein Heimatrecht erworben. Polen und Deutsche haben Jahrhunderte friedlich nebeneinander gelebt. Es ist möglich so nebeneinander zu leben . . ." Gewiß, die einen als Grundbesitzer und die anderen als Arbeitskräfte. Ritz weiter: "Diese Zeit wird kommen! Die Spaltung Europas wird überwunden! . . . Wenn auch vielleicht für mich selbst in meiner Heimat Pommern kein Ferienhaus mehr drin sein wird — so aber wenigstens eine Chance für meinen Sohn, ein passionierter Landwirt!" — (maw, DK-AK Nationalismus)

Dokumente zu Wiedervereinigung, Europa, Volksgruppenrechte

Hupka: Bekenntnisschlesier und vierte Generation

Wir verstehen uns ... als Landsmannschaft für Schlesien. Jedermann ist ... zum Mittag eingeladen und aufgefordert, der sich mit uns und unseren Zielen solidarisch erklärt ... In der Landsmannschaft Schlesien haben sich vier Generationen ... zusammengefunden. Erstens: die Geburtsschlesier ... Zweitens: die Abstammungsschlesier ... Drittens: die Bekenntnisschlesier, und ihre Zahl wird immer größer. Die einen können auf schlesisches Herkommen verweisen, die anderen sind frei von jeglichem familiären schlesischen Bezug. Das ist die schlesische Jugend ... (Hannover, 14.6.85)

Hupka: Schlesien ist Erbe und Auftrag

Mancher, sogar unter den Politikern, wird inzwischen unruhig und möchte die Präambel des Grundgesetzes mit dem Währungs- und Wiedervereinigungsgebot aushebeln ... Weder gestatten wir, daß am Grundgesetz gerüttelt und geglättet wird, noch lassen wir uns den Friedensvertragsvorbehalt aus der Hand schlagen.

... der Hinweis auf die nachgewachsenen Generationen hierzulande geht in die Irre. Selbstverständlich haben diese Generationen hier ihre Heimat, aber sie stehen als Deutsche in der Haftungsgemeinschaft für ihr, unser Vaterland ... Wir verfolgen mit innerer Anteilnahme und Bewunderung ... den moralischen und politischen Widerstand, der heute in Polen geleistet wird ... Mit unserer Anerkennung ... verbinden wir auch den Wunsch, daß der Nationalismus, den wir, die Deutschen, endgültig überwunden haben, auch vom polnischen Volk überwunden werde ... Schlesien ist Erbe und Auftrag ... Für unser Schlesien bleiben wir unterwegs. (Hannover, 16.6.85)

Schäuble: Die Jungen bei Vaterlandssuche nicht alleine lassen

Zu unserer nationalen Geschichte gehört die Erfahrung, daß die deutsche Politik niemals weiter reicht, als sie europäische Unterstützung findet ... Das 'Dritte Reich' aber sprengte nicht nur alle Maßstäbe der politischen Gesittung, sondern auch die Grenzen, die den Deutschen durch Geschichte und Geographie gezogen waren ...

Vor allem die jungen Deutschen bekennen sich zu ihrer nationalen Identität und begreifen Deutschland als ihr Vaterland. Wer einen neuen Rechtsradikalismus wirklich nicht will, der darf gerade die Jungen bei dieser Suche nicht alleine lassen ...

Das Interesse der DDR, in Europa dabeizusein, ist merkbar groß. Je mehr Europa gelingt, desto stärker wird diese Anziehungskraft ... (Evang. Akademie Tutzing, 15.6.85)

Hennig: Wir fordern Volksgruppenrechte

Sie, die schlesische Jugend von heute, bekennen sich zur Herkunft Ihrer Familien ... Sie treten in die Fußstapfen Ihrer Vorfahren, übernehmen das Erbe und tragen es weiter ... Aber nicht allein die Solidarität mit Ihren Eltern oder gar ein rückwärts gewandter Traditionalismus sind es, die Sie an Ihrer schlesischen Herkunft und Heimat festhalten lassen. Das resultiert vielmehr aus dem gewachsenen historischen Bewußtsein ... Dieser Kongreß der Schlesischen Jugend dient der Erhaltung der landsmannschaftlichen Identität ...

Eine besondere Verantwortung trägt die Bundesrepublik Deutschland für jene Deutschen, die gezwungen sind, im sowjetischen Machtbereich zu leben. Hierzu gehören auch und besonders die Millionen Menschen außerhalb der

DDR, von denen ein großes Kontingent im polnischen Machtbereich angesiedelt ist ... Wir fordern ganz einfach ... für unsere Landsleute: Volksgruppenrechte ... (Hannover, Schles. Jugendkongreß, 15.6.85)

Windelen: Verändernde Kraft der Einigung Europas

Eine neutralistische nationalstaatliche Lösung der deutschen Frage, wie sie in Vorstellungen bei Teilen der Rechten und Linken herumgeistert, wäre ein gefährlicher Rückfall ... Allein die historische Entwicklung, die durch die Einigung der Völker Europas in Gang gesetzt ist, kann jene verändernde Kraft auf unserem Kontinent entfalten, die wir brauchen ... (Travemünde, 1.6.85)

Hupka: Für Destabilisierung Osteuropas

Aber es ist uns aufgetragen, so viel wie möglich von Deutschland für das deutsche Volk zu retten ...

Die SPD und auch teilweise die FDP plädieren für die strikte Stabilisierung der heutigen Situation, in der sich Deutschland und Osteuropa befinden. Unsere Auffassung zielt auf eine Destabilisierung, allerdings selbstverständlich nur verbal, moralisch, rechtlich und politisch gemeint, nicht etwa mit Gewalt. Wir können nicht noch durch unser eigenes Verhalten dazu beitragen, daß zementiert wird, was wir ein Gewaltregime nennen und was nicht die Zustimmung der Völker findet. Es muß vielmehr der Zustand in Frage gestellt werden, in dem sich Mittel- und Ostdeutschland und Osteuropa befinden ...

Solange der Kommunismus so mächtig ist wie er heute immer noch ist, können wir noch nicht einmal einen Stein von der Mauer mitten in Berlin abtragen. Ein freies Europa ist zu verstehen als ein freies Europa der freien Vaterländer. Dazu wird nicht nur ein freies Deutschland, sondern auch ein freies Polen gehören. Mit nationalstaatlichen Kategorien von gestern wird es zu keinem neuen Miteinander der beiden ewigen Nachbarn kommen. Darum ist es richtig, wenn immer wieder gefordert wird, daß Grenzen das Trennende verlieren und durchlässig werden müssen ...

In der Auseinandersetzung über das Deutschland-Papier der Jungen Union im Herbst vorigen Jahres haben Mitglieder unserer Vereinigung, die zugleich Delegierte der Jungen Union auf dem Deutschlandtag in Berlin waren, für klare Formulierungen und substantielle Entscheidungen Sorge getragen ...

Im Europa der freien Vaterländer und Völker haben wir Deutschen genau so unseren Platz wie die Polen, die Litauer, die Tschechen, um nur unsere unmittelbaren Nachbarn im Osten zu nennen ... Grenzen werden dann ihren trennenden Charakter verlieren und als Demarkationslinien durchlässig sein ... (Akademie Eichholz, 21.6.85)

Dregger: Neue Mitte zwischen Sowjetunion und den USA

Was unsere Völker heute trennt, sind nicht Staatsgrenzen, sondern eine Systemgrenze ... Die entscheidende Zukunftsfrage für Europa ist die, ob diese Systemgrenze bleibt, ob sie ihren Charakter behält ... Die Überwindung der deutschen und europäischen Teilung setzt etwas anderes voraus. Ich möchte es einmal nennen als das Entstehen einer neuen Mitte zwischen Sowjetunion und den USA. (Fulda, BHV d. Landsmannschaft Oberschlesien, 23.6.85)

Genscher: Die Kräfte des Wandels stärker motivieren

Die Zwänge der technologischen Revolution werden die Staaten, die über wenig flexible Strukturen verfügen, vor größere Herausforderungen stellen als uns ... Unser Interesse muß es sein, daß die Kräfte des Wandels stärker motiviert werden als die Kräfte der Repression ... (Ottawa, KSZE, 27.6.85)

Rössing-Uranmine in Namibia

Ein Bericht der SWANU über die Arbeitsbedingungen der schwarzen Arbeiter

Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus einem Vortrag, den der Generalsekretär der SWANU (South West Africa National Union) Vekuui R. Rukoro im September dieses Jahres auf der Konferenz "Atombomben— made in Germany" über die Rössing-Uranmine und die illegalen Uranverträge im Hinblick auf Namibia gehalten hat und den die SWANU den Politischen Berichten zur Verfügung gestellt hat. Die SWANU ist eine namibianische Befreiungsorganisation, die seit 1959 den Kampf für die nationale Befreiung Namibias führt. Neben britischen, französischen und südafrikanischen Kapitalisten ist auch die westdeutsche Urangesellschaft beteiligt. Die SWANU kämpft gegen die Ausplünderung der Bodenschätze Namibias und tritt insbesondere für die Verstaatlichung der Uranmine und strikte Kontrolle über die friedliche Nutzung des Urans in einem befreiten Namibia ein. — (uld)

Das Management regiert ohne Gewerkschaften

Die Kommunikation zwischen Arbeitern und Management basiert auf dem System eines gewählten Arbeiterkomitees bzw. -rates, das (in der Praxis) in keiner Weise einem System von effektiver Gewerkschaftsvertretung gleicht. Es ist ausschließlich ein Mechanismus für Konsultationen und neigt zur Manipulierbarkeit durch das Management mit seinem größeren Geschick. Obwohl das System gut zu funktionieren scheint — insbesondere aus der Sicht des Managements —, verdeutlicht sich das Fehlen einer Gewerkschaft im unorganisierten Zustand der Arbeiterschaft, was praktisch zur Nichteinbeziehung in Unternehmensangelegenheiten führt und der Geschäftsführung das Recht auf Festlegung der Löhne und Gehälter und anderer Arbeitsbedingungen gewährt, ohne irgendeine Möglichkeit der Mitsprache der Arbeiter.

Auf diese Weise haben die Arbeiter bei Rössing keine Macht — im praktischen Sinne — zu Verhandlungen gegenüber dem Management, und so ist es eine Frage des "Nimm-es-oder-laß-es-bleiben". Diese abnormale Situation bei einem Unternehmen, das für die namibianische Wirtschaft und das soziale Wohlergehen seiner Beschäftigten so wichtig ist, verlangt dringend nach Hilfsaktionen, nicht nur durch die Anwendung eines Regierungserlasses nach der Unabhängigkeit, sondern auch durch die Solidaritätsaktionen von Gewerkschaftern — besonders in der BRD und Großbritannien — als auch weltweit von anderen fortschrittlichen sozialen Klassen und Schichten. Bei der Gründung von Gewerkschaften können namibianische Arbeiter allgemein und speziell bei Rössing alleine (d.h. ohne internationale Unterstützung) nur schwer Erfolg haben, bedingt durch die Androhung von Entlassung und totaler Schikanie durch die "Sicherheitspolizei", deren Regierung sich mit der Geschäftsleitung gegen die Arbeiter verschworen hat...

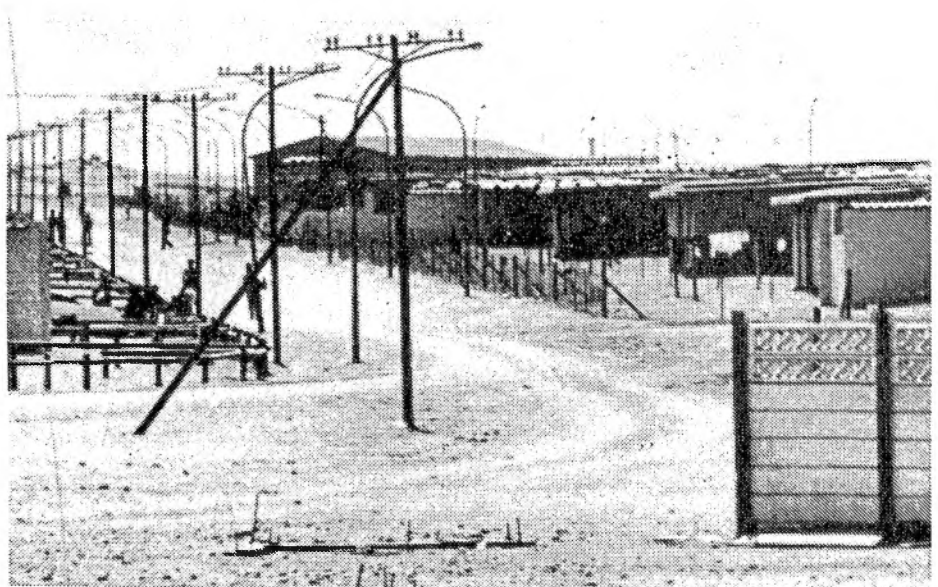
Ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter

Sprecher des Unternehmens behaupten, daß Rössing die strengen internationalen Gesetze erfüllt, die auf den Gesundheitsschutz der Arbeiterschaft ausgerichtet sind, und daß die Gesellschaft für diesen Prozeß enorme Geldsummen ausgibt. Zudem weisen sie auf die "Tatsache" hin, daß Rössing niedriggradiges Erz hat, d.h. der Gehalt an Uran im Erz ist viel niedriger als vergleichsweise in anderen Erzminen anderswo. Fest steht jedenfalls, was immer die Gesellschaft dies-

gen Erzes stellt sich die Frage: Wie sollen die Arbeiter wissen, daß Rössings Erz tatsächlich ein niedriggradiges ist — indem sie das Wort des Unternehmens dafür nehmen? Nun, die Geschichte ist voll von Beispielen, wo sich trotz ähnlicher Beteuerungen von Minengesellschaften schließlich schlimme Gesundheitsschäden bei den Arbeitern wie auch arge ökologische Auswirkungen zeigten. Die zu große Nähe des Minen-Townships "Arandis" zur Mine selbst deutet an, daß es ohne jegliche oder zumindest ohne angemessene Untersuchungen der Folgen von Staub und Luftverunreinigung gebaut wurde — die Reduktion der Transportkosten zu und von der Mine war sicherlich die entscheidende Überlegung. Unter diesen Umständen können die Versicherungen des Unternehmens für die Gesundheit seiner Arbeiter und zur späteren Wiederherstellung der Umgebung nicht ohne weiteres akzeptiert werden.

Ausländisches Kapital: Intensivierung der Arbeit

Zur Zeit beläuft sich die Zahl der Arbeitskräfte bei der Gesellschaft auf etwa 2600; dies sollte verglichen werden mit der Zahl der Arbeitskräfte von 1983, nämlich 3230, oder 4000, als die Gesellschaft ihren Höhepunkt hatte. Dies zeigt eindeutig, daß Rössing in eine technische Erneuerung



Das von Rössing als "vorbildlich" gepriesene Township Arandis

bezüglich sagt oder tut, das kann nur einer kurzfristigen Schadensbegrenzung dienen, und das auffallende Schweigen der Gesellschaft über die langfristigen Auswirkungen ihrer Arbeitsweise ist eher aufschlußreich angesichts der Tatsache, daß die Risiken von Krebs und anderen mit Bergbauarbeit in Zusammenhang stehenden Krankheiten erst nach etlichen Jahren deutlich werden, wenn das Unternehmen seine Tätigkeit vielleicht bereits eingestellt hat.

Beim Thema eines gering-uranhalti-

geht, was zu einem technisch intensiveren Produktionsprozeß mit einem konsequenten Arbeitskraftverlust führt. Das betrifft nicht alleine Rössing, denn die Zahl der Minenarbeiter in Namibia ist in den letzten vier Jahren von 21000 auf 15000 gesunken — mit größeren Verlusten bei den schwarzen Namibianern als bei Ausländern.

Vor diesem Hintergrund erscheint die traditionelle Entschuldigung der multinationalen Konzerne und der imperialistischen Länder, aus denen

sie kommen, daß Disinvestment ein Risiko für schwarze Arbeitskräfte bedeute, höchst fragwürdig. In Wahrheit ist der vorherrschende unakzeptable hohe Stand der Arbeitslosenzahlen in Namibia das direkte Ergebnis bewußter und kalkulierter Investitionspolitik und anderer Faktoren, verursacht durch das Management. Dies bestätigt sich durch Voraussagen, die aufzeigen, daß die Zahl der Arbeitslosen in Namibia von zur Zeit 27000 auf 147000 im Jahr 2000 ansteigen wird — d.h. ein prozentualer Anstieg der Arbeitslosenzahl von 23% auf 55%.

Apartheid — nicht-rassistisch getarnt

Allgemein wie auch im Vergleich zu anderen Unternehmen ist Rössing bezüglich der Fürsorge für seine Arbeiter wirklich keine schlechte Gesellschaft. Die Löhne der untersten Beschäftigungsgruppe bewegen sich um 300 Rand/Monat, was weit mehr ist, als ein namibianischer Arbeiter durchschnittlich bekommt. (Landarbeiter erhalten z.B. einen Wochenlohn von etwa 10 Rand; 1 Rand entsprach im Juni 1,57 DM; d.Red.) Die Unterkünfte haben eine angemessene Größe mit Strom und Wasseranschluß; sowohl Bezahlung als auch Unterbringung richten sich nach dem nicht-rassistischen Patterson-Schema. Obwohl dies allgemein akzeptabel ist, sieht es im namibianischen Kontext der Apartheid ironischerweise so aus, daß eine Trennung existiert und als Ergebnis praktisch herauskommt, daß alle Schwarzen (in der Regel die ungelerten Kräfte) im "Arandis"-Township in der Nähe der Minen wohnen; so gut wie alle Farbigen (in der Regel Facharbeiter) leben in "Tamariska" — ein Viertel für ausschließlich Farbige in Swakopmund, während nahezu alle Weißen (gewöhnlich in den höheren Berufssparten) in "Vineta" leben — ein vormals Nur-für-Weiße-Wohnviertel.

Mit anderen Worten, in der speziellen Situation Namibias fügt sich die Unternehmenspolitik so gut in das Apartheidsystem ein, daß die Gesellschaft ihre sonst so aufgeklärte Haltung der Realität der Apartheid angepaßt hat. In diesem Zusammenhang betrachte man die Einrichtung zweier Klubs durch das Unternehmen für seine Beschäftigten: einen in Arandis, zum anderen den Rössing Country Club. Obwohl beide Klubs für alle Beschäftigten der Gesellschaft zugänglich sind, ist es eine Tatsache, daß der Rössing Country Club wesentlich teurer und zudem recht weit von Arandis entfernt ist (und viel näher zu Swakopmund), mit dem offensichtlichen Ergebnis, daß die große Mehrheit der schwarzen Arbeiter praktisch nur eine Wahl hat, nämlich den Arandis-Klub, während Weiße und Farbige eher ausschließlich im Rössing Country Club verkehren.

"Ausbildungsprogramm" zum Vorzeigen

Das Unternehmen ist sehr stolz auf seine Leistungen im "Dienste Namibias", die nach Meinung der Unternehmensleitung "unübertroffen" sind. Dieser Dienst besteht aus einem Ausbildungsprogramm, entworfen zur Namibianisierung des Unternehmens — zur Zeit gibt es 70 bis 80 Auszubildende; zudem gibt es eine Vergabe von Stipendien für Studienplätze in Übersee sowie andere spezielle Projekte wie die groß publizierte Rössing-Stiftung, die sich, laut Gesellschaftspropaganda, auf Erwachsenenbildung konzentriert, während Kritiker sie als "weißen Elefanten" bezeichnen.

Trotz einer wohlgedachten Öffentlichkeitskampagne der Gesellschaft gibt es jene in Namibia, die den Verdacht hegen, daß sowohl das Ausbildungsprogramm als auch das Rössing-Stiftungsprogramm lediglich eine Öffentlichkeitspflicht sind, in erster Linie gedacht als Mittel zur Steuerhinterziehung. Sie argumentieren dagegen, daß z.B. eine Mittelschule ein bedeutungsvollerer Beitrag gewesen wäre. Einige Arbeiter vermuten (anscheinend gerechtfertigt), daß das Ausbildungsprogramm ein bewußt langsamer Prozeß ist, da die Beförderung von Schwarzen erschwert wird durch die Tatsache, daß Ausländer, die die angestrebten Positionen innehaben, nicht gehen; d.h. die Beförderung von Schwarzen hängt unmittelbar von der Verfügbarkeit "weißer" freier Stellen ab. Das erhebt die Frage, ob Rössings "Namibianisierungsprogramm" ernst gemeint oder eine reine Frage des Anscheins ist. Die Unternehmensstatistiken, die die Einteilung von Angestellten und Wechsel von 1980 bis 1983 widerspiegeln, deuten an, daß die Bedenken der Arbeiter begründet sind, da es nach all den Jahren der "Ausbildung" und "Namibianisierung" nur zwei Schwarze geschafft haben, in fachliche Spitzengruppen aufzusteigen. Diese Art von Aufführung eines Unternehmens mit dem Format von Rössing schafft keine Namibianisierung in der vollen Bedeutung des Wortes, d.h. den Namibianern zu helfen, die notwendigen Fertigkeiten und Erfahrungen zu erlangen, die ihnen ermöglichen, ihre eigenen Angelegenheiten fortschrittlich zu übernehmen.

Außerdem, die Unschlüssigkeit und die sogenannte ideologische Neutralität des Unternehmens zwischen dem illegalen Regime Südafrikas auf der einen Seite und der nationalen Befreiungsbewegung auf der anderen Seite widerlegt gänzlich die Behauptung des Unternehmens, "Namibia zu dienen" oder "die Entwicklung Namibias zu fördern". Im Gegenteil, durch Zahlung von bis zu 60% (von verbleibenden Profiten nach vermutetem Gewinntransfer) in Form von Steuern kann



Schafschur — für zehn Rand Wochenlohn

sich die Gesellschaft nicht aus der Verantwortung ziehen für eine Stärkung der Unterdrückungsmöglichkeiten der südafrikanischen Militärbesatzung oder der unnötigen politischen Infrastruktur durch Erhaltung von zehn Bantustanregierungen. Weiterhin, Rössings Bedeutung für Südafrikas nukleare Bedürfnisse (inklusive militärischer Zwecke) kann durch die Tatsache verdeutlicht werden, daß Namibia 1981 für 70% der südafrikanischen Uranproduktion verantwortlich war.

VR China

Auf dem Weg zum Schuldnerland?

Für das Jahr 1984 verzeichnete die chinesische Regierung ein Defizit im Außenhandel von 1,4 Mrd. \$ bei einem Gesamtvolumen des Exports von 22 Mrd. \$. Im ersten Halbjahr 1985 ist das Außenhandelsdefizit auf 6,14 Mrd. \$ gestiegen, im wesentlichen durch einen Anstieg der Importe von gehobenen Konsumgütern sowie von Fahrzeugen. Für das gesamte Jahr 1985 wird ein Außenhandelsdefizit von ca. 12 Mrd. \$ erwartet. Die chinesischen Devisenreserven, die noch im letzten Herbst bei 16,3 Mrd. \$ standen und der chinesischen Regierung als Beweis der Leistungsfähigkeit der chinesischen Exportindustrie galten, schmolzen bis März 1985 auf 11 Mrd. \$ — neuere Zahlen liegen nicht vor. Chinas Nettoverschuldung, errechnet aus der Summe der im Ausland aufgenommenen Kredite und Anleihen abzüglich der Guthaben Chinas im Ausland, die Ende 1984 bei 3 Mrd. \$ stand, dürfte sich in 1985 wesentlich erhöhen.

Der enorme Anstieg des Außenhandelsdefizits ist ausschließlich Resultat der weitgehenden Liberalisierung des Außenhandels und der zunehmenden Marktorientierung der chinesischen

schen Wirtschaft. Die chinesische Regierung hatte 1984 die strengen Außenhandelskontrollen für die staatlichen Unternehmen und für die Staatsorgane auf Provinz- und lokaler Ebene aufgehoben. Anstelle der Genehmigung jedes Imports durch das zuständige Ministerium und die Bank von China bekamen die Staatsbetriebe und die unteren Staatsorgane Devisenkontingente zugeteilt, mit denen sie frei operieren konnten. Zusätzlich konnten die Unternehmen über Deviseneinnahmen aus Exportgeschäften frei verfügen. Schließlich war es erlaubt, Devisenkontingente zu "verkaufen". Das Ergebnis war ein Boom von Konsumgüter- sowie Fahrzeugimporten, Gütern, nach denen in der VR China eine große Nachfrage besteht. Überall entstanden Ex- und Importgesellschaften, die die hauptsächlich in Japan oder über Hongkong geordneten Fernseher, Stereoanlagen etc. für das Mehrfache des Einkaufspreises in China verkauften. Auf die für westliches Kapital geöffneten fünf "Wirtschafts-sonderzonen" entfiel allein 22% des Außenhandelsdefizits.

Die chinesische Regierung hat jetzt erneut Importkontrollen eingeführt, die Einfuhrzölle für viele Güter verdreifacht und einen Importstopp für PKWs verhängt. Dennoch werden nach offiziellen Verlautbarungen die eingegangenen Verträge eingehalten und hat die Regierung gerade ein 15 Mrd. \$-Programm für Technologieimporte verabschiedet. Damit wird die Auslandsverschuldung weiter wachsen. Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; DIW-Wochenberichte 38/85; China aktuell, div. Ausgaben — (wom)

Belgien

Reaktion bei Parlamentswahlen gestärkt

Die belgische Regierung aus Liberalen und Christdemokraten ist aus den Parlamentswahlen am vergangenen Wochenende gestärkt hervorgegangen. Nach dem vorläufigen Wahlergebnis vom vergangenen Montag werden die beiden Christdemokratischen Parteien, die flämische CVP und die wallonische PSC, im Parlament künftig über 69 statt bisher 61 der 212 Sitze verfügen. Die Liberalen Parteien PVV und PRL verloren sechs Sitze, verfügen aber immer noch über zusammen 46 Sitze. Beide Parteien zusammen verfügen damit künftig über 115 Sitze und damit über eine noch größere Mehrheit als vor den Wahlen. Die Sozialistische Oppositionspartei konnte zwar die Zahl ihrer Sitze um sechs steigern, ist aber mit zusammen 67 Sitzen schwächer als die Christdemokraten. Die beiden grünen Parteien AGALEV und Ecolo konnten zwar die

Zahl ihrer Sitze auf neun erhöhen (vorher sechs), sind aber immer noch schwächer als die faschistische "Volksunie", die im neuen Parlament trotz Verlust von vier Sitzen noch immer über 16 Sitze verfügt. Die (revisionistische) Kommunistische Partei Belgiens, die noch im letzten Parlament mit zwei Abgeordneten vertreten war, ist im neuen Parlament nicht mehr vertreten. Der revolutionär-sozialistische Partei der Arbeit (PvdA) gelang es trotz großer Anstrengungen nicht, einen Sitz zu gewinnen.

Auch bei den Stimmenergebnissen haben die Christdemokraten ihre Stellung als stärkste Partei gehalten:

abs. Stimmzahlen	1985	1981
Christdemokraten	1 780 292	1 648 106
Liberalen	1 340 996	1 393 176
Sozialdemokraten	1 716 555	1 509 724
Grüne (Ag., Ecolo)	379 470	271 079
KPB	71 682	138 978
PvdA	45 687	45 804
Faschisten (VU u.a.)	562 738	855 961

Quelle: Mündliche Auskunft des belg. Innenministeriums

Die Regierung Martens wird damit ihren in vielen Punkten mit der Politik Thatchers in England vergleichbaren Regierungskurs fortsetzen können. Sie kann sich nicht nur auf eine klare Mehrheit mit den Liberalen stützen, sie kann sich zudem weiterhin des besorgniserregend starken faschistischen Lagers bedienen, das mit der "Volksunie" (VU) im Parlament über eine starke Vertretung verfügt. Die Gewinne der Sozialdemokraten, die nur Verluste bei den letzten Parlamentswahlen wieder ausgleichen konnten, ändern daran nichts.

Zudem eröffnet der Wahlausgang Martens neue Möglichkeiten für die von ihm vor den Wahlen angekündigten Maßnahmen in Sachen "Schulreform". Martens hatte kurz vor den Wahlen angekündigt, das Schulwesen künftig in einen flämischen und einen wallonischen Teil "regionalisieren" zu wollen, was eine Verfassungsänderung erfordert. Selbst die wallonischen Christdemokraten hatten sich gegen diesen Plan ausgesprochen, weil eine Verrottung der Schulen im — wirtschaftlich schon stark verödeten — wallonischen Landesteil zu befürchten sei, da dann das Schulwesen nicht mehr aus dem Haushalt der Zentralregierung bezahlt werde. Die flämischen Christdemokraten hatten dagegen Martens' Plan unterstützt und gegen eine angebliche "Bezuschussung" wallonischer Schulen durch flämische Steuerzahler gehetzt. Im flämischen Landesteil haben nun die Christdemokraten auch ihre Stimmengewinne erzielt. Die Aussichten für Martens, seinen Plan durchzusetzen, sind so gestiegen.

Quellenhinweis: Standaard, Het laatste nieuws, 14.10.85 — (rül)

Peru

"Nationale Reformen" gegen Korruption und Mißwirtschaft

Der peruanische Präsident Garcia sorgte für einiges Aufsehen, als er ankündigte, die Schuldentrückzahlung pro Jahr auf 10% der jährlichen Exporterlöse (300 Mio. US\$) zu begrenzen und direkt mit den Banken zu verhandeln, um ein IWF-Diktat zu vermeiden. Die imperialistischen Gläubiger zeigten sich angesichts einer Auslandsschuld von 14 Mrd. US\$ und eines Schuldendienstes von 3,5 Mrd. 1985 wenig beeindruckt. Dazu in einem Interview H. Schulmann, stellv. Direktor des Institute of International Finance, von 1978 bis 1982 persönlicher Weltwirtschaftsgipfel-Beauftragter



Frauen-Demonstration gegen Hunger

von Kanzler Schmidt und ehemaliger Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium: Er begrüßt ausdrücklich, "wenn Länder aus eigenem Antrieb, ohne vom IWF angestoßen zu werden, mit der Stabilitätspolitik ernst machen". Garcia hätte bereits aus den Fehlern des argentinischen Präsidenten Alfonsin gelernt, "der eineinhalb Jahre gebraucht hat, um das kleine ökonomische Einmaleins zu verstehen."

Mitte September mußte die peruanische Regierung Verhandlungen mit den 300 Gläubigerbanken, vertreten durch die Citibank, aufnehmen. Der Wirtschafts- und Finanzminister schränkte inzwischen die Ankündigung, nur 10% der Exporte als Schuldentrückzahlung zu verwenden, ein: Damit wären Zahlungen in Form von Sachwerten nicht einbezogen. Die Izquierda Unida (Vereinigte Linke), die bei den letzten Wahlen 22% der Stimmen erhielt, forderte die Regierung auf, das von Kuba vorgeschlagene Schuldenmoratorium zu unterstützen und die Zahlungsunfähigkeit Perus festzustellen.

Als erste Maßnahmen zur "moralisi-

schen Erneuerung" Perus verabschiedete die Regierung folgende Maßnahmen: Sperrung der privaten Dollar-konten, vorübergehende Schließung von Banken gegen Devisenflucht; Verfolgung von Korruptionsfällen, Preisstopp, Währungsabwertung um 12%, Senkung des Zinssatzes, Entlassung von 1/3 der leitenden Staatsangestellten, Senkung ihrer Gehälter auf umgerechnet ca. 3000 DM, Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst. Um das nationale Privateigentum und die "freie Schöpferinitiative" zu fördern, will die Regierung die Staatsausgaben weiter senken und die imperialistischen Konzerne stärker kontrollieren.

In den vergangenen Monaten streikten die 400000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sowie Tausende von Eisenbahnern und Bergwerksarbeitern für höhere Löhne. Ihre Real-löhne sanken 1984 um durchschnittlich 20%. Die Preise für Nahrungsmittel, Getränke und Tabak stiegen im ersten Halbjahr 1985 um 60%, die für Bekleidung, Wohnung, Brennstoffe und Elektrizität um bis zu 80%. Die Regierung hob Anfang August den Mindestlohn für 1,2 Mio. Lohnabhängige um 50% auf umgerechnet ca. 130 DM an. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erhielten Lohnerhöhungen von nur 15%, die 120000 Lehrer 22%. Direkt gegen die Gewerkschaften gerichtet, erhöhte die Regierung die Einkommen der nicht gewerkschaftlich Organisierten um umgerechnet 40 DM monatlich. Für die ca. 50% unstetig Beschäftigten und die über 10% Arbeitslosen wurden bislang keine Verbesserungen angekündigt.

Von den zwei Guerillaorganisationen setzt die Kommunistische Partei Perus ihren Kampf fort. Der MRTA (Movimiento Revolucionario Tupac Amaru) macht die Fortsetzung einer Waffenruhe davon abhängig, daß die Regierung das Volk nicht angreife. Quellenhinweis: NfA, versch. Ausgaben; Lateinamerika-Nachrichten Nr. 141 - (sie)

Neukaledonien

80% der Melanesen stimmen für Unabhängigkeit

60% der Stimmen konnten die rechten Parteien bei den Wahlen zu den vier Regionalräten der französischen Pazifik'provinz' Neukaledonien Anfang Oktober auf sich verbuchen - und dennoch ist die Reaktion enttäuscht und besorgt. In drei der vier Regionalräte wird die melanesische Unabhängigkeitsbewegung FLNKS die Mehrheit stellen (nur die Hauptstadt Noumea und Umgebung verbleiben den Rechten), 21 von 32 Kommunen stimmten mit absoluter Mehrheit für die FLNKS, die Hauptvorkommen an Bodenschätzen (v.a. Nickel) liegen in den

von dieser künftig verwalteten Gebieten. 35,2% aller abgegebenen Stimmen für die Unabhängigkeitsbewegung bedeuten, daß über 80% der einheimischen Bevölkerung, der Melanesen, explizit dem Kampf für die politische Unabhängigkeit zustimmten, einem Kampf, den sie aus einer zahlenmäßigen Minderheit heraus führen müssen (Bevölkerungsanteil ca. 40%).

Während sich die RPCR, die Partei der französischen Nickelausbeuter und Großgrundbesitzer, vor allem enttäuscht zeigt über die Tatsache, auch in der minenreichen Zentralregion in die Minderheit geraten zu sein, und gleichzeitig damit droht, nach einem Wahlsieg bei den französischen Parlamentswahlen 1986 ein Referendum für die Beibehaltung des Kolonialstatuts zu organisieren, ist der Versuch der französischen Regierung, eine dritte parlamentarische Kraft 'des Ausgleichs' zu installieren, mit 3,3% Stimmen gescheitert. Die FLNKS hat erklärt, sie werde ein solches Referendum bekämpfen und daran festhalten, daß allein die Melanesier über ihre Zukunft zu befinden haben. Ihr Präsident Tjibaou kommentierte das

Wahlergebnis mit den Worten: "Nichts ist geregelt, einen Weg zurück gibt es jedoch für uns nicht."

Es erscheint mehr als fraglich, daß die neuen Regionalräte in dieser Lage die ihnen zugedachten Aufgaben der Aufstellung der Entwicklungspläne und der Verwaltung der Regionen werden wahrnehmen können, auch weil die Finanzmittel teilweise aus dem französischen Haushalt kommen, teilweise aber aus den 'reichen' Regionen (Noumea) in die 'ärmeren' fließen sollen. Die Regierung Fabius und Präsident Mitterand werden versuchen, ihre Vorstellungen über den Hochkommissar, der die Budgets genehmigt und alle Beamten direkt dirigiert, durchzusetzen, zumal die Bekräftigung Mitterands, Neukaledonien zum Militärsstützpunkt im Pazifik auszubauen, die Konfrontation mit der FLNKS verschärfen muß. Deren Politik andererseits findet auch verstärkt international Unterstützung, wie die Forderung Papua-Neuguineas und Vanatus vor der UNO beweist, Neukaledonien auf die Liste der Länder zu setzen, deren Kolonialstatus beendet werden muß. Quellenhinweis: Le Monde - (pel)

Naher Osten

Imperialisten suchen Kriegsgründe gegen PLO und arabische Staaten

In den letzten zwei Wochen begingen die Imperialisten zwei Aggressionsakte gegen zwei arabische Staaten und gegen die PLO.

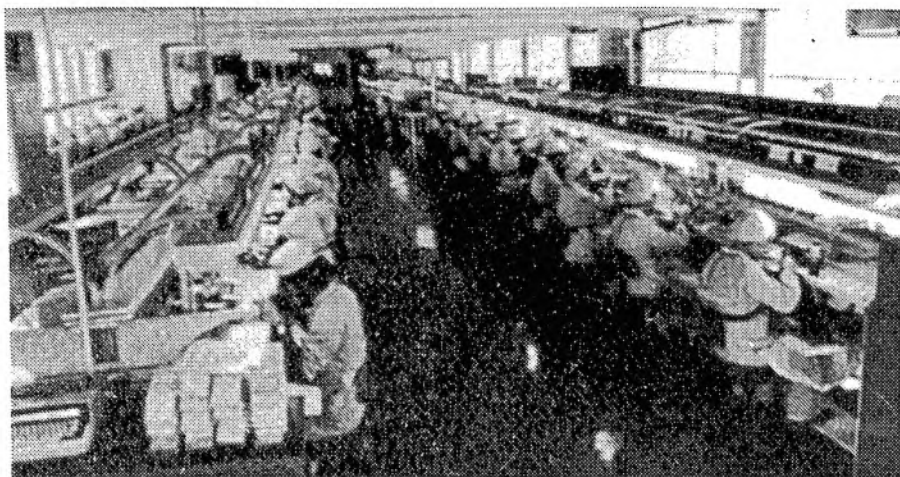
Am 11.10. entführten Flugzeuge der 6. US-Flotte ein ägyptisches Flugzeug nach Sizilien. In diesem Flugzeug befanden sich ein Kommando einer palästinensischen Organisation, das zuvor das italienische Touristenschiff "Achille Lauro" auf dem Weg nach Israel in seine Gewalt gebracht hatte,

und zwei führende Mitglieder der PLO, die mit den Schiffsführern verhandelt hatten. Von seiten der ägyptischen Regierung war diesen freies Geleit zugesichert worden. Die Vorgeschichte:

Am 8.10. wurde das Kommando, das sich auf dem Schiff zwecks Einsatz im israelischen Hafen Ashdod befand, von einem Steward entdeckt. Wie durch spätere Untersuchung ägyptischer Behörden bekannt wurde, war



Die Palästinenser, die die "Achille Lauro" entführten, nach Beendigung ihrer Aktion



Die vier japanischen Gewerkschaftsdachverbände, darunter der linksorientierte SOHYO und der der Sozialdemokratischen Partei nahestehende DOMEI, unternehmen einen neuen Versuch der Einigung. Bis zum Jahresende soll der bislang lose Zusammenschluß im Rat der japanischen Gewerkschaften JPTUC so gestärkt werden, daß der JPTUC die Richtlinien der Politik bestimmt. Außerdem soll der neuen Dachorganisation ein erheblicher Teil der Mitgliedsbeiträge zufließen. Den Anstoß dazu gab die Privatisierung der japanischen Telefongesellschaft, deren Beschäftigte bislang im Rahmen des Dachverbands SOHYO organisiert waren.— (wom)

Brasilien: Kommunistische Organisationen zugelassen

Noch vor den im November stattfindenden Bürgermeisterwahlen ließ Ministerpräsident Sarney gegen den Widerstand der Militärs und der Großgrundbesitzer die PCB und PC do Brasil offiziell als Parteien zu. Die PCB war über Jahrzehnte, bis auf die Jahre 1945–47, die jüngere PC do Brasil während der Militärdiktatur verboten. Beide verfügen über größeren Einfluß in den Gewerkschaften. Einige ihrer Mitglieder kandidierten erfolgreich zu den Parlamentswahlen auf der Liste der größten Regierungspartei. Die PC do Brasil bildete inzwischen eine eigene Parlamentsfraktion. Die 1984 gegründete Revolutionäre Kommuni-

stische Partei (PCR) ist nicht zugelassen, da sie ihre Mitgliederlisten nicht preisgeben will. — (sie)

Portugal: Soares verliert gegen rechtsliberale PSD

Am 6.10. fanden in Portugal vorgezogene Parlamentswahlen statt. Sie waren notwendig geworden, nachdem die rechtsliberale sozialdemokratische PSD die Koalition mit der sozialistischen Partei (PS) unter Mario Soares aufgekündigt hatte. Anibal Cavaco Silva, Vorsitzender der PSD, erhielt 29% der Stimmen. Die PSD wurde damit zur relativ stärksten Partei, ohne eine Mehrheitskoalition bilden zu können. Große Stimmenverluste mußte die sozialistische Partei hinnehmen. Bei den letzten Wahlen vor

zwei Jahren hatte sie 36,3% erhalten. Bei den jetzigen Wahlen fiel ihr Stimmenanteil auf 20,4%. Drittstärkste Partei wurde die Partei für "Demokratische Erneuerung" (PRD) des Staatspräsidenten Ramalho Eanes. Die PRD erhielt 18% der Stimmen. Damit verschaffte sich der ehemalige General und jetzige Staatspräsident Eanes eine Schlüsselposition für die weitere Entwicklung. Am 19.1.86 werden die nächsten Präsidentschaftswahlen stattfinden. Mit dem Instrument der über seine Frau dirigierten PRD und den gleichzeitigen Vollmachten des Staatspräsidenten kann Eanes direkten Einfluß auf die Bildung von Koalitionen, Erzeugung von Regierungskrisen bis zur Ausschreibung von Neuwahlen oder Ernennung von "Übergangsregierungen"



nehmen. Cavaco Silva, Vertreter des rechten Flügels der PSD, hatte im Mai den Parteivorsitz nach dem Tod des bisherigen Vorsitzenden Mota Pinto übernommen. Die Regierung Soares und die sozialistische Partei hatten ihre eigene Wählerbasis untergraben, indem sie seit zwei Jahren einen von der OECD formulierten und vom In-

das Touristenschiff alles andere als unbewaffnet. Unter Deck wurden 15 Gewehre gefunden. Den verantwortlichen Reedereien, die Touristenschiffe in israelischen Häfen anlegen lassen, ist bekannt, daß sie sich in einem Kriegsgebiet befinden. Offensichtlich besteht von seiten der Imperialisten das Interesse, Touristen in Provokationen zu verwickeln.

Das palästinensische Kommando brachte nach seiner Entdeckung das Schiff in seine Gewalt. Die Forderung der Geiselnnehmer auf Freilassung von 52 gefangenen Palästinensern wurde abgelehnt. Italienische, westdeutsche, britische, US-amerikanische Spezialeinheiten standen kurz vor dem Einsatz. Vor der ägyptischen Küste schaltete sich die PLO ein und erreichte schließlich die Aufgabe der Geiselnnehmer gegen freies Geleit nach Tunesien. Die PLO lehnte die Verantwortung für die Schiffsentführung ab.

Die folgende Pressezusammenstellung dokumentiert die Kriegshetze, die den Aggressionsakt der USA begleitete:

Die Welt, 12./13.10.85: "Es gibt auch ... noch Marksteine. Einen davon setzte die Reagan-Administration ... Dieses Land und diese Regierung findet sich nicht mehr mit der Rolle des Ausgelieferten ab ... Hier wird Terror mit der von ihm mißbrauchten Konvention des Rechts konfrontiert. Die Art, in der sie abgefangen wurden, sollte kein Anlaß zur Diskussion mehr sein."

FAZ, 14.10.85: "Der Zorn Reagans ist der Zorn einer ganzen Nation ... Hier aber war eine gewisse Schwelle überschritten, sowohl was das Empfinden des amerikanischen Volkes anbetrifft als auch das Selbstverständnis, das die Vereinigten Staaten bezüglich ihrer Rolle als Ordnungsmacht haben müssen."

New York Times, 12.10.85: "Das

Ergebnis ist ein Sieg für die Justiz und ein vernichtender Schlag gegen den Terrorismus. Die Frage, ob die Vereinigten Staaten das Recht hatten ... ist möglicherweise nur ein rein akademischer Akt. Wahrscheinlich rechtfertigen außergewöhnliche Umstände auch außergewöhnliche Maßnahmen."

Le Quotidien de Paris, 9.10.85: "Es ist das Ergebnis der Feigheit und Verantwortungslosigkeit, die in dieser und in vielen Regionen der Welt das Handeln der Großmächte seit 50 Jahren kennzeichnet ... Israel ist noch nie so stark bedroht worden ... und der gelähmte Westen beobachtet aus der Ferne die Tat einer Handvoll Desperados."

Le Monde, 12.10.85: Man kann dem amerikanischen Präsidenten nur zustimmen ... Politisch unentschuldigbar wäre es gewesen, freie Bahn für Leute zu schaffen, deren einziges Programm Judenjagd und Terrorismus

ternationalen Währungsfonds aufgenötigten Kurs der Lohnsenkung und Wirtschaftssanierung betrieben. Diese Politik hat die Wirtschaftskrise des Landes weiter vertieft und der Rechtsopposition sowie der bisherigen Koalitionspartei PSD eine demagogische Kritik an eben dieser Wirtschaftspolitik ermöglicht. Die Lohnsenkung betrug über 20%, und Portugal ist inzwischen mit 15,6 Mrd. Dollar (78% seines Bruttosozialproduktes) verschuldet. Der Bruch der Regierungskoalition durch die PSD war mit dem IWF abgestimmt. Wie eine IWF-Untersuchungskommission in Portugal forderte Silva eine weitere "Änderung" der Wirtschaftspolitik.— (chc)

Für 'unordentliches Benehmen' in den Knast

Die britische Regierung will einen neuen Strafparagrafen einführen, der "unordentliches Betragen" ("disorderly conduct") unter Strafe stellt. Der Paragraph soll der Polizei weitere Willkürrechte gegen die unruhige Jugend der Großstädte sichern. Schon jetzt gibt es Paragraphen, die zum Beispiel das Anlehnen an ein fremdes Auto als Vorbereitung zu einer Straftat unter Strafe stellen. Innenminister Douglas Hurd gab den neuen Paragraphen auf dem Parteitag der Konservativen in Blackpool bekannt. "Wir brauchen einen neuen Paragraphen", sagte er. "Zu viele unserer Wohnblocks und Einkaufszentren werden durch Rowdium und drohendes Verhalten zu dunklen und öden Gegenden." Hurd erhielt von den Delegierten rauschenden Beifall für seine Ankündigung. Der Tory-Parteitag fand unter striktesten Sicherheitsvorkehrungen statt, da die Regierung eine

Wiederholung des IRA-Anschlages vom Vorjahr auf das Parteitagshotel fürchtete. Damals hatten Margaret Thatcher und die halbe Regierung den Anschlag nur knapp überlebt. — (hef)

Türk.-Kurdistan: Manöver gegen den Befreiungskampf

Anfang September hat das türkische Militär das größte Manöver der letzten 40 Jahre in den kurdischen Gebieten veranstaltet. Das berichtet das Kurdistan-Komitee in Köln in seiner neuesten Mitteilung. Schauplatz des Manövers waren die Provinzstädte

Urfa, Mardin, Hakkari, Van, Siirt, Bitlis, Diyarbakir u.a. Bei dem Manöver wurde scharfe Munition verwendet. Im Verlauf des Manövers wurden zwei kurdische Dörfer bei Semdlini jeweils am 4. und 11. September bombardiert. Das türkische Militär verbreitet, dies seien irakische Bomber gewesen. Dem Kurdistan-Komitee zufolge wurden mit diesem Manöver erstmals auch Truppen des 1. Armee-korps, die bisher um Istanbul stationiert waren, in die kurdischen Gebiete verlegt, um die Unterdrückung des Befreiungskampfes zu ermöglichen.— (rül)



Mit einem zweistündigen Generalstreik haben die italienischen Lohnabhängigen am 9. Oktober gegen das von der Regierung vorgelegte Haushaltsbegleitgesetz protestiert. Zum ersten Mal seit mehr als einem Jahr hatten die drei Richtungsgewerkschaften gemeinsam zu einer landesweiten Aktion aufgerufen. Die Streikbeteiligung war meist gut. An einigen Orten wirkten freilich vergangene Niederlagen nach: Im Fiat-Hauptwerk in Turin z.B. streikten nur 20%. — Das Haushaltsgesetz sieht weitere Einschränkungen von Sozialleistungen und Gebührenerhöhungen vor. So sollen die Patienten künftig ein Viertel der Kosten für Medikamente, Laborleistungen und Kuren selbst zahlen. Die Renten werden nur noch halbjährlich (bisher vierteljährlich) an die Inflation angepaßt, die Kinderzuschläge für etwas besser Verdienende gekürzt. Die Nahverkehrstarife steigen um 50%. Ein vierjähriges Hochschulstudium kostet künftig fast 2400 DM. — (ulg)

... geworden ist".

Mannheimer Morgen, 10.10.85: Es erweist sich nun, wie voreilig jene kürzliche Verurteilung Israels durch den Weltsicherheitsrat gewesen ist ... Würden etwa andere Völker um eines formalen Völkerrechts willen zusehen, wie von fremdem benachbarten Boden aus ein ständiger Terror gegen die zivile Bevölkerung und nun gar die Freiheit und Sicherheit der Meere organisiert wird".

Weizsäcker in Israel: "Israels Recht auf Leben in anerkannten und gesicherten Grenzen wird für die Deutschen zur Verantwortung vor allem dann, wenn die Existenz des Landes Israel bedroht ist. Daß die Gefahr für das Überleben Israels eine Realität ist, beweisen Terror und Gegenterror in diesen Tagen aufs Neue." (FAZ, 9.10.85.)

Der Schiffsentführung vorausgegangen war der Angriff israelischer Flugzeuge auf das PLO-Hauptquartier

in der Nähe von Tunis mit dem Ziel, die PLO-Führung zu liquidieren. Dabei wurden über 70 Menschen getötet und über 100 verletzt. US-Präsident Reagan erklärte diesen Aggressionsakt gegen Tunesien und die PLO für "legitim". Er wurde durchgeführt mit Unterstützung der US-amerikanischen Militäreinrichtungen und Waffen. Die weltweiten Proteste zwangen die USA im Sicherheitsrat, der bei Enthaltung der USA einstimmig den Bombenangriff als "Akt bewaffneter Aggression" verurteilte, von ihrem Veto abzulassen. In der Resolution heißt es, Tunesien habe "Anspruch auf angemessene Wiedergutmachung für die Verluste an Menschen und Sachen". Die UNO-Mitgliedsstaaten werden darin aufgefordert, "Maßnahmen zu ergreifen, die Israel davon abhalten, derartige Aktionen gegen die Souveränität und die territoriale Unverletzbarkeit der Staaten zu unternehmen". 2/3 der UN-Mitglieder zo-

gen bei der Rede des israelischen Verteidigungsministers aus.

Die israelische Aggression gegen Tunesien und die PLO war ein Kriegsakts. Die Entführung des ägyptischen Flugzeuges, mit der die USA die ägyptische Zusage auf freies Geleit für das palästinensische Kommando brachen, bewirkt eine weitere Verschärfung. Daß Militäraktionen wie diese den Kampf der Palästinenser nicht brechen und auch Geiselnahmen und Entführungen nicht beenden, wissen die Imperialisten natürlich ganz genau. Sie kalkulieren eiskalt. Weiterhin agierende palästinensische Kommandos haben keine Aussicht mehr auf freien Rückzug; sie sind von vorneherein in die Enge getrieben. Bewußt setzen die Imperialisten das Leben zukünftiger Opfer von Geiselnahmen und Entführungen aufs Spiel — ihr Tod läßt sich als Kriegsgrund benutzen. Weitere Quellenhinweise: NZZ, Wiener Zeitung, versch. Ausgaben — (sie)

* Veröffentlichungen *

Kapitalistenverbände gegen Ausbildungsabgabe

Das Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung hat im September eine Propagandabroschüre zu dem Thema "Finanzierung der Berufsausbildung" herausgegeben. Im Kuratorium für deutsche Wirtschaft sind alle Kapitalistenverbände, Handwerks- und "freie Berufe" Mitglied. Diese Verbände polemisieren gegen in letzter Zeit wieder von den Gewerkschaften und von Seiten der SPD erhobene Forderungen nach einer Ausbildungsabgabe. Sie führen dagegen folgende Argumente und Drohungen an: Die betriebliche Ausbildung werde den "sich wandelnden Anforderungen am besten gerecht, wenn sie in der Eigenverantwortung des einzelnen Betriebes finanziert und durchgeführt wird". Eine Umlagefinanzierung werde deshalb die "Ausbildungsmotivation der Betriebe bremsen". Folgen wären weniger Ausbildungsplätze und schlechtere Ausbildung. Darüber hinaus hätte eine Umlage "wettbewerbsverzerrende Wirkung" und würde "die freie Berufswahl des einzelnen Jugendlichen" einschränken. Vor allem verbiete aber das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 10.12.1980 "die Einrichtung einer auf Dauer angelegten Umlagefinanzierung". Die Kapitalisten sehen in einer möglichen Berufsausbildungsumlage eine Einschränkung ihrer Gewalt über die Berufsausbildung und ihres Rechts, ihre zukünftigen Arbeitskräfte in der von ihnen gewünschten Zahl und Qualifikationsspanne selber auszubilden. (Zur Finanzierung der Berufsausbildung – Grundpositionen der Wirtschaft; Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung, 16 Seiten, kostenfrei – clm)

Christliches Abendland und 3. Welt gegen die Supermächte

Auf reichlich 200 Seiten spricht Willy Brandt, Ex-Bundeskanzler, Friedensnobelpreisträger, Vorsitzender der Sozialistischen Internationale (SI), der Nord-Süd-Kommission, der SPD und diesjähriger Dritte-Welt-Preisträger "von der Wirtschaft bis zur Rüstung, von den Finanzen bis zum Hunger, von der Dürre und absterbenden Wäldern bis zum rapiden Wachstum der Weltbevölkerung" die Probleme, die die "Menschheit bedrohen", zusammengefaßt unter dem Buchtitel "Der organisierte Wahnsinn. Wettrüsten und Welthunger", an. Er bietet dabei Argumente der Ökologie- und Friedensbewegung, der Befreiungstheologie und bekannt Sozialdemokratisches, speziell für die akademisch gebildeten Schichten – international. "Die großen Gefahren für die Menschheit" gehen nach Brandt "von den großen

Mächten aus, nicht von den Kleinen". Die Großmächte sind "damit zu einer großen Bedrohung aller (Menschen) geworden". Zur Eingrenzung der "großen" auf zwei bemüht Brandt dann den Leser durch die Chronologie der letzten Jahre, vollgefüllt mit internationalen Konferenzen, Kongressen oder einfach nur Treffen zwecks "Meinungsaustausch", an denen er teilgenommen hat. Beweis für seine Mitwirkung an dem Buch die vielen Anekdoten, z.B. anno 1978 das Gespräch über "weltpolitische Themen" mit Papst Paul VI., dem "anzusehen war, daß er nur noch kurze Zeit vor sich haben würde". Der jetzige erteilte Brandt den Segen für den Kampf gegen die "Dimension des Bösen". Unter der



Weltweit im "europäischen Interesse": Brandt vor der Sozialistischen Internationale

Überschrift "Europa: Immer warten auf die Großen", in einem eher unauffälligen Kapitel mit geringem Umfang, entkleidet Brandt die Problemlösung. "Wir Europäer" müßten die Frage nach der eigenen Verantwortung für "die Menschheit" stellen. Brandt fordert eine "Europäisierung Europas; das gilt auch für jenen Teil, in dem die Sowjetunion dominiert". Damit hätte Europa die Möglichkeit, "neue Wege zu gehen". "Europa hätte entwicklungspolitisch – von Fall zu Fall zusammen mit Japan, Kanada, Australien... durch eigene Vorschläge auffallen sollen." Auf Bares müßten die "kleinen" Europäer nicht verzichten – im Gegenteil: Denn "größzügiger zu sein, wird sich bezahlt machen". Seine Vorschläge für "Europa": Ausbau der gemeinsamen Außenpolitik, gemeinsame Entwicklungspolitik – nicht nur technische, sondern politische Koordinierung. Die SPD/SI setzt auf die Herstellung eines Bündnisses mit Ländern der 3. Welt unter europäischer Führung gegen die "Supermächte". (Verlag Kiepenheuer & Witsch, Paperback 19,80 DM – sie)

"Kritische BAYER-Aktionäre"

Ein "Alternativer Geschäftsbericht zum Bayer-Konzern" wird vom DKP-Herausgeber als ein "unentbehrliches Arbeitsmittel" für Gewerkschafter, Dritte-Welt-Gruppen usw. angekündigt. Dafür sind die Aufstellungen über die personelle Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat und die Hintergrundinformationen über wichtige Personen zu knapp, ebenso die Darstellungen über den Aufbau des Konzerns, seine Kapitalverflechtungen und die wirtschaftlichen Daten der letzten zehn Jahre. Hauptsächlich dokumentiert der Bericht etwas zu ausführlich die Reden und Gegenanträge "kritischer" Klein-Aktionäre auf der Hauptversammlung 1985, die von den Großaktionären selbstverständlich abgelehnt wurden. Gefordert wird eine Verringerung der Dividende zugunsten von Maßnahmen, die die Umweltverträglichkeit der BAYER-Produkte gewährleisten, bereits verursachte Umweltschäden beheben und neue Arbeitsplätze schaffen sollen. Die Begründung dieser Anträge lautet: nur so könne "langfristig der Bestand des Unternehmens gewährleistet" werden. (A. Köhler-Schura, Alternativer Geschäftsbericht Bayer, Weltkreis-Verlag, 10 DM – ibm)

"Friedensbewegung und blockübergreifende Strategien"

In diesem Taschenbuch untersucht Lutz Lohberg folgende Fragestellungen: Welche blockübergreifenden Strategien innerhalb der bundesdeutschen Friedensbewegung sind nun von besonderem politischen Interesse? Und wie sieht blockübergreifende Praxis in unserem Land aus? Welches sind unsere Verbündeten im "anderen deutschen" Staat, der DDR. Um welche Friedensgruppen und Personen geht es in der hiesigen öffentlichen Diskussion? Welche Friedenspolitik entwickeln die sozialistischen Staaten selber?

Um es vorwegzunehmen: Das Buch handelt von den Problemen und Schwierigkeiten der DKP und ihrer Bündnispolitik in der sogenannten Friedensbewegung. Die DKP vertritt bei der Diskussion der "blockübergreifenden Strategien" den Standpunkt, daß nur die "vereinten 'blockübergreifenden' Friedensbemühungen der Friedenskräfte weltweit, unter Ein-schluß der sozialistischen Staaten..., den Imperialismus langfristig zur Abrüstung zwingen (können)!" Der Verfasser arbeitet vielfältige Strömungen und Aktivitäten innerhalb der Grün-Alternativen, der SPD und kirchlicher Kreise heraus, die entweder die Einmischung in die Angelegenheiten sozialistischer Länder z.B. über die Unterstützung dortiger "Friedensgruppen" oder die Durchführung "grenzüberschreitender Aktio-

nen", z.B. Bastian und Kelly auf dem Alexanderplatz usw., organisieren. Dem Kommunistischen Bund wird eine positive "Sonderrolle im grün-alternativen Spektrum" zugeschrieben, was seine Kritik an solcherart blockübergreifender Einmischungspolitik betrifft. Lohberg analysiert schließlich die Politik der SPD-Führung, die "friedliche Einmischung" mit dem Ziel der "inneren Evolution in den sozialistischen Ländern", als eine Variante imperialistischer Politik. Nur: Nach Lohberg "geht die Kriegsgefahr ... vom Weltherrschaftsstreben des US-Imperialismus" aus. Das Außenvorlassen der Politik und der Absichten des BRD-Imperialismus läßt nationalistischen Blockübergreifen viel Spielraum.

(Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1985, 6,80 DM — sie)

Kritik am Zivilschutzgesetz

In dem vorliegenden Band sind die überarbeiteten Vorträge veröffentlicht, die im Januar 1985 auf einer Tagung von Friedensinitiativen, zumeist aus dem Gesundheitswesen, in Hamburg gehalten wurden. Zweck war, die öffentliche Debatte über den Entwurf eines Zivilschutzgesetzes zu fördern und nachzuweisen, daß der Zivilschutz die Bevölkerung dazu bereit machen soll, die Vorbereitung eines Krieges durch die Regierung der BRD, auch im Zusammenhang mit der Planung der NATO, nicht lebensgefährlich zu finden. In einem schlechten Vorwort läßt Robert Jungk sich darüber aus, man erschrecke "ob der Phantasielosigkeit der Kriegsvorbereiter", die sich offenbar das Elend der Sterbenden in den Bunkern nicht vorstellen könnten. Zum Glück gibt es eine Reihe besserer Beiträge von verschiedenen Ärzten, die versuchen, die Absicht der herrschenden Klasse zu enthüllen, mit Hilfe von Bunkerbau die Entstehung von Flüchtlingsströmen zu unterbinden, den Widerstand gegen die Kriegsvorbereitung zu brechen durch Vorspiegelung der Chance, auch einen Atomkrieg relativ unbeschädigt zu überstehen. Sie greifen insbesondere den engen Zusammenhang zwischen Katastrophen- und Kriegsmedizin an, die nach dem Prinzip der Triage, der Sichtung der Verwundeten zwecks gewaltsamer Absonderung und Nichtbehandlung der schlimmsten Fälle, verfährt. Leider finden sich auch welche, die in ihrer Argumentation dem Zynismus des BDA aufsitzen. Schutzbauten sollten unterbleiben, weil sie sich doch nicht lohnten und das darauf verwendete Geld lieber der Wirtschaft zugute kommen sollte, also der Produktion von Kapital. (M. Peters/R. Pfeiffer, Zivilschutzgesetz. Friedenspolitik oder Kriegsvorbereitung? Theurer, Köln 1985, 6,00 DM — an!)

Die "Theologie der Befreiung" macht Esser hellhörig

Die Bedeutung dieser religiösen Strömung im Kampf gegen den Imperialismus

Anläßlich des "Studiengesprächs 1985", veranstaltet vom Institut der Deutschen Wirtschaft, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Gilde Katholischer Ingenieure Deutschlands, hielten der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, und Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, am 20.8.85 in Köln Vorträge zur "Theologie der Befreiung" in Lateinamerika. "Gewisse Strömungen der Theologie der Befreiung bedienen sich der kritiklosen Übernahme marxistischer Termini und Denkweisen wie einer marxistischen Analyse. Ausgangspunkt ist dabei nicht Glaube und Evangelium, sondern die Infrastruktur gesellschaftlicher Verhältnisse, der politische Kampf und das Klassenbewußtsein ... Dies betrifft uns unmittelbar und muß neben den theologischen Streitfragen, die damit aufgeworfen sind, politisch in den freiheitlich organisierten Industrieländern hellhörig machen", sagt Esser zu Beginn seines Vortrages. Und der Kardinal pflichtet ihm bei: "Befreiung wird an erster Stelle als Errettung der ausgebeuteten Armen aus gesellschaftlicher Unterdrückung verstanden. Im Hinblick auf das Heilswerk Jesu Christi ist diese einseitige Ausrichtung nicht unbedenklich. Es droht die Gefahr, die Kirche Jesu Christi in einer Weise zu deuten, die dem katholischen Glaubensverständnis widerspricht."

Kapitalist und Kardinal haben sich also nicht getroffen, um "Gottes Wort" aus diesem oder besser aus jenem Bibelvers herauszulesen. Und der Vatikan hätte nicht für den prominentesten Vertreter der "Theologie der Befreiung", den brasilianischen Franziskanerpater Leonardo Boff im April 1985 angeordnet, daß er "auf Grund der geäußerten Vorbehalte seiner Theologie gegenüber eine Periode des ehrfurchtsvollen Schweigens" beachten müsse, weil vielleicht seine Frömmigkeit zu wünschen übrig ließe. Kirche und Kapital in Westdeutschland fühlen sich offensichtlich von einer Bewegung in Lateinamerika getroffen, in der die Theologie der Befreiung zu einer Gefahr für sie beide wird.

Daß Kirche, daß eine Theologie solch eine Rolle überhaupt spielen kann, wenn es um die Einflußmöglichkeiten des westdeutschen Kapitals geht, liegt daran, daß die Eroberungs- und Unterdrückungsgeschichte Südamerikas zugleich seine Kirchengeschichte ist. Nirgendwo sind die jahrhundertealten Strukturen gemeinsamer staatlicher und kirchlicher Knechtung des Volkes so miteinander

verschlungen, wie bis heute hin in Südamerika.

Eroberung von Ländereien und Bekehrung der Ungläubigen war das Programm der spanischen und portugiesischen Könige seit der "Entdeckung" Amerikas 1492. Sie gewährten der Kirche militärischen Schutz und gewährleisteten ihren Lebensunterhalt. Die katholische Kirche, die die Kolonisierung mit dem Gedanken legitimierte, den "christlichen Weltkreis" und die päpstliche Universalherrschaft in Gottes Namen ausweiten zu müssen, erwarb sich in dreihundertjähriger Kolonialherrschaft das Privileg der Staatsreligion.

Sie wurde zu keiner Zeit eine Kirche des Volkes, sondern blieb stets nur importierte Staatskirche. So mußte zum Beispiel aufgrund eines portugiesischen Gesetzes der Klerus eine "weiße, rassenreine Aristokratie" bleiben. Indianer oder ein Mischling durften nie Priester werden. In den Unabhängigkeitskriegen des vorigen Jahrhunderts änderte sich das nicht grundlegend.

Die vom Großgrundbesitz geprägte Besitzstruktur blieb weitgehend unangetastet, der feudal organisierte Klerus hatte seine wesentliche Stütze nicht verloren und die koloniale Unterdrückung durch Spanien und Portugal wurde abgelöst durch die Abhängigkeit von England und den USA.

Würden wir die Theologie der Befreiung nicht vor diesem Hintergrund betrachten, sondern ausschließlich theologisch und religiös, sie könnte kein besonderes Interesse wecken, nichts, was einen Kapitalisten wie Esser "hellhörig" machen müßte. Weder leugnet sie das Jenseits noch andere übernatürliche Aspekte des Glaubens. Was sie aber leugnet und bestreitet, ist die göttliche und übernatürliche Legitimation einer Praxis der Unterdrückung.

Hatte die Kirche nach dem abstrakten Schema Gott-Christus-Kirche mit Hilfe der katholischen Soziallehre den Gehorsam gegenüber den jeweiligen Herren, die Unterwerfung und Ausplünderung der Volksmassen begründet, so beruft sich die Theologie der Befreiung auf die gleiche Bibel wie der Papst, die Imperialisten und Großgrundbesitzer, aber sie bestreitet aus eben dieser Bibel den Herrschenden ihr Gottesgnadentum und ihre Legitimation. Das können die Theologen der Befreiung nur, weil sie sich selbst politisch eindeutig auf den Standpunkt ihres Landes als eines Landes der Dritten Welt stellen (sie nennen das "Dependenztheorie") und Partei ergreifen für die Armen, die 70% der Volksmas-

sen darstellen und absolut am Verhungern sind.

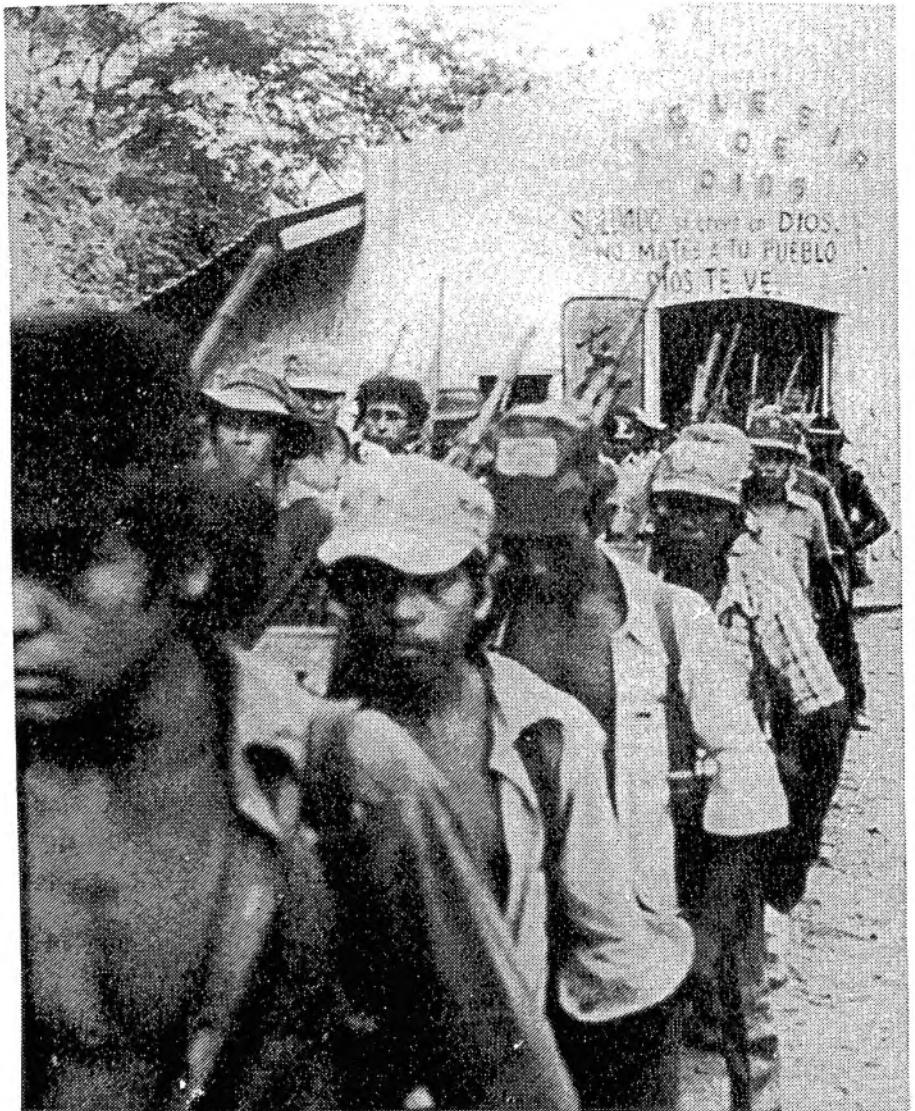
Leonardo Boff schreibt dazu: "Die Option für die Unterdrückten und damit gegen die herrschende Gesellschaftsform vermittelte (den Christen) eine neue Weise Christ zu sein ..." Und an anderer Stelle: "Dabei interessiert uns ... gar nicht, wie sich Christentum und Marxismus zu einander verhalten, sondern wie die Gesellschaft kritisch, das heißt aus der Perspektive der kämpfenden Armen zu beurteilen ist. Unter diesem Gesichtspunkt hat die marxistische Tradition einige wichtige Elemente zu bieten, vor allem, was den de facto in Gang befindlichen Klassenkampf anbelangt ..."

Daß dem BDA-Präsidenten Esser solches alles zutiefst zuwider ist, leuchtet ein. Er klagt: "Das gilt nicht nur für den Vorrang, der in den Befreiungstheologien dem Gesellschaftlichen eingeräumt wird und die Distanz zur überweltlichen Transzendenz, sondern für die gesellschaftspolitischen Positionen selbst. Und hier haben einige Denkrichtungen marxistische Züge. Der Mensch wird als Produkt der Verhältnisse aufgefaßt. Von ihm wird nicht Selbstüberwindung gefordert, sondern Überwindung des Systems. Damit verschieben sich die Aspekte vom individuellen zum kollektiven, vom personalen zum institutionalen, ja sogar vom Seelenheil des einzelnen Menschen zum Zukunftsglück aller. — Dies kann uns auch in unserem Verhältnis zur Kirche nicht gleichgültig lassen."

Kardinal Höffner kann dem nur zustimmen: "Noch bedenklicher ist es, wenn Vertreter der Befreiungstheologie die materiell Armen 'die Epiphanie des Herrn' und die 'eigentlichen Träger der Utopie des Reiches Gottes' nennen. Denn" — so der Kardinal — "der Marxismus ist ein Anti-Evangelium. Wären die Armen die Heilsbringer, so wäre das Heilswerk Jesu Christi überflüssig."

Recht hat er damit. Und als instinktsicherer Pfaffe merkt er, daß die Methode der Theologie der Befreiung auch den Keim in sich trägt, sich nicht nur vom Klerus, sondern auch von der Theologie zu befreien. Ein vom Dogma der Kirche befreites Denken wird auf Dauer sich ganz befreien wollen von aller Metaphysik und sich der Wirklichkeit zuwenden.

Für Esser stellt sich dies Problem erst mal noch nicht. Ihm geht es auf dem Studiengespräch darum, den Kirchenoberen klar zu machen, daß er alles verwirft, was nach Unabhängigkeit und Marxismus aussieht. Denn sicher unterstützt zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Theologie der Befreiung die Unabhängigkeitsbewegungen Lateinamerikas. Esser ist daran gelegen, daß der westdeutsche Klerus mit seinem Geld und seinem Einfluß im Vatikan



Diese Kirche in El Salvador dient als Unterkunft für die Guerilla. Über dem Portal kann man den Spruch lesen: "Soldat, wenn du an Gott glaubst, töte dein Volk nicht. Gott liebt dich."

darauf hinwirkt, daß Priester des Abwiegeln, des Antikommunismus und der Niederlage in den revolutionären Bewegungen hoch kommen.

"... Der Marxismus ist jedenfalls nicht der richtige Weg. Wo er die Macht errungen hat, ist dies nicht zu Gunsten der Freiheit gewesen, sondern im Gegenteil, er hat zu mehr Unfreiheit geführt. Von kurzfristigen Scheinerfolgen abgesehen, wurden Armut und Knappheiten nicht überwunden und das Koordinationsproblem der einzelnen Wirtschaftsentscheidungen ebensowenig gelöst." Er mahnt seine kirchlichen Gesprächspartner, an ihre eigenen Interessen zu denken: "Auch die christliche Botschaft darf nicht zum Instrument von Ideologien und politischen Strategien mißbraucht werden. Das emotionale Engagement, das zu radikal-revolutionären Lösungen drängt, ist wegen der bedrückenden Verhältnisse möglicherweise verständlich, aber letztendes würde dies das Ende für ein Zusammenleben der betroffenen Menschen in freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen bedeuten."

Herr Esser weiß, was er zu verlieren hat! Und der westdeutsche Kardinal arbeitet schon im beidseitigen Interesse unter den Brüdern in Lateinamerika. So kann er eine Erklärung von Bischöfen vom Juli 1985, die sich in Los Andes (Chile) getroffen haben, bei dem Studiengespräch vorlegen: "Im Gegensatz zur Behauptung einiger Theologen der Befreiung, daß einzig die marxistische Analyse der Geschichte ein geeignetes Instrument sei, Armut und Elend der Menschen in Lateinamerika zu überwinden, stellen wir fest, daß die katholische Soziallehre Grundsätze bietet, die geeignet sind, in wirksamer Weise eine Gesellschaft in Gerechtigkeit und Solidarität aufzubauen." Beide Seiten waren sehr dankbar für ihr Gespräch.

Quellenhinweis: Hans-Jürgen Prien: Die Geschichte des Christentums in Lateinamerika, 1978; Karl Rahner u.a.: Befreiende Theologie, 1977; Leonardo Boff: Das Christentum als Faktor gesellschaftlicher Veränderungen, Frankfurter Rundschau vom 31.10.1984; Reden von Esser und Höffner auf dem "Studiengespräch 85" — (hel)

Hungerstreik im Asylantenlager Karlsruhe

Karlsruhe. Ca. 100 Asylanten aus dem Iran, Irak, Indien, Bangladesch und der Türkei haben mit einem zehntägigen Hungerstreik dagegen protestiert, daß man sie zwingt, wie Tiere zu leben, und die "Verwaltung sie auch als solche behandelt". Sie forderten ein Ende der Überbelegung des Lagers, in dem 1000 Menschen, vier pro 15-qm-Zimmer, zusammengepfercht sind. Außerdem verlangten sie das Recht, selbst zu kochen, und das nötige Bargeld dazu, sowie ausreichende medizinische Versorgung; die ist nicht gewährleistet, da nur einmal pro Woche ein Arzt ins Lager kommt und etliche Ärzte der Umgebung sich weigern, Asylanten zu behandeln. Zwar unterstützte die Landesversammlung der Grünen, die Grüne Liste Karlsruhe und der AK gegen Ausländerfeindlichkeit die Forderungen, einige überregionale Zeitungen berichteten und der Flüchtlingskommissar der UNO besichtigte das Lager. Es konnte aber keine einzige Forderung durchgesetzt werden. Auf Anweisung des Vertreters des Regierungspräsidiums Aker wurden die Hungerstreikenden in andere Lager gebracht. Neuankömmlinge wurden eingeschüchtert. — (b)

HBV-Aktivitäten zu Südafrika

Frankfurt. Bereits im April unterstützte die HBV-Bezirksdelegiertenkonferenz Main-Taunus die Aktion "Kein Geld für Apartheid"; Doris Fürbeth, hessische Landesbezirkssekretärin, sprach auf der zentralen Kundgebung am Bankenaktionstag anlässlich der Dresdner-Bank-HV. Seit August arbeitet der HBV-Bezirk in der Frankfurter Aktionseinheit gegen Apartheid mit und rief zur Anti-Apartheid-Demonstration auf. Der Fachgruppenvorstand Banken hat die Hauptfachabteilung aufgefordert, den Aufsichtsräten Materialien zu den Geschäftsbeziehungen mit Südafrika zuzuleiten. In einem Brief an die Firmen HL, Schade & Füllgrabe sowie Coop fordert der Bezirksvorstand, den Verkauf südafrikanischer Waren einzustellen. Ebenfalls auf Initiative der HBV beschloß die DGB-Kreis-DK: "...fordert die Delegiertenkonferenz die DGB-Gewerkschaften auf, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu prüfen, inwieweit direkte Eingriffe in den Waren-, Geld- und Kommunikationsverkehr mit dem Rassistenregime in Südafrika möglich sind. Dabei ist die Möglichkeit eines Aufrufes zum Verbraucherboykott von südafrikanischen Waren (Krüger-Rand, Früchten, Konserven usw.) zu prüfen." In Vorbereitung der für Anfang Dezember geplanten DGB-Veranstaltung muß diese Diskussion auf der betrieblichen Ebene geführt werden. — (gst)



München. Rund 40000 demonstrierten am 12.10. in München gegen die geplante WAA Wackersdorf. Am Abend griff die Polizei generalstabsmäßig vorbereitet ein Straßenfest an, wobei sie einen Stadtteil systematisch abriegelte und eine Massenverhaftung durchführte (Bild). Insgesamt wurden über 200 Personen festgenommen. — (ror)

Laurien contra Gewerkschaft: rechtswidriger Protest

Westberlin. Im Mai 1983 faßte die GEW den Beschluß, am Tag der Schulen während der 'Friedenswoche' im Oktober 1983 eine halbstündige Arbeitsniederlegung durchzuführen. Rund ein Drittel der Lehrerschaft beteiligte sich an der Aktion. Die oberste Schulaufsicht erkannte die Gefahr für das Berufsbeamtentum als eine der "tragenden Säulen des Staates". Da ein Teil der Bezirke nicht in der von der Senatsbehörde gewünschten Weise gegen diese "Dienstpflichtsverletzungen" vorging, zog Anfang 1984 die Senatsverwaltung die Disziplinarverfahren an sich. Ergebnis sind bis Mitte 1985 nicht bloß 531 Mißbilligungen und 54 Disziplinarverfügungen, sondern auch ein Disziplinarverfahren gegen den ersten Landesvorsitzenden der GEW und seine Stellvertreterin. Beide wurden am 11.10. von der Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts wegen Aufrufs zu einer "rechtswidrigen Arbeitsniederlegung" zu einem Bußgeld von einem halben Monatsgehalt verurteilt. — (lbe)

Faschisten-Versammlungen verhindert

Freiburg. Am 3.10. verhinderten 23 Antifaschisten eine vom "Bund für Gotterkenntnis" (Ludendorff-Gesellschaft) geplante Veranstaltung "Frau und Religion im Lichte der Gotterkenntnis Ludendorff". Dieser Verein—1961 vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof verboten und 1977 vom gleichen Gericht als Religionsgemeinschaft wieder zugelassen—vertritt eine faschistische Verschwörungstheorie: Christen, Juden, Freimaurer, Kommunisten usw. arbeiteten auf den Verderb "des deutschen Volkes" hin. In einem A3-Flugblatt hatten die Antifaschisten die faschistische Zielsetzung dieses Vereins offengelegt, der

u.a. auch die Gründung der von der NPD gesteuerten "Ausländer-Stop"-Initiative begrüßt hatte, die sich jetzt "Arbeitskreis Ausländerpolitik" nennt und deren geplante Veranstaltung am 5.10. "gegen die Überfremdung" der BRD durch Ausländer der Arbeitskreis gegen Ausländerfeindlichkeit zum Platzen brachte. — (ulb)

Beschäftigungsförderungsgesetz wird nicht angewendet

Elmshorn. Seit dem 1. Mai ist das Beschäftigungsförderungsgesetz in Kraft. Es gibt den Kapitalisten die Möglichkeit, erkämpfte Rechtspositionen und tarifliche Bestimmungen zu umgehen. Die Wählergemeinschaft Elmshorn (WGE) forderte in der letzten Stadtvertreterversammlung in ihrem Antrag, daß die Stadt die Möglichkeiten aus dem Beschäftigungsförderungsgesetz, wie 18-Monats-Zeitverträge, kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit, Job-Sharing sowie Einstellung von Leiharbeitskräften, nicht anwendet. In der Begründung des Antrages legt die WGE dar, daß "geltende Rechtsprechung der Arbeitsgerichte aufgehoben" wird, Kündigungsschutz umgangen wird, die Mitbestimmungsrechte der Betriebs- bzw. Personalräte drastisch eingeschränkt werden und daß sich das Gesetz zum "Ausleben lästiger Problemgruppen" eignet. Einziger Schwachpunkt der Begründung war, daß sie nicht grundsätzlich gegen Teilzeitarbeit auftritt, sondern sich, "wenn wie im 'gehobenen' und 'höheren' Dienst das Teilzeiteinkommen ausreicht", für Teilzeitbeschäftigung ausspricht. CDU und FDP polemisieren gegen den WGE-Antrag und verteidigen das "Heuer"- und "Feuer"-Gesetz der Bundesregierung. Die SPD spricht sich für den Antrag aus, der mit 16 (SPD, WGE) zu 15 (CDU, FDP) Stimmen—die CDU-Fraktion war nicht vollzählig—angenommen wird.— (sip)

Boehringer Mannheim

Betriebsrat widerspricht Zeitverträgen und verliert vor Gericht

Mannheim. Am 6. September 1985 klagte die Geschäftsführung der Boehringer Mannheim (BM) GmbH vor dem Arbeitsgericht Mannheim, um sich in sieben Fällen die Zustimmung des Betriebsrates zu befristeten Arbeitsverträgen ersetzen zu lassen. Der Betriebsrat hatte diesen Einstellungen widersprochen, dabei auf die personelle Unterbesetzung der betreffenden Abteilungen hingewiesen und die Einstellung ohne Befristung befürwortet.

Er hat sich dabei auf das Beschäftigungsförderungsgesetz bezogen. Die Grenzen, die dieses Gesetz für Befristungen setzt – es muß sich um eine Neueinstellung handeln, die Befristung darf nur einmal vereinbart werden –, sollten genutzt werden, um dem flexiblen Personaleinsatz entge-

nehmer-Schutzgesetzen, Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen – wurden anhand der Einführung eines neuen Schichtsystems die negativen Folgen des flexiblen Personaleinsatzes für die Betroffenen (Leasingkräfte und Aushilfen) und für die 'Stammbelegschaft' aufgezeigt:

Während der Betriebsrat noch Informationen über die Notwendigkeit dieses neuen Schichtsystems bei der Geschäftsführung anforderte, wurden bereits Stellenausschreibungen auf neue Arbeitszeiten (von 11.15 – 20.00 Uhr) ausgehängt. Bereits befristet Beschäftigten bei BM, die sich um einen festen Arbeitsplatz beworben hatten, wurden nur diese Arbeitsplätze mit neuem Schichtsystem angeboten. Während die Stammbelegschaft das



"In der neuen Montagehalle werden auf einer Fläche von 2 300 qm unsere Geräte montiert" (Bildunterschrift aus: BMZ 6/85) – zum großen Teil von Aushilfen (u.a. mit Arbeitsverträgen von 6 Monaten), deren Übernahme vom Betriebsrat gefordert, von der Geschäftsführung bislang jedoch nicht bestätigt wurde.

genzuwirken.

Auf der Betriebsversammlung am 19. September berichtete ein Mitglied des Personalausschusses des Betriebsrates über den Prozeß und dessen Vorgeschichte:

Laut Personalabteilung waren 1984 rund 1 000 Aushilfen und Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen bei BM eingesetzt. Rund 5 000 sind als 'Stammbelegschaft' im Hauptwerk Mannheim beschäftigt. Dem Personalausschuß fiel auf, daß immer mehr der sogenannten "Aushilfen" Arbeitslose sind, die an einem festen Arbeitsplatz interessiert sind, daß es sich nicht mehr hauptsächlich um Schüler und Studenten handelte.

Neben der Darstellung der Nachteile für Leiharbeiter und befristet Beschäftigte – z.B. fehlende oder beschränkte Ansprüche aus Arbeit-

neue Schichtsystem mehrheitlich ablehnt, stehen die "Aushilfen" vor der Alternative: "Friß oder stirb!".

Gegenüber der Tendenz, die 'Randbelegschaft' auszubauen, was auch einschließt, dieselben Leiharbeiter und Aushilfen immer wieder neu einzusetzen, ist der Betriebsrat bemüht, Produktionsausweitungen und erhöhten Arbeitsanfall über Festeinstellungen abzudecken.

Dies ist der Hintergrund zu den oben genannten Widersprüchen gegen die befristeten Arbeitsverträge. In der Arbeitsgerichtsverhandlung wurde deutlich: Alle Befristungen wurden nach Inkrafttreten des Beschäftigungsförderungsgesetzes vereinbart. Alle Betroffenen waren bereits befristet bei BM beschäftigt, sie sollten eine Fristverlängerung oder eine erneute Befristung bekommen. Dies aber,

so der Betriebsrat, sei nach dem BeschFöG nicht möglich, da es Befristungen ausschließlich zuläßt für Neueinstellungen und einmalige Befristung.

Zwar erklärte der Arbeitsrichter, daß in drei der sieben vorgetragenen Fälle aufgrund unzulässiger Kettenarbeitsverträge ein einklagbarer Rechtsanspruch auf einen Arbeitsplatz bei BM bestünde; er gab aber gleichzeitig den BM-Kapitalisten Recht: Er tat, als gäbe es das BeschFöG nicht, und ging von der Rechtsprechung aus, wonach der Betriebsrat befristete Einstellungen nicht wegen der Befristung ablehnen kann, "denn sonst würde die dem § 99 BetrVG innewohnende Schutzfunktion für die einzustellenden Arbeitnehmer in ihr Gegenteil verkehrt."

Zu deutsch: Befristet beschäftigt ist besser als gar nicht beschäftigt. Da der Betriebsrat wegen Verstoßes gegen ein Gesetz – das BeschFöG – widersprochen hatte, urteilte der Richter: Verstoß gegen ein Gesetz meine hier z.B. Verstoß "gegen zwingende Arbeitsschutzbestimmungen". Dies treffe auf das BeschFöG nicht zu. Der Betriebsrat, der nach wie vor der Meinung ist, daß das BeschFöG Auswirkungen habe auf Befristungen – unabhängig davon, ob sie wie im Falle Boehringer sachlich begründet werden – will beim Landesarbeitsgericht Beschwerde gegen dieses Urteil einlegen. – (scm)

Sonntagarbeit

Wer gegen Wochenendarbeit auftritt, soll fliegen

Hildesheim. Der größte Betrieb am Ort, Blaupunkt, geht offensiv in Richtung Sonntagarbeit. Auf einer Betriebsversammlung im September verkündete Geschäftsführer Eiberger unter den Pfiffen der Belegschaft: "Solche Leute, die gegen die Wochenendarbeit sind ..., möchte ich am liebsten 'rausschmeißen ...'"

Plan der Stammhaus-Bosch-Kapitalisten für Tochter Blaupunkt: Einführung von 10-Stunden-Schichten am Samstag und Sonntag. Als Pilotversuch sollen "erst einmal" 16 Leute eingestellt werden, vier pro Schicht, deren Arbeitszeiten so aussehen sollen: samstags von 9.40 bis 20.40 Uhr und von 20.40 bis 7.40 Uhr am Sonntag. Am Sonntag von 7.40 bis 18.40 Uhr, anschließend von 18.40 bis 7.40 Uhr am Montag.

Die Geschichte der Rationalisierung bei Blaupunkt seit 1977 liest sich wie ein allgemeines Handbuch für "Ökonomisierung": Automatische Bestückung, ABC-Analyse (Vergabe von Arbeiten an Fremdfirmen), Einsatz von CNC-Maschinen, Rationalisierung der Farbfernsehfertigung durch

japanische Technologie, laufende Automatisierung der Hybridfertigung, automatische Laufwerkfertigung und Prüfstraße (Cassettenlaufwerke), rechnergesteuerte Endprüfplätze, Einführung von CAD im Konstruktionsbereich usw.

Die Belegschaft schmolz von über 13 500 (1977) auf knapp 9000 (1984) zusammen, der Pro-Kopf-Umsatz kletterte dabei von 83000 auf mehr als 166000 DM. Blaupunkt steht so gut wie nie auf dem Markt da: Branchenfürer bei Autoradios, gesteigerter Anteil bei Farbfernsehern, Umsatzanteil – nach 80%iger Steigerung im ersten Halbjahr – bei "Telekommunikationserzeugnissen" schon 14%...

Blaupunkt schwimmt auf einer Exportwoge und will durch "konsequente Anlagennutzung" die Expansion sichern und ausdehnen. Der Betriebsrat lehnt bislang die Einführung der Sonntagarbeit und der langen Wochenendschichten ab, genehmigte davor aber schon unzählige Samstagsonderschichten. Die Kapitalisten spekulieren – ähnlich wie bei PolyGram in Hannover – auf Zugeständnisse des Betriebsrates bei Inaussichtstellung von neuen, "gesicherten" Arbeitsplätzen. Erste Erpressungsansätze: 500 befristete Arbeitsverträge, die im November auslaufen, wurden nicht verlängert, Umstellung der gesamten Vorfertigung auf Dreischicht. Eine Kampagne für den arbeitsfreien Sonntag ist zwingend notwendig. – (mal)

Bundes-AG Schule/Wirtschaft

Transmissionsriemen der Kapitalistenverbände

In der Bundesarbeitsgemeinschaft Schule/Wirtschaft (BUAG) arbeiten derzeit 20000 Lehrkräfte in 300 örtlichen Arbeitskreisen mit; ca. 10000 nehmen jährlich an den Seminaren, Veranstaltungen, Betriebsführungen teil. Dieses Netzwerk steht unter der Geschäftsführung des BDA.

Die in der BUAG zusammenarbeitenden Lehrer verstehen sich zu einem "staatsbejahenden und wirklichkeitsorientierten Verständnis von Bildung" (Satzung) und haben sich die optimale "Hinführung der Schüler zur Wirtschafts- und Arbeitswelt" innerhalb und außerhalb schulischer Lehrpläne zum Ziel gesetzt.

Die Zusammenarbeit Schule/Wirtschaft wurde seit 1953 entsprechend dem bildungspolitischen Provinzialismus von den Ländern und Konzernen her dezentral aufgebaut. In Baden-Württemberg beispielsweise ist dieser Arbeitskreis auf Initiative des Dübelskapitalisten Wolf von Wolff (Emmendingen) und dem Altnazi und Hauptschulrektor Robert Schneider 1957 gegründet worden. Heute arbeiten in Ba-Wü 49 örtliche Arbeitskreise, die

jährlich ca. 500 Lehrerseminare bei jeweils 30-100 Teilnehmern durchführen.

Die BUAG wurde erst 1965 gegründet, als die anhebende Reformdiskussion ein bundesweit koordiniertes Vorgehen erforderlich machte. Auf Bundesebene kooperiert die BUAG eng mit dem "Ausschuß für Bildungspolitik und Bildungsarbeit" (BDA), dem Institut der Deutschen Wirtschaft und der Walter-Raymond-Stiftung (BDA, BDI). Ihre Positionen trägt die BUAG auf den "Jahresgesprächen Schule/Wirtschaft" und in der Reihe "Vorträge, Berichte, Texte" vor. Deren Geschäftsführung liegt beim Institut der Deutschen Wirtschaft.

Maßgeblichen Einfluß nehmen die Landesarbeitskreise der BUAG auf die Lehrerfortbildung sowie die Erstellung von Lehrplänen. Die Vorlagen für die im Zuge der Lehrplanrevision in Ba-Wü neugeschaffenen Lernbereiche "Arbeit-Wirtschaft-Technik" und die Berufsfeldorientierung der Hauptschule, die Berufsorientierung Realschule, die Konzeption von Lehrerpraktika (1984: 750 Teilnehmer) wurden hier erarbeitet: "Die Berufsorientierung der Schüler vor ihrem Eintritt ins Berufsleben in die Schule zu verlagern, dieser Gedanke kam aus den Reihen der Arbeitskreise, wo das notwendige Informationsmaterial für die Lehrer in Zusammenarbeit mit den Berufsberatern der Arbeitsämter und den Wirtschaftsverbänden erarbeitet wurde... Die Schulbehörde nahm die Anregungen mit großer Aufgeschlossenheit auf, verarbeitete sie in neuen Bildungsplänen, bei deren praktischer Umsetzung wiederum die Arbeitskreise Hilfestellung gaben und geben... schlug der Studienkreis Schule/Wirtschaft Württemberg/Nordbaden 1980 dem Kultusministerium die Durchführung der Lehrerbetriebspraktika vor und bot die Vorbereitung eines Modellpraktikums in Heidenheim an." (aus: Ein Vierteljahrhundert Schule/Wirtschaft in Baden-Württemberg; Infodienst Schule/Wirtschaft, Sondernummer didacta 85) – (zem)

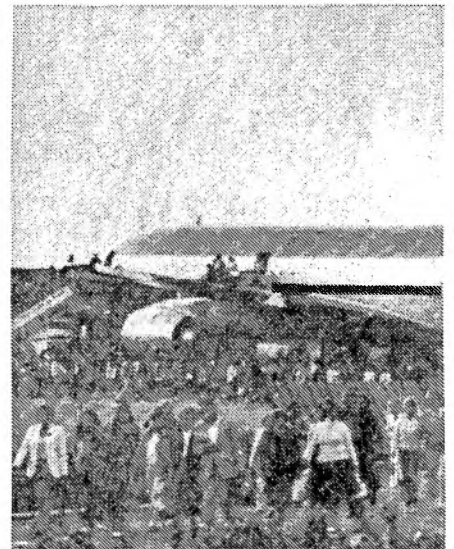
LTU

Neuer Manteltarifvertrag nach Urabstimmung

Düsseldorf. Durch eine erfolgreiche Urabstimmung kurz vor den Herbstferien in NRW, bei der sich 97% der 363 abstimmungsberechtigten Angestellten der Düsseldorfer Charterfluggesellschaft Lufttransport Unternehmen (LTU) für Streik ausgesprochen hatten, kam es nach Auskunft der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) am 2. Oktober zu einem "erfolgreichen Abschluß" eines neuen Manteltarifvertrages für das fliegen-

de Personal.

Der alte Manteltarifvertrag war bereits 1982 ausgelaufen. In drei Jahren vergeblichen Verhandelns hatten sich die Arbeitsbedingungen, vor allem die Arbeitszeit der 470 Flugbegleiter, Piloten und Ingenieure der LTU drastisch verschlechtert. In einer Erklärung der DAG zur Urabstimmung heißt es: "Es darf in Zukunft nicht mehr möglich sein, daß das fliegende Personal bis zu 16 Stunden in einer Schicht arbeiten muß. Auch über eine neue Freizeitregelung muß verhandelt werden, bisher weigert sich das Unternehmen, Neueinstellungen vorzu-



nehmen, überschreitet dafür lieber die Monatsflugstunden und streicht dem Personal die freien Tage."

Bei der öffentlichen Auszählung der Urabstimmung berichteten Angestellte der LTU, daß es oft nicht möglich gewesen sei, die vertraglich zugesicherten freien Tage zu nehmen, weil die Personaldecke der Charterfluggesellschaft zu eng sei, daß sich der Dienstplan oft derartig rasch geändert habe, daß Verabredungen zu treffen oder gar einzuhalten gar nicht möglich gewesen sei.

Der neue Manteltarifvertrag wurde von der Großen Tariffkommission der DAG einstimmig angenommen, da er nach den Worten des Landesvorsitzenden der DAG Fischer "fast ausnahmslos die Streikforderungen" erfülle. Der neue Vertrag sieht unter anderem vor, daß die Beschäftigten vier statt bisher drei zusammenhängende freie Tage, auf bestimmten Flugstrecken fünf freie Tage im Monat bekommen sollen. Außerdem werden die Beschäftigten für die Zeit zwischen dem Ausscheiden aus der Gesellschaft und dem Rentenbeginn eine Übergangszahlung erhalten.

Die LTU ist nach der Lufthansa-Tochter Condor die zweitgrößte Charterfluggesellschaft der BRD. Mit acht Großraumjets wurden 1984 2,3 Mio. Fluggäste befördert und ein Umsatz von 630 Mio. DM gemacht. – (rub)

Die bayerische SPD

Den Abstand zur CSU verkleinern – "deutsche Sicherheit" und "Wirtschaftsförderung"

München. Die bayerische SPD hat auf dem 35. ordentlichen Landesparteitag in der Hofer Freiheitshalle Ende September ihren Spitzenkandidaten für die Landtagswahl im Oktober 1986 bestimmt. In einem jetzt erschienenen Werbeblatt wird der seit 1974 im Landtag tätige Karl-Heinz Hiersemann als "Die neue Kraft für Bayern" vorgestellt und eine Charakterisierung vorgenommen: "Ihm traut man zu, daß er Schwung ins weißblaue Parlament bringt, die SPD in Bayern stärkt und die CSU in die Schranken weist. Er ist ein Schwergewicht in jeder Hinsicht. Und er wird einer sozial gerechten, umweltbewußten Politik in Bayern mehr Gewicht verschaffen." Woher nimmt nur die SPD dieses blu-

den Positionen zu erörtern.

Welche Themen und Forderungen zum Schwerpunkt des Wahlkampfes gemacht werden sollen, erläuterte Hiersemann in seiner Rede auf diesem Landesparteitag: "Politik für den Frieden", "Kampf gegen die Arbeitslosigkeit", "mehr soziale Gerechtigkeit", "kompromißlose Umweltpolitik", "Politik für kleinere und mittlere Landwirte", "mehr Liberalität in Bayern".

Hiersemann stellt fest: "Die SPD hat sich spät, aber schließlich doch noch, gegen die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing-Raketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen. Damit kann jedoch die Diskussion im Bereich

weil "deutsche Sicherheitsinteressen" in Gefahr sind. Bei CSU-Anhängern und Wählern dürfte unstrittig sein, daß diese noch am besten bei F.J. Strauß aufgehoben sind, und deshalb trägt die SPD auf diese Weise dazu bei, die Opposition gegen die aggressive Politik der Bundesregierung mit "deutschen Sicherheitsinteressen" zu versöhnen.

Ein weiterer Schwerpunkt im Landtagswahlkampf der SPD wird der "Kampf gegen die Arbeitslosigkeit" sein. Hiersemann findet auch auf diesem Sektor nicht so richtig die Angriffsfläche gegenüber der CSU. Vielmehr hält er für nötig, die "pauschale Polemik der CSU" bezüglich SPD-Technologiefreundlichkeit und Konjunkturprogramme aufzuklären und entschieden zurückzuweisen. Um keine Zweifel aufkommen zu lassen, nennt Hiersemann auch die Produkte, deren Hersteller einen günstigen Konjunkturverlauf und damit hohe Profite erwarten können. Zum Beispiel: Die BMW AG läßt in PKWs Katalysatoren einbauen, tut damit etwas für die Reinheit unserer Luft und schafft Arbeitsplätze. Nur diese Arbeitsplätze – die im Einklang mit den Erfordernissen des Umweltschutzes stehen – sollen auch auf Dauer sichere Arbeitsplätze sein. Der Förderung der großen Konzerne, die ihre Produktpalette in diese Richtung entwickeln, steht damit nichts mehr im Wege. Die SPD-Landtagsfraktion hat hierzu schon eine "Bayern-Milliarde" angemeldet. Die Differenz zur CSU wird stärker sichtbar, wenn die SPD für die Wirtschaftsförderung Bedingungen stellt: "Wirtschaftsförderung darf nicht mehr an der Summe des investierten Kapitals, sondern nur noch an der Anzahl und Qualität der zu schaffenden Arbeitsplätze ausgerichtet werden. Wirtschaftsfördermittel dürfen nur die Unternehmen erhalten, die auch bereit sind, Mitbestimmungsrechte und das Betriebsverfassungsgesetz zu beachten. Es ist ungeheuerlich, daß Gesetzesbruch auch noch mit Steuermitteln honoriert wird." Jedoch auch diese Differenzen zur CSU sind für die Konzerne nicht weiter tragisch. Solange die oppositionellen Kräfte und hier insbesondere dann auch die Gewerkschaften keine grundsätzliche Kritik an der Wirtschaftsförderung entwickeln, sondern die Förderung mit "Bayern-Milliarden" lieber bezogen auf den eingesetzten variablen Kapitalteil haben wollen, sind die Profite nicht in Gefahr. Vielmehr steht ein Kompromiß in Aussicht, bei dem beide Förderarten berücksichtigt werden. Zweigleisig nennt man diese Strategie. Auf jeden Fall besteht kein Grund für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, diese Politik zu unterstützen.

Quellenhinweis: Dokumente des 35. o. Landesparteitages, versch. Ausgaben der Südd. Ztg. – (dil)



Hiersemann zusammen mit dem WAA-Gegner SPD-Landrat Schuirer. Auf der Münchner Kundgebung wurde er ausgepiffen, der "rote Riese" (SPD-Jargon).

mige Selbstvertrauen?

Um den großen Abstand gegenüber der CSU zu verringern, werden zwei Methoden angewandt. Erstens erklärt Hiersemann, daß die Grünen eigentlich in Bayern überflüssig seien, weil die SPD hier kompetent sei. Die zweite Methode läßt sich so umschreiben. Die SPD will sich auf zwei Gebieten als eine Partei profilieren, die für die "Zukunft des deutschen Volkes" mehr bringt: Sicherheits- und Wirtschaftspolitik.

Die SPD hat auf diesem Parteitag darauf verzichtet, schon jetzt ihr Landeswahlprogramm zu verabschieden. Die vorliegenden Papiere der Programm-Kommission sollen bis zum Sonderparteitag im Juni 1986 ausführlich diskutiert werden und landesweite Fachforen stattfinden, um mit Gewerkschaften, Verbänden, Wissenschaftlern und Kirchen die vorliegen-

der Friedenspolitik für Sozialdemokraten nicht zu Ende sein. Viele Menschen, die mit uns zusammen im Protest gegen diese Stationierung auf die Straße gegangen sind, fangen an zu resignieren, da die Raketenauflistung aufgrund der Zustimmung der Bundesregierung und der Konservativen im Bundestag erfolgt ist. Diesen Menschen eine längerfristige Perspektive zu geben, ist Aufgabe der sozialdemokratischen Partei." Hiersemann deutet mit der Forderung nach einer "atom- und chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa" und mit dem Begriff "defensive Verteidigungspolitik" an, wie dies laufen könnte. Er koppelt dann diese oppositionellen Forderungen damit, daß die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO von der SPD nicht angezweifelt wird, sondern nur die derzeit gültige NATO-Strategie abgelehnt wird und zwar deshalb,

Bürgerschaft

**Südafrika-Boykott-Antrag
der GAL abgelehnt**

Hamburg. Für den 02.10.1985 hatte die Grün-Alternative-Liste (GAL) einen Antrag nach umfassendem Wirtschaftsboykott Südafrikas auf die Tagesordnung der Bürgerschaft (Landesparlament) gesetzt. Demnach sollte sich der Hamburger Senat u.a. einsetzen für: Unterbindung jeglichen Waren- und Handelsverkehrs, insbesondere mit Gütern, die militärisch gegen die schwarze Bevölkerung einzusetzen wären; Sperrung jeglicher Bankkredite. Auf die Hamburger Firma MBB sollte der Senat einwirken, damit diese nicht weiter z.B. Hubschrauber nach Südafrika liefert. Die staatseigenen Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) sollten ab sofort keine Kohle mehr aus Südafrika beziehen und die staatliche Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) keinerlei Güter von oder nach Südafrika mehr umschlagen. Weiter wurden Maßnahmen gefordert wie Abbruch der diplomatischen Beziehungen und Unterstützung von ANC und UDF mit Haushaltsmitteln von 1 Mio. DM.

Die Forderung nach Unterbindung jeglichen Waren- und Handelsverkehrs wie die nach einem Umschlagverbot für die HHLA zielt direkt auf den Hamburger Hafen, das "Tor zur Welt", dessen Wohlergehen oberster Glaubenssatz von SPD und CDU in Hamburg ist. "BILD" kachelte am 13.09.: "Boykott gegen Südafrika: Was das für unseren Hafen bedeutet"; die Rechnung ergab dann einen angeblichen Verlust von 200 Arbeitsplätzen. Daß seit 1980 2000 Arbeitsplätze ohne Südafrika-Boykott wegrationalisiert wurden, war für "BILD" nie Thema und zeigt, daß mit "Hafen" der Hafentarbeiter nie gemeint ist.

Eine seit August 1985 bestehende Aktionseinheit aus Anti-Apartheid-Bewegung, Azania-Arbeitskreis, BWK, DKP, Deutsch-Ausländisches Aktionsbündnis, GAL, KB, KPD, VVN, kirchlichen Gruppen und vielen Initiativen verabedete für den Tag der Bürgerschaftsdebatte einen Aktionstag, der der öffentlichen Unterstützung des GAL-Antrages dienen sollte. Vor der Dresdner Bank, dem HEW-Kundenzentrum und dem Reisebüro South African Airlines fanden Aktionen statt; ein gemeinsames Flugblatt wird in hoher Auflage in Hamburg vertrieben. Gegen 18 Uhr konnte dann vor dem Rathaus, innerhalb der "Bannmeile" mit Dauer-Demonstrationsverbot, eine Kundgebung mit ca. 200 Teilnehmern abgehalten werden. Daß kein Polizei-Einsatz erfolgte, belegt, daß sich die Unterstützer des Rassenregimes zur Zeit keineswegs in einer guten Lage wähnen.

Die Bürgerschaftsdebatte selbst



"Blutige Kohle" wurde vor dem Eingang der HEW abgeladen.

fand dann, wider Erwarten, am 03.10. statt. Schade war, daß der GAL-Redner sich kaum auf die hamburgspezifischen Teile des Antrags bezog und so ein Angriff auf die Geschäftemachelei der "Ehrbaren Kaufleute" nicht stattfand. Die SPD konnte sich mit allgemeinen Bemerkungen aus der Affäre ziehen und ihren Antrag begründen, der sich gegen einen allgemeinen Wirtschaftsboykott aussprach, nur wenig Nützliches enthielt (z.B. Stopp neuer Investitionen, Stopp jeglicher Kredite) und dessen ganzer Sinn doch nur in einem bestand: Finger weg vom Hafen! Der GAL-Antrag wurde von SPD und CDU abgelehnt, der SPD-Antrag gegen die Stimmen von CDU und GAL angenommen.— (wal)

"Tag der Heimat"**Zimmermann für mehr
"ostdeutsche Kulturarbeit"**

Frankfurt. Am 6.10.85 hielt der "Bund der Vertriebenen" seine Hauptveranstaltung zum "Tag der Heimat" in der Paulskirche ab. 600 "Jung- und Altvertriebene" hörten Bundesinnenminister Zimmermann, dessen Rede als Ankündigung einer ostdeutschen Kulturoffensive verstanden werden mußte, zu. Zimmermann berichtete, daß er bei der Fachabteilung seines Hauses ein Aktionsprogramm zur ostdeutschen Kulturarbeit in Auftrag gegeben habe. Die Berufsvertriebenen werden noch mehr Geld erhalten— den Landsmannschaften sollen hauptamtliche Kulturreferate finanziert werden. Unter Verweis auf das oberschlesische Landesmuseum in Hoesel und das vor der Eröffnung stehende ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg kündigte Zimmermann die Errichtung weiterer Museen an. Bedauerlich sei, daß es an keiner deutschen Universität eine Professur oder ein Institut für ostdeutsche Landeskunde, geschweige für pommersche, ostpreußische oder schlesische Landesforschung gebe.

Großdeutsche Ideen auch auf der emotionalen Ebene zu vermitteln, dient wohl die geplante Herausgabe einer Schallplattendokumentation der ostdeutschen Musik.

Zimmermann: "Der deutsche Osten, sein kulturelles Erbe, seine lebendigen Traditionen: Sie gehören unlösbar zur gesamten deutschen Kultur." Durch Betonung einer grenzübergreifenden, gesamtdeutschen Kultur sollen bestehende politische Grenzen nachhaltig in Frage gestellt werden und die besondere Hervorhebung "ostdeutscher Kulturleistungen" (hauptsächlich Kolonisationsleistungen; siehe u.a. Pol. Ber. 12/85) ging immer einher mit der Herabsetzung der Kultur der slawischen Völker, wodurch nationale Überheblichkeit gefördert wird.

In der Forderung nach "Volksgruppenrechten" griff Czaja, BdV-Präsident, im Schlußwort zu einem scheinbar grotesken Vergleich. Die Regierung müsse mindestens so entschieden wie zu Südafrika auch an Jaruzelski so präzise Forderungen für die Gruppe der Deutschen stellen. Wahrscheinlich meinte er aber die weißen Siedler in Südafrika (Minderheitenschutz).

Obwohl auf dem Treffen der "oberschlesischen Hindenburger" am 4. August in Essen der NRW-Arbeitsminister Heinemann für seine Aussage, die bestehenden Grenzen dürften nicht mit Gewalt verändert werden, niedergebührt worden war, wurden die "Vertriebenen" durch den hessischen SPD-Staatssekretär Steinhäuser hofiert.

BWK und die Grünen im Umlandverband Frankfurt hatten unter den Losungen "Für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR" und "Anerkennung der bestehenden Grenzen" zum Protest gegen die Veranstaltung aufgerufen. Unter den 60 Gegendemonstranten waren auch DKP, SDAJ und die Soldatengruppe der 127 ("Wird mit Alarm die Marschbereitschaft für den Krieg befohlen, marschieren wir nach Bonn") vertreten.— (thz)



Antimilitaristische Soldatengruppe greift westdeutsche Kriegsvorbereitung an.

PLK Emmendingen

Der vom Sozialministerium Baden-Württemberg verfügte Stellenstopp hat Auswirkungen – Nur Kostensenkung ?

Emmendingen. Am 10.6.85 hatte der Verwaltungsdirektor Weidner vom Psychiatrischen Landeskrankenhaus Emmendingen (PLKE) auf Anweisung des baden-württembergischen Sozialministeriums ein Rundschreiben den insgesamt 44 dort beschäftigten Ärzten sowie den drei Psychologen zugestellt mit folgendem Wortlaut: "Wegen der gegenwärtigen finanziellen Situation am psychiatrischen Landeskrankenhaus Emmendingen sollen bis auf weiteres frei werdende Stellen aller Bereiche vorläufig nicht mehr besetzt werden." Außerdem seien Überstunden in Zukunft nicht mehr ausbezahlen, sondern durch Freizeit abzugelten; der Rückgang der Belegungszahl bringe ein Millionendefizit mit sich.

Gegen diesen geplanten Stellenstopp und gegen die Freizeitregelung legte der Ärztliche Direktor sein Veto ein. Da Beschlüsse der Klinikleitung (zu der als dritter der Pflegeleiter gehört) aber einstimmig gefaßt werden müssen, schaltete sich das Freiburger Regierungspräsidium ein und bestätigte den Sparkurs. Das PLKE gehört mit einem Einzugsbereich von Rastatt bis Lörrach mit 1,5 Mio. Menschen zum zweitgrößten des Landes, verzeichnet jährlich 2800 Neuaufnahmen und ist durchschnittlich zu 85 % belegt (900 von 1045 Betten).

Die Ärzte wandten sich ihrerseits mit einem Schreiben an das Ministerium (s.u.) und legten ihre Begründung dar. Die SPD mischte sich auf Landes- und Kommunalebene ein, führte mit Beschäftigten und der örtlichen Presse Gespräche und stellte sich später hinter deren Forderungen. Aus den Reihen einfacher Beschäftigter gründete sich eine "Arbeitsgemeinschaft am PLKE" (AG), die weitere Probleme aufgreifen will. Eine Bürgerinitiative ("Freiburger Hilfgemeinschaft"), die sich seit 15 Jahren im Bereich der ambulanten Versorgung psychisch Kranker engagierte, stellte sich nachdrücklich in einem Brief an die Sozialministerin Schäfer zu den Forderungen der PLK-Ärzten und -Psychologen.

Das folgende Interview wurde mit einer Beschäftigten geführt, die ca. zwei Jahre im PLKE tätig ist und in der AG mitarbeitet:

Interview

Was hat dich dazu bewegt, in der AG des PLKE mitzumachen? Welche Tätigkeits-schwerpunkte setzt die AG ?

Ausschlaggebend für mich war der Einstellungsstopp. Daraus hatte sich ja die Arbeitsgemeinschaft gegrün-

det. Der Personalrat hatte das erste Treffen organisiert. Den Arbeitsschwerpunkt der AG sehe ich in der Aufklärung darüber, daß zu wenig Personal vorhanden ist und die Stellen die frei werden, nicht mehr besetzt werden. Dadurch können die Patienten nicht mehr gut genug versorgt werden, d.h. sie werden zwar noch mit Essen versorgt und gepflegt so gut wie es geht, für mehr wird aber keine Zeit mehr sein.

Was heißt so gut wie es geht ?

Auf der Geriatrie z.B. ist manchmal

Die blaue Karawane

kommt mit Marco Cavallo aus Triest, den Bremer Stadtmusikanten und vielen anderen
Information: A.-C. Schymura, Parkstr. 108, 28 Bremen, Tel. 0421/342601
Rainer Nathow, Ritterstr. 9, 28 Bremen, Tel. 0421/703112



Die "Blaue Karawane", u.a. getragen von der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGSP), machte eine Fahrt vom 5.-30.3.85 mit ehemaligen Patienten und Beschäftigten der Psychiatrie durch die BRD. Sie machten Station in und an Großkrankenhäusern in München, PLK Wiesloch, Heidelberg, Herborn, Bonn, Gütersloh, Bethel, Bremen, Lüneburg, Hamburg, Schleswig, um der Forderung nach Auflösung der psychiatrischen Großkrankenhäuser Nachdruck zu verleihen.

ein dermaßen Engpaß da an Personal, daß die Zeit für Gespräche und Spiele z.B. nicht mehr besteht. Du hast dann gerade noch soviel Zeit, daß du die bettlägerigen Patienten einigermaßen versorgen kannst.

Wie wirkt sich das auf andere Stationen aus ?

Im Prinzip wirkt sich das auf alle Stationen so aus, daß einfach zu wenig Zeit dafür da ist, um sich mit den Patienten zu beschäftigen. Statt mit Gesprächen vorhandener Aggressivität entgegenwirken zu können, mußst du diese dann mit Medikamenten versuchen zu beruhigen. Gespräche können sicherlich nicht immer alles abfangen, teilweise aber auf jeden Fall. In den Akutstationen (Aufnahmestationen) kann ich mir vorstellen, daß es vermehrt zu Fixierungen und Isolierungen führt. Auf Rehasstationen kommen solche Patienten, denen es nach einigen Tagen auf einer Akutstation wieder etwas besser geht. Dort werden zeitintensive Therapien durchgeführt, die nach einem Stellenstopp darunter leiden würden.

Der Personalrat spricht davon, daß monatlich ca. 2800 Überstunden zusammen kommen. Woher kommt das und wie wirkt sich das aus ?

Diese fallen vor allem durch Bereitschaftsdienste an und wurden bisher mit Geld vergütet. Ein Abbau über Freizeitausgleich fand bisher kaum statt. Jetzt sollen Überstunden nur noch mit Freizeitausgleich abgegolten werden. Wenn jetzt dafür neues Personal eingestellt werden würde, wäre dies ja positiv, weil es wären

dann vielleicht 20 Stellen oder 15 oder 10 die neu besetzt werden könnten. Auch bei den Ärzten wird inzwischen der Nachtdienst mit Freizeit ausgeglichen. Angenommen, von allen Examinierten werden im Monat zwei Bereitschaften übernommen, sind das zehn Stunden, die allein dadurch anfallen.

Mit welchen Schwerpunkten befaßt sich die AG noch ?

Mit langfristigen Forderungen. Z.B. daß mehr Möglichkeiten angeboten werden für die Beschäftigten sich fortzubilden – psychiatrieintern. Unabhängig von der Forderung nach Aufhebung des Einstellungsstopp und Aufhebung des Freizeitausgleiches für Bereitschaftsdienste oder Angleichung durch Mehrereinstellung von Krankenpflegepersonal wird die Einstellung von examiniertem und qualifiziertem Pflegepersonal verlangt. Die SPD hat sich als erste Organisation eingeschaltet. Sind dir darüberhinaus Reaktionen von anderen Organisationen (z.B. GRÜNE) etc. bekannt ?

Nein. — Mit den Ärzten gibt es Kommunikation. Zugemeinsamen Aktionen kam es bislang nicht.

Ärzte und Personalrat

Die Ärzte kritisieren, daß sie durch diese Maßnahme wieder "in das Stadium der Verwahrung und Verwaltung der Patienten" zurückgeworfen würden. Selbst ohne personelle Einsparungen könne eine bedarfs- und patientengerechte Behandlung nicht garantiert werden. Denn: Schon jetzt besteht ein "Ärzteloch" von neunehalb Stellen. Im Fachbereich Psychotherapie ist eine Station nach wie vor mit einem, statt mit zwei Therapeuten besetzt, (für 36 Patienten); im Langzeitbereich sind viele Stationen ärztlich nur halb besetzt und in der geriatrischen Abteilung (Altenpflegestation) ist nur eine körperliche Behandlung möglich — für eine psychotherapeutische Arbeit fehlt es an Personal.

Auch die Ärzte fordern neben der Rücknahme des Stellenstopp, Neueinstellungen. Sie stellen weiter fest: Würde es bei den Einsparungen blei-

ben, seien verfrühte Entlassungen, Abschieben auf chronische Abteilungen und höhere Medikamentendosierung die Folge. Der Arzt-Patienten-Schlüssel sei teilweise veraltet und liefe einer modernen Behandlung, die die Beziehung zum Patienten miteinschließt, zuwider. "Die Zahl der Psychologen reicht ohnehin nicht aus, um die notwendigen testpsychologischen Untersuchungen vorzunehmen; alle drei sind voll in der klinischen Psychologie beschäftigt. Drei Fachleiter sind gleichzeitig Stationsärzte. Eine Ärztin, die allein auf einer Station mit 35 Patienten ist, wird innerhalb von zwei Tagen mit 12 (!) Neuzugängen konfrontiert. Formale Zuständigkeiten bringen das Personal in therapeutische Konflikte. 10 bis 20 % der ärztlichen Tätigkeit besteht aus Verwaltungsarbeit."

Der Personalratsvorsitzende im PLKE, Oberpfleger Döbele, stellt in Kritik an der Landesregierung fest: "Der Verdacht dränge sich auf, daß die restriktiven Maßnahmen die Wegbereitung für die Übernahme durch den neuen Träger (Landeswohlfahrtsver-

band Baden) sein sollen."

*

In einer Presseerklärung der SPD Emmendingen von Anfang August unterstützt diese die Bemühungen des MdL Nicola (SPD) und seiner Fraktionskollegen um eine personelle und finanzielle Verbesserung im PLK Emmendingen. "Die Patienten hätten einen Anspruch auf optimale Behandlung ... Die hohe Arbeitslosenquote im Landkreis Emmendingen sollte für das Land Verpflichtung sein, diese Situation nicht noch durch 'solche fragwürdigen finanziellen Entscheidungen' zu verschärfen." Am 4.10. berichtete die Badische Zeitung über die Antwort der Sozialministerin an die SPD, die erklärte: "Diese vorläufig ergriffenen Maßnahmen seien zur Begrenzung eines Haushaltsdefizits unabdingbar geworden. Von einer etwaigen Gefährdung der Patientenversorgung ... könne nicht ausgegangen werden." (Quellenhinweis: Bad. Ztg. vom 16.7., 2.8.-7.8. und 4.10.85 — kak,cog)

Abbau Pflegebereich, Ausbau Heimunterbringung

Unter dem Titel "Weiterentwicklung der stationären und außerstationären Psychiatrie" hat die baden-württembergische Landesregierung am 22.10.82 und am 7.2.82 jeweils auf Anfragen der eigenen Fraktion Stellung genommen. Dabei war die derzeit verantwortliche Ministerin für Soziales, Barbara Schäfer, 1982 noch bei den Anfragenden der CDU. Folgende Punkte sollen durchgesetzt werden: Weiterer Abbau der Pflegebetten in den Landeskrankenhäusern, Ausbau der "Nachsorge", Stellenabbau, Privatisierung von Wirtschaftsbetrieben, Übernahme der Trägerschaft durch die Landeswohlfahrtsverbände.

Warum wird im stationären Bereich vor allem neben einer generellen Verkürzung der Verweildauer der Abbau des Pflegebereiches betrieben? Ist hier eine Erfüllung der langjährigen Forderung der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DPSG) nach Auflösung der psychiatrischen Großeinrichtungen anvisiert?

Die Landesregierung verhandelt die ganze Angelegenheit unter reinen Kostengesichtspunkten. Der Abbau der Pflegefallbereiche an den PLKs geht einher mit der Einrichtung außerstationärer Heime und Außenwohngruppen, die diese Patienten aufnehmen und in der Trägerschaft der freien Wohlfahrtsverbände sind. Deren Kosten sind weit aus niedriger und lassen sich über Pflegesatzverhandlungen leichter

beeinflussen. Müssen die Patienten in Krisen dann in die Klinik zurück, sind sie dort "Behandlungsfälle" in der Trägerschaft der Krankenkassen.

Generell wird seit einigen Jahren kontinuierlich im Pflegebereich abgebaut: In den neun PLKs in Baden-Württemberg wurden die Pflegebetten von 3044 in 1980 auf 1806 Betten in 1985 reduziert. Dieser forcierte Abbau ist neben den oben genannten Gründen auch möglich, weil es inzwischen günstigere medikamentöse Bedingungen gibt. Eine grundsätzliche Änderung in der Therapie von psychischen Erkrankungen ist das nicht. Eine Auflösung der Großkrankenhäuser, die inzwischen unbestritten als Institution häufig verantwortlich sind für Langzeitschäden (Hospitalismus) bei psychisch Kranken, wird nicht erwo-



Die "Brockensammlung" — Wahrzeichen von Bethel.

gen: "Stationäre Einrichtungen bleiben das Zentrum der psychiatrischen Versorgung ..." (Drucksache 9/1120, S.13). Ein Ausbau von Vorsorgeeinrichtungen ist nicht vorgesehen. Im Laufe der letzten sieben Jahre wurden die Tageskliniken in Heidelberg und Stuttgart geschlossen. Auch ein Ausbau von "Nachsorgeeinrichtungen" wird unter dem Kostenaspekt verhandelt: "Aufgrund einer ... Kostenanalyse der außerstationären Versorgung chronisch schizophrener Patienten in Mannheim läßt sich jedoch bereits jetzt festhalten, daß mit einem sinnvoll ausgebauten Netz komplementärer Versorgungseinrichtungen, die mit den entsprechenden ambulanten und stationären Einrichtungen gut koordiniert sind, ein bedeutsamer Beitrag zur Kostensenkung im Gesundheitswesen geleistet werden kann" (Drucksache 9/1120, S.6). Ob therapeutische Lösungen für psychisch Kranke hier angeboten werden können, muß auf lange Sicht bezweifelt werden. Die Heime sind oft genug mit einer Mindestpersonalausstattung besetzt, die gerade die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes ermöglicht. Da psychisch Kranke zumeist eine sehr personalintensive Betreuung erfordern, wird mit Medikamenten ausgeglichen, was an Personal fehlt. Ähnlich werden auch die großen PLKs betrieben. Vorsorgeeinrichtungen und entsprechend ausgestattete Ambulanzen gibt es fast gar nicht. (Quellenhinweis: Landtagsdrucksachen 8/3 184 (22.10.82) und 9/1 120 (7.2.85))

IGM Ba-Wü: Lohn hat Vorrang

Stuttgart. Die Große Tarifikommission der IGM Baden-Württemberg stellte auf ihrer Konferenz am 1.10. bei heftiger Gegenwehr des anwesenden IGM-Vorstandsmitglieds Janßen in einer Resolution fest, daß nächstes Jahr Einkommensverbesserungen Vorrang haben müssen. Deshalb soll die Laufzeit des Tarifvertrages ab April 1986 zwölf Monate betragen. Eine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen sei nötig. 156 Kommissionsmitglieder stimmten dafür, zehn dagegen. Weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit wurde abgelehnt. — (ros)

Arbeitsamtsbeschäftigte demonstrieren

Bonn. Ca. 3000 Beschäftigte der Arbeitsämter demonstrierten am 12.10.85 in Bonn gegen den Personalmangel an den Arbeitsämtern und den dadurch verursachten "unmenschlichen Streß". Aufgerufen hatten die ÖTV-Bezirke NW I und II. Der Personalratsvorsitzende des Arbeitsamtes Dortmund zur Situation dort: 1980 gab es 558 Beschäftigte und 17122 Arbeitslose, 1985 sind es 636 Beschäftigte und 44331 Arbeitslose. R. Mosch, Vorsit-

Westberlin. Gegen das Tarifikat, die Ausbildungsvergütung bei Krankenpflegeschülern bis zu 35% zu senken, demonstrierten am 5. Oktober mehrere Hundert in einem Sternmarsch der ÖTV unter Forderungen wie "Keine Senkung des Ausbildungsstars — Basta!" oder "Rotstift à la Fink und Lummer macht Berliner Kranken Kummer". Die Senkung der Ausbildungsvergütung gilt ab dem 1. Oktober, am 9. Oktober werden aber erst die Manteltarifverhandlungen fortgesetzt. — (gug)

zender des ÖTV-Bezirk NW I, kritisierte die zunehmende Belastung der Beschäftigten durch die Übertragung immer neuer Aufgaben auf die Arbeitsämter. Er bezeichnete es als Unverfrorenheit der Kapitalisten, daß sie sich die Qualifizierung der Arbeitskraft, die durch die Einführung "neuer Techniken" nötig wird, durch die Gelder der Versicherung bezahlen lassen. In einer einstimmigen Resolution wird gefordert: Mindestens 5000 neue Planstellen, Übernahme aller Auszubildenden und aller mit Zeitvertrag Beschäftigten, schrittweise Abschaffung von Zeitverträgen, keine Überstunden. — (syb)



Bolivien: Am 2.10. beendete der Gewerkschaftsbund COB den seit dem 2. September durchgeführten Generalstreik, ohne seine Forderung nach Rücknahme des von der Regierung auf Druck des IWF verhängten Lohnstopps und der Streichung von Subventionen für Lebensmittel und Benzin durchsetzen zu können. Bild: 18.9., die Gewerkschaftsführung im Hungerstreik, zu dem sie am selben Tag landesweit aufgerufen hatte. Am 19.9. hatte die Regierung den Belagerungszustand verhängt, 144 Gewerkschaftsfunktionäre verhaften und sie in Urwaldregionen verschleppen lassen. Die Regierung sagte die Freilassung der Festgenommenen nach Beendigung des Streiks zu. — (gba)



Krupp: 5000 gegen Rationalisierungspläne

Siegen. 5000 Arbeiter und Angestellte der Krupp-Stahl AG demonstrierten am 10.10. in Siegen gegen die erneuten Rationalisierungsabsichten des Krupp-Vorstands. Ein neues Strukturkonzept sieht den Abbau der Belegschaft um 2000 auf 17260 Beschäftigte bis Ende 1987 vor. Der Betriebsrat geht davon aus, daß tatsächlich 3500 Beschäftigte wegrationalisiert werden sollen, allein im Siegerland 1500. Der Krupp-Vorstand begründet die Pläne mit chauvinistischer Hetze gegen "Wettbewerbsverzerrungen" durch Subventionen auf dem europäischen Stahlmarkt. — (wof)

IBM: Das Flexi-Pendel schlägt zurück

Sindelfingen. In der ersten Jahreshälfte gab es im IBM-Computerwerk Sindelfingen noch jede Menge Nacht- und Samstagsschichten. Jetzt hat die Werksleitung bekanntgegeben, daß während zwei Wochen im November große Teile der Produktion ruhen werden — der Absatz stockt. Kurzarbeit wird aber nicht angemeldet, stattdessen sollen die Beschäftigten in dieser Zeit "freiwillig" ihren restlichen Jahresurlaub nehmen. Und wenn jemand keinen Urlaub mehr hat? — Der kann im nächsten Jahr nacharbeiten — ohne Mehrarbeitszuschläge, versteht sich. Dann zeichnen sich wieder Sonderschichten ab. Gleichmäßige Arbeitsverteilung könne man nicht verlangen, da dies die Lagerkosten erhöhe. Während

der Stammebelegschaft erzählt wird, diese Maßnahmen sicherten den Arbeitsplatz, entläßt IBM tatsächlich einige Hundert auf ihre Weise: Die befristeten Arbeitsverträge laufen aus und Werkverträge werden gekündigt. — (wor)

Zu wenig Geld bei Urlaub und Krankheit

Pinneberg. 108 Kollegen der Fa. Ilo klagen mit Unterstützung der IGM auf Bezahlung von Urlaub und Krankheit mit 8 Stunden. Die 38,5-Stunden-Woche sieht bei Ilo so aus, daß weiter 8 Stunden täglich gearbeitet wird und jeder 1985 7 unbezahlte freie Tage bekommt. Wer z.B. 6 Wochen krank ist, bekommt nur 231 Stunden bezahlt, hätte er gearbeitet, 240 Stunden. Macht einen Lohnverlust von 9 Stundenlöhnen. Allein durch die Bezahlung von Urlaub und Urlaubsgeld auf der Basis von 7,7 Stunden hat jeder Kollege ca. 175 DM zu wenig, die Geschäftsleitung mindestens 25 000 DM mehr in der Tasche. — (chb)

Protest: Tutoren-Tarif gekündigt

Westberlin. 400 Tutoren demonstrierten am Donnerstag, den 3.10., vor der Technischen Universität gegen die Kündigung des seit 1978 gültigen Tarifvertrags durch Wissenschaftssenator Kewenig. Neben den Gewerkschaften haben sich auch 30 Fachbereiche der Westberliner Universitäten für den Erhalt des Tarifvertrags ausgesprochen. An den Westberliner Universitäten gibt es 4000 Tutoren, die durchschnittlich 650 DM verdienen. — (har)

Revanchismus

"Volk ohne Raum" – Mobilisierung der Jugend

Auf dem "Schlesiertag 1985" im Juni in Hannover hat Hartmut Koschyk (CSU), Vorsitzender der "Schlesischen Jugend", in einer Rede, ausdrücklich an die Älteren gewandt, ausgerufen: "Bewahren Sie Ihr Heimatrecht und damit uns, der Jugend, eine Chance auf die Zukunft!" Im Verlauf dieses Jahres hat die Reaktion entsprechend diesem Motto verstärkt nach Mitteln und Wegen gesucht, die revanchistische Mobilisierung einer Jugend zu betreiben, die doch weit nach 1945 in der BRD geboren ist und "die Heimat der Väter" höchstens vom Hörensagen kennt.

Schon 1984 benannte sich aus diesen Gründen der faschistisch durchsetzte "Ostpolitische Deutsche Studentenverband (ODS)", die offizielle Studentenorganisation des "Bundes der Vertriebenen", in "Gesamtdeutscher Studentenverband (GDS)" um. Statt des "Herkunftsprinzips" soll das "Bekenntnisprinzip" gelten: "Der GDS vereinigt Schüler und Studenten, die sich zum ganzen Deutschland bekennen."

Um die Einverleibung der DDR und von Territorien anderer osteuropäischer Staaten zur "Chance auf die Zukunft" zu erklären, greift im März 1985 Walter Leifer, Vorsitzender der Ortsgruppe Göttingen der "Landsmannschaft Schlesien" und Ortsvorsitzender der "Vereinigung der Ost- und Mitteldeutschen in der CDU" sowie Ortsvorsitzender der "Europa-Union", die Nazi-Parole vom "Volk ohne Raum" wieder auf. Sie sei gerade in der heutigen Zeit aktuell. Er muß daraufhin seine Vorstandsposten räumen, bleibt aber Mitglied der CDU. In der ersten Stellungnahme Leifers hieß es noch, seine eigene Äußerung sei "unglücklich" und "mißverständlich", doch mit dieser Selbstkritik ist es bald vorbei.

Noch im selben Monat hält der Hildesheimer Amtsrichter und Landesvorsitzende der "Oberschlesischen Landsmannschaft", Dr. Stoll, in Göttingen eine Rede, in der die Nazi-Parole vom "Volk ohne Raum" positiv aufgegriffen wird:

"Deutschbewußte und Patrioten werden ob ihres Bekenntnisses zu Volk und Vaterland in die Neo-Ecke gedrängt und verteufelt. Das haben Sie hier in Göttingen jüngst am Beispiel eines verdienten Mannes beobachten können, der unbedachterweise die bekannten Worte des Schriftstellers Hans Grimm 'Volk ohne Raum' in den Mund nahm. Dabei sprach dieser Mann (Herr Walter Leifer) eine Binsenweisheit aus. Die Enge unseres Raumes zwingt uns, unser Land mehr und mehr zu einer Asphalt-, Beton- und Produktionswüste zu machen, in deren Hast und Gedrängtheit ein Volk nicht auf weite Sicht körperlich und geistig gesund bleiben kann. Wenn ein Volk größte Anstrengungen machen muß, seinen Boden nicht mit Chemikalien zu verseuchen, sein Wasser verwendbar zu halten, seine Abfälle zu beseitigen, seine Atemluft zu säubern, so wird das Leben problematisch. Den nötigen Lebensraum aber können wir nur im menschenarmen deutschen Osten finden. Wir benötigen diese Gebiete, allein um schon die steigende Flut der Asylanten und zu uns überlaufenden Polen unterbringen zu können. Hier sind daher in erster Linie die 'Grünen' zu fordern, wenn wir nicht von Flensburg bis Basel einbetoniert in giftiger Luft und verseuchtem Wasser zugrundegehen wollen."

Diese Rede druckt die der CDU nahestehende Schülerunion in Göttingen in ihrer Schülerzeitung in einer Auflage von 4000 Exemplaren nach und versieht sie mit der Bemerkung, es sei ein "hervorragender Redetext". Auf dem Schützenumzug im Juni dieses Jahres stoßen Gymnasiasten der Schülerunion und einer "Schülerburschenschaft" zu einem Wagen der "Landsmannschaft Schlesien" und

schwenken während des Umzugs die schwarz-weiß-rote Kaiserfahne, Fahne der Reaktion in der Weimarer Republik und Ausdruck für das Streben nach der Errichtung einer faschistischen Diktatur.

Gegen Proteste, die von BWK, KB, AGIL und DKP kommen und zu Distanzierungen der CDU führen ("nationalsozialistisch", Kohls Rede auf dem Schlesiertreffen in Hannover wäre "besser"), wirft sich "Der Schlesier", Mitteilungsblatt der "Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien" in die Bresche und bekräftigt die Kriegsziele des BRD-Imperialismus mit der Begründung "Volk ohne Raum":

"Jeder Deutsche, der auf die Landkarte im Fernsehen sieht und das 'schmale Handtuch' Bundesrepublik Deutschland wahrnimmt, daneben aber die riesigen dünnbesiedelten Länder wie Polen und die Sowjetunion, denkt sich täglich: Welch eine Ungerechtigkeit auf der Welt! ... Das ist das typische deutsche Pendeln von Extrem zu Extrem: Das Wort 'Volk ohne Raum' darf nur als expansionistischer Wahnsinn begriffen werden, auch wenn das schmale Handtuch Bundesrepublik mit immer neuen Massen von Wirtschafts-Asylanten noch so vollgespickt wird. Wer nur ein Wörtchen dagegen sagt, ist ein 'Faschist'."

In diese Bemühungen, revanchistische Mobilisierungen der Jugend mit der Parole "Volk ohne Raum" zu betreiben, sind Mitglieder der CDU genauso verstrickt wie Neonazis und Funktionäre der Revanchistenverbände. Auch wenn die niedersächsische Landesregierung Anfang Oktober auf eine Anfrage der Grünen im Landtag mit einem schlichten "Ja" auf die Frage antwortet, ob die Rede von Dr. Stoll revanchistisch sei und eine nationalsozialistische Tendenz enthalte, bedeutet dies nicht, daß die CDU irgendwie gemäßigter sei. Sie will als Gesamtpartei die Kriegsziele des BRD-Imperialismus nur nicht in Verbindung mit den Kriegszielen des Hitlerfaschismus gebracht sehen. An ihnen fest hält sie genauso, und die revanchistische Mobilisierung der Jugend dafür betreibt auch sie. Mitte September führt der niedersächsische Finanzminister Dr. Burkhard Ritz am "Tag der Heimat" in Osnabrück nach einer Mitschrift aus:

"Meine Kinder sind hier geboren. Es hat keinen Zweck, es ihnen krampfhaft einzureden, daß sie woanders abstammen ... Es soll unseren Kindern eines Tages unbenommen sein, wieder in Pommern zu siedeln. Aber nicht nach dem Motto: Deutsche rein – Polen raus! Polen haben dort auch ein Heimatrecht erworben. Polen und Deutsche haben Jahrhunderte friedlich – die einen als Arbeitskräfte, die anderen als Privateigentümer; d.Verf.) nebeneinander gelebt. Es ist möglich, so nebeneinander zu leben! ... Die Zeit wird kommen! Die Spaltung Europas wird überwunden! ... Wenn auch vielleicht für mich kein Ferienhaus in Pommern mehr drinnen sein wird, so aber doch für meinen Sohn – ein passionierter Landwirt! – eine Chance!"

Quellenhinweis: SU-Feder, Zeitung der Schülerunion Göttingen, Nr. 2/85; Der Schlesier, 23.8.85 – (kek)



Der niedersächsische Landesparteitag der NPD Ende März bereitet das Schlesiertreffen vor

Plastische Gestaltung

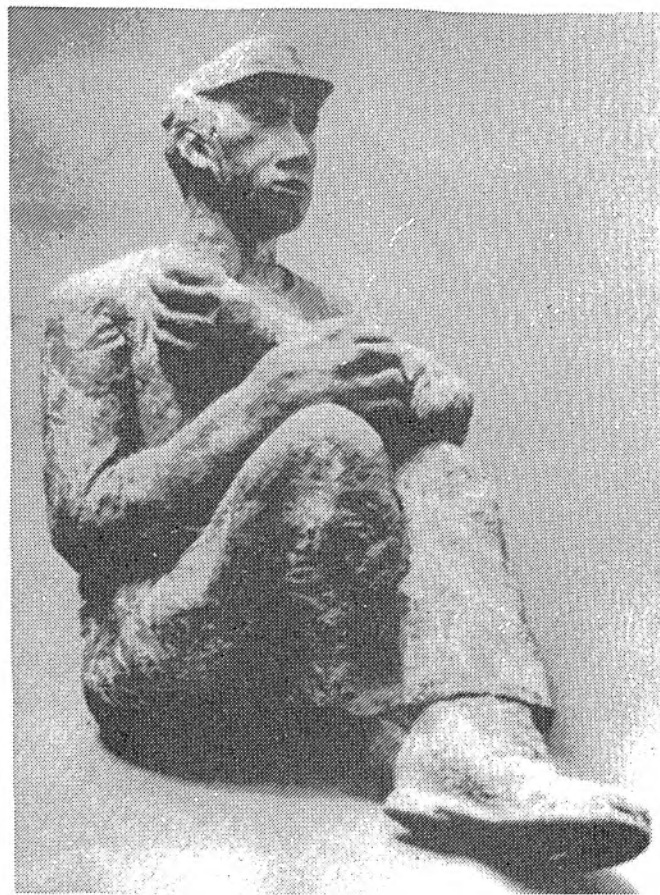
Arbeiterplastiken des Bildhauers Harro Erhart

"Vietnam orientierte mich wieder auf die Erhaltung und Verteidigung der menschlichen Gestalt." Diese Aussage Erharts, des 1939 in Frankfurt geborenen Künstlers, der nach einer Steinmetzlehre 1961 am Städtischen Kunstinstitut studierte, beschreibt, wie gesellschaftspolitisches Engagement ihn zu einer Überprüfung eigener Arbeit anhielt. 1975 formulierte er seine Position hinsichtlich des Anspruchs von Parteilichkeit in der Plastik:

"Der Bildhauer muß heute in der sozialen Wirklichkeit, im Zusammenleben mit arbeitenden Menschen seine Themen neu erarbeiten ... Nach der Herausarbeitung der Gestalten arbeitender Menschen in der Plastik wäre die nächste Stufe plastischer Gestaltung die Erprobung der großen gesellschaftlichen Themen. Die Entdeckung des Subjekts der arbeitenden Menschen ist erst der Anfang. Diese Gestalten treten zusammen in der Gestaltung der Szenen aus ihrem Leben, ihrer Arbeit, ihren solidarischen Kämpfen."

Hierin liegt auch die Bedeutung der Studien zur beratenden Arbeitergruppe nach dem nahezu vollständigen Wegdrücken dieses Themenkreises aus dem gesellschaftlichen Bewußtsein in der BRD über die Möglichkeiten und die Verantwortung von Kunst. Die Studien sind entworfen als Modelle für ein großplastisches Monument, die vor einem Reliefhintergrund mit Szenen aus dem Leben, den Kämpfen und der Geschichte der Arbeiterklasse im Prozeß kollektiver Beratung nach Wegen suchen, ihre Interessen zur Geltung zu bringen.

Quellenhinweis: Tendenzen Nr. 93, 100, 106, Damnitz Verlag, München— (noh)



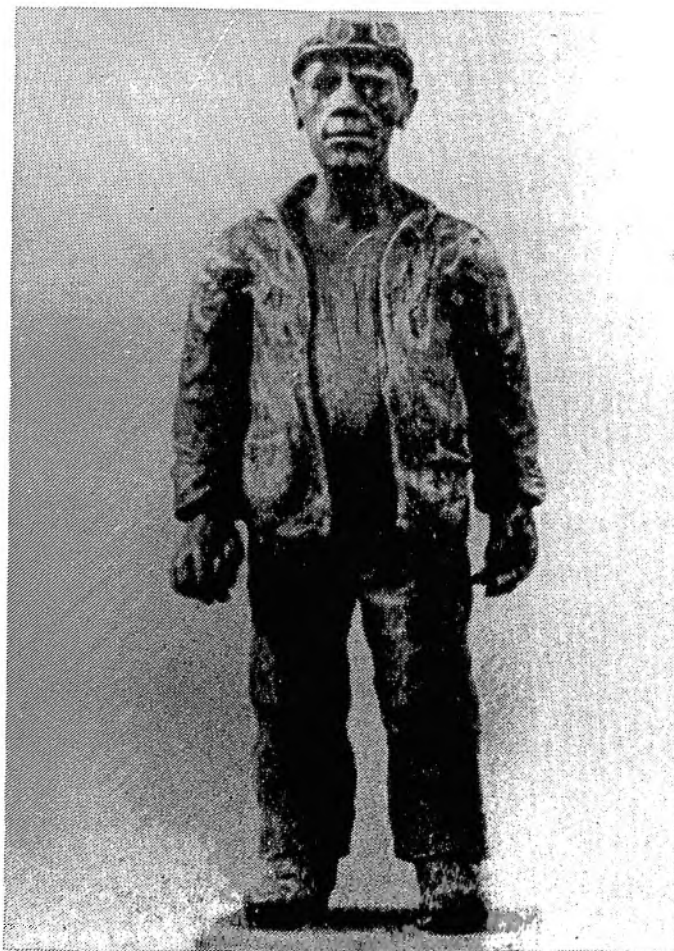
Studie zur beratenden Arbeitergruppe, Terrakotta, 1973, Höhe 55 cm



Studie zur beratenden Arbeitergruppe, Terrakotta, 1973, Höhe 55 cm



Jugendlicher Maurer, Terrakotta, 1973, Höhe 70 cm



Eisenbieger, Terrakotta, 1974, Höhe 70 cm

30 Jahre Bundeswehr

In der Tradition der
preußischen Wehrpflichtarmee

Das Datum wurde bewußt gewählt. Der 12. November 1955, der Geburtstag von Scharnhorst, war Gründungstag der Bundeswehr. Als Heeresstruktur wurde die Wehrpflicht übernommen, mit der bereits die preußischen Könige, der deutsche Kaiser und der "Führer" die verbrecherischen Kriege des deutschen Imperialismus anzettelten. Bundespräsident Heuß stattete die Wehrpflicht diesmal mit dem Prädikat "legitimes Kind der Demokratie" aus.

Die Wiedererrichtung der Armee durch das Adenauer-Regime konnte bekanntlich nur gegen heftigen Widerstand der Bevölkerungsmehrheit in der BRD durchgesetzt werden. Bei der Kritik der Wehrpflicht heute ist es daher auch nützlich, die etwas verschütteten Argumente der damaligen Armegegner hinzuzuziehen. Wichtiges Argument der pazifistischen Bewegung der 50er Jahre war, daß mit der Herausbildung der allgemeinen Wehrpflicht in der Geschichte eine schrecklich neue Dimension des Krieges geschaffen wurde. Der die ganze Bevölkerung einschließende Krieg brachte zugleich nämlich das barbarische System des menschlichen Kanonenfutters mit sich. Ein kurzer Streifzug durch die preußisch-deutsche Heeresgeschichte soll dies belegen und all jene ernüchtern, die eine Wehrpflichtarmee wie die Bundeswehr "immerhin" noch demokratischer finden als z.B. ein Berufsheer mit gekauften Söldnern.

Ein Feldherr im 17. Jahrhundert etwa hatte bei Feldzügen zwei Dinge zu beachten. Durch Versprechungen, Drohungen und aus Abhängigkeiten befanden sich die Soldaten im Heer. Sie kosteten Geld, und Nachschub war knapp, also mußte dafür gesorgt werden, daß die Leute erstens nicht während des Marsches oder gar im Gefecht verdufteten und zweitens nicht getötet wurden. Das führte zu der unflexiblen Kampfmethodik, in geschlossenen Formationen auf den Feind loszumarschieren. Der Offizier befand sich dahinter und sorgte dafür, daß die Soldaten mehr Angst vor ihm als vor dem Feind hatten.

Die französische Revolution schuf eine völlig neue Armeeorganisation. Vier Jahre nach der Revolution sah sich die Republik den Vernichtungsgelüsten der reaktionären europäischen Staaten gegenüber, erklärte daraufhin in der Hoffnung, der revolutionäre Funke könne auf diese Länder überspringen, präventiv den Krieg und mußte in der Folge den Einmarsch feindlicher Truppen auf französisches Gebiet erleben. In dieser großen Gefahr für die Republik wurde am 23. August 1793 eine Massenaushebung beschlossen.

Innerhalb kurzer Zeit gelang das Aufstellen einer Armee, die die Feinde zurückschlagen konnte. Anfang 1793 gab es 230000 Soldaten in Frankreich; zu Beginn des Jahres 1795 waren es 1,2 Millionen. Die allgemeine Wehrpflicht der französischen Revolution funktionierte aus der Entschlossenheit des Volkes, mit allen Mitteln die Rückkehr der Fürsten zu verhindern. Die Soldaten hatten zwar fast keine militärische Ausbildung, ersetzten diese aber durch Kampfbereitschaft, Mut und Einsatzwillen, bis dahin unbekannte Soldateneigenschaften. So war auch eine revolutionierte Kampftaktik möglich: Die feste Schützenordnung konnte zugunsten einer aufgelockerten Rudeltaktik der Infanterie aufgehoben werden. 1806 scheuchte so die französische Armee das Preußenheer auseinander und hinterließ bei den meisten preußischen Offizieren blankes Entsetzen, bei einigen aber auch ein Grübeln.

Die französische Wehrpflicht konnte immer weniger funktionieren, je weniger die Feldzüge unter Napoleon Kriege zur Verteidigung der Revolution waren. Für seinen Feldzug gegen Rußland 1812 hatte er das bisher größte Operationsheer von 600000 Männern aufbieten können, aber die Probleme der Versorgung, der großen Kälte und vor allem "die Epidemie des Desertierens" ließen am Ende

eine geschlagene Armee von 40000 nach Frankreich zurückkehren. Weitere Aushebungen gestalteten sich zunehmend schwieriger wegen der wachsenden Widerstände im Volk. Die zum Zweck der Verteidigung der Revolution geschaffene Wehrpflicht versagte für vom Volk nicht gewollte Kriege. Die Einrichtung einer Wehrpflicht einzig gegründet auf staatliche Unterdrückung wurde das unrühmliche Verdienst Preußens.

Auf der Suche nach Tatsachen über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Preußen muß man zunächst den Wust von Legenden um die "Befreiungskriege" beiseite räumen. Auf den Aufruf des Königs hin seien die Männer des Landes zu den Waffen geeilt, um die französische Besetzung zu beenden und Deutschland zu einen, ist immer wieder zu lesen. In Wirklichkeit sind gerade 10000 Freiwillige gekommen, hauptsächlich aus den besseren Bürger- und Intellektuellenkreisen Berlins und anderer Städte (1). Die Handwerksgesellen und Landarbeiter, durch die Reform des Freiherrn vom Stein gerade aus der Leibeigenschaft befreit und in Folge durchweg zu Lohnsklaven der Junker geworden, hatten wenig Interesse, für die Junker und den König ihr Leben herzugeben.

Ein Kreis von hohen Offizieren, Scharnhorst, Boyen, Gneisenau u.a. sowie der Zivilist vom Stein entwickelten dennoch ein Konzept, mit dem die Erfolge der französischen Armee auf das junkerliche Preußen übertragen werden sollten, ohne daß sie die Ziele der Revolution anerkennen mochten.

Nachdem es den vereinten reaktionären Mächten in Europa gelungen war, die ausgeblutete französische Armee zu besiegen und ihre eigene Herrschaft zu sichern, erhielten die preußischen Militärreformer vom König den Auftrag, die Armee nach ihren Gesichtspunkten zu reorganisieren. Welche Ziele sie mit der neuen Wehrverfassung verfolgten, zeigt ein Brief des Freiherrn vom Stein an seinen Freund Gneisenau von 1809:

"Der Staat kann entweder die ganze Nation zu Erlangung von kriegerischen Fertigkeiten anhalten, eine Miliz, Landwehr errichten, oder einen Teil derselben zu diesem Zweck besolden und eine stehende Armee unterhalten. Es bleibt aber auch der dritte Fall übrig, daß der Staat beide Einrichtungen trifft und sie untereinander in Verbindung setzt... Eine Folge einer solchen Einrichtung ist die Allgemeinheit der Verpflichtung zu Kriegsdiensten, die sich auf jeden Stand der bürgerlichen Gesellschaft ausdehnt. Durch sie wird es möglich sein, einen hochherzigen, kriegerischen National-Charakter zu bilden, langwierige entfernte Eroberungskriege zu führen und einen National-Krieg einem übermächtigen Anfall entgegenzusetzen." (2)

Die Kombination von allgemeiner Dienstpflicht und stehendem Heer war das Geniale an der Reform. Am 3. September 1814 wurde das neue Wehrgesetz verkündet. Alle Männer Preußens waren danach ab dem 20. Lebensjahr wehrdienstpflichtig. Sie mußten zunächst drei Jahre im stehenden Heer "dienen", dann zwei Jahre in der Reserve, danach sieben Jahre im ersten Aufgebot der Landwehr und schließlich sieben Jahre im zweiten Aufgebot der Landwehr für Garnisonsdienst und Heimatschutz im Kriegsfall. Bis zum 39. Lebensjahr unterlag jetzt jeder Mann der Wehrverfassung. 1815 wurde noch eine Landwehrordnung nachgeschoben, die die Männer vom 17. bis zum 20. und vom 40. bis zum 50. Lebensjahr in den Landsturm einreihen.

Die sensationell kurze Dienstzeit von drei Jahren erschreckte viele Generäle alter Schule und machte die Reform über Jahre hinweg umstritten. Die Vorteile aber ließen die Kritiker langsam verstummen, denn gerade wegen der kurzen Dienstzeit bekam der König so viele Soldaten wie noch nie, die darüberhinaus nach Ende ihrer Dienstzeit immer noch Soldaten waren und ausgebildet für den Krieg zur Verfügung standen.

Die neue Wehrverfassung stand und fiel allerdings mit der Frage des Drills. Es mußte gelingen, die zwangsverpflichteten Arbeiter und Bauern in der kurzen Zeit zu bedingungslosem Gehorsam zu zwingen, da diese Soldaten

nicht für ihre eigenen Interessen in den Krieg zogen wie zuvor noch die französischen und auch nicht für Geld, für Beute oder versprochenes Abenteuer. Sie mußten im Sinne des Wortes besinnungslos geschunden werden. Kasernen und Kasernenhöfe wurden gebaut, Disziplinar- und Dienstordnungen erlassen. Natürlich war Drill in der preußischen Armee nichts Neues, aber während der Tagesablauf in einer Armee aus überwiegend Angeworbenen viel vom Warten auf den Einsatz bestimmt war, brachte die moderne Wehrpflichtarmee den scheinbar unsinnigen Waffen-, Gefechts- und Formaldrill zu jeder Tages- und Nachtzeit für den Wehrpflichtigen mit sich.

Die Diskussion um die Bedeutung und die Möglichkeit der Herstellung größtmöglicher Disziplin riß (bis heute) nie ab. 1882 z.B. rief Graf von Ballestrem von der Moltke-Partei der Opposition entgegen, daß Disziplin beruht "auf einer Menge kleiner, aber wichtiger militärischer Einrichtungen, sie beruht besonders in dem Beispiel treuer Pflichterfüllung, welches der Vorgesetzte seinen Untergebenen gibt, sie beruht in den verschiedenen Ermahnungen, Instruktionen, Verweisen, sie beruht in militärischen Übungen, besonders im strammen Exerzieren und im Parade-marsch. Ja, meine Herren, durch den Parademarsch haben wir die Franzosen geschlagen." (3)

Da ist was dran, denn mit der immer besser gedrillten Armee hatte Preußen Kriege gegen das eigene Volk (1848), gegen Dänemark (1864), Österreich (1866) und gegen Frankreich (1870/71) gewonnen und auf diesem Weg ein Deutschland unter der preußischen Militärknete geschaffen.

Die sozialdemokratische Opposition gegen das Bismarck-Regime und seinen Generalstabschef Moltke richtete ihre antimilitaristische Agitation gegen den empfindlichsten Punkt der Armee, gegen den brutalen Drill. Gegen ein Fülle von Sedansfeiern und Moltke-Verherrlichungen hatte die Sozialdemokratie einen schweren Stand. Sie griff in ihrer Propaganda den Kadavergehorsam an, enthüllte oft vorkommende Mißhandlungen von Soldaten und veranstaltete "Rekrutenabschiedsfeiern", auf denen Aufklärung über die geringen Rechte der Soldaten betrieben wurde, mit dem Hinweis, diese so oft wie möglich auszunutzen. Diese Wehrkraftzersetzung muß zeitweise recht erfolgreich gewesen sein, denn die Armeeführung sah sich als Gegenmaßnahme genötigt, erstmals einen politischen Dienstunterricht einzuführen. Daran, wie empfindlich das Heer auf die organisierte Wehrkraftunterwanderung reagierte, läßt sich vielleicht ermessen, welche historische Möglichkeit die SPD vertan hat, als sie vor dem 1. Weltkrieg ins Lager der Kriegführenden wechselte.

1913 umfaßte das Heer 750000 Soldaten, wovon 600000 Wehrpflichtige waren. Mit der Generalmobilmachung 1914 wuchs Heer und Marine sprunghaft auf über 3,8 Millionen Soldaten, bei Kriegsende waren trotz der Verluste im-



Verweigerungsaktion von Reservisten durch Vernichten der Wehrpässe

mer noch 4,5 Millionen unter Waffen. Ende 1916, als wegen des unersättlichen Menschenbedarfs der Front die Kriegsproduktion zusammenzuberechnen drohte, wurde ein "Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" erlassen, welches jeden Nicht-Soldaten zu Zwangsarbeit verpflichtete.

Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus konnte er zum einzigen Mal durch den Versailler Vertrag kurzfristig dazu gezwungen werden, die Wehrpflicht aufzugeben. Gestattet wurde ihm nur ein Freiwilligenheer von höchstens 100 000 Männern, das vielleicht zur Anzettelung eines Militärputsches (wie 1923), auf keinen Fall aber für einen Eroberungskrieg taugen konnte. Bei den erneuten Kriegsvorbereitungen stand deshalb die Wiedereinführung der Wehrpflicht als Aufgabe ganz oben. Zwei Jahre nach der Machtübergabe an Hitler wurde 1935 ein Wehrgesetz erlassen, was erneut die allgemeine Wehrpflicht beinhalten. Einen Monat später erging das Reichsarbeitsdienstgesetz, wonach nun auch Frauen zu Zwangsdiensten herangezogen wurden. Innerhalb von fünf Jahren stampften die Nationalsozialisten so eine Armee aus dem Boden, die beim Überfall auf Polen 1,4 Millionen Soldaten zählte. Durch Ausschöpfung der Wehrpflicht wurden 1940 zusätzlich 4,3 Millionen Männer in die Armee gezwungen, und bei Kriegsende standen unter Ausnutzung der letzten Reserven immer noch 9,1 Millionen unter Waffen.

Der Eindruck dieser schauerlichen Zahlen, daß nämlich die deutschen Soldaten sich immer wieder haben freiwillig für die Kriege der Imperialisten verheizen lassen, ist zumindest nicht vollständig richtig, wenn man einen Blick auf die Zahlen von Desertationen im 2. Weltkrieg wirft. Nach Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion, und ganz besonders ab 1943, erreichte die Zahl verurteilter Fahnenflüchtiger fast 2000 pro Quartal, wobei die Zahl der Beschuldigten, gegen die wegen Abwesenheit nicht verhandelt wurde, um vieles höher lag. (4)

Daß viele Soldaten erst in dieser Situation versuchten, nicht mehr mitzumachen, liegt daran, daß zuvor mögliches Zuchthaus oder standrechtliche Erschießung unmittelbarer drohten als der Tod im Einsatz. Solange sich kein wirklicher, gesellschaftlich organisierter Widerstand der Lohnabhängigen gegen die Mobilmachung entwickelt, ist es für die eingepferchten Soldaten fast unmöglich, sich zu widersetzen. Insofern ist der Ruf des deutschen Soldaten als gehorsamer Kämpfer leider berechtigt, allerdings ist dies eine Hypothek der gesamten Arbeiterbewegung.

Die USA zum Vergleich hatten bei Kriegseintritt große Probleme mit der Einberufung von Wehrpflichtigen, besonders bei denen, die zuvor an den zahlreichen Kämpfen der Arbeiterklasse teilgenommen hatten. (5) Anders als in Preußen/Deutschland, wo den Wehrpflichtigen Generation für Generation das Gehörchen eingepreßelt wurde, waren die Unterdrückungsmethoden in der US-Armee weniger perfekt. Die Mobilisierungsprobleme bestehen in den USA bis heute fort und stellen einen wichtigen Grund dar, warum nach dem Vietnamkrieg die Wehrpflicht abgeschafft wurde.

Für den auf die BRD zurückgeworfenen deutschen Imperialismus stand bei den Wiederbewaffnungsplanungen die erneute Einführung der Wehrpflicht außer Frage. Nach Änderung des Grundgesetzes wurde am 21. Juli 1956 gegen die Stimmen der SPD vom Bundestag die allgemeine Wehrpflicht in der BRD beschlossen. Die Wehrpflicht dauert vom 18. bis zum 45., im Kriegsfall bis zum 60. Lebensjahr. Die Dauer des Grundwehrdienstes änderte sich seither mehrmals, sie wurde verkürzt, wenn mehr Wehrpflichtige eingezogen werden sollten, sie wird wie im Moment verlängert, wenn die Abrichtung intensiviert werden soll. Mit den begleitenden Unterdrückungsgesetzen (Soldatengesetz, Wehrstrafgesetz, Wehrdisziplinarordnung) wurde in der Bundeswehr das altbekannte Unterdrückungsinstrumentarium wiederbelebt.

Neu ist das festgehaltene Recht auf Verweigerung des Dienstes in den Streitkräften zugunsten des Ersatzdienstes in anderen öffentlichen Einrichtungen – Voraussetzung ist allerdings die staatliche Anerkennung des Verweigerers.



Der militärische Gruß: Erzwungenes Ritual der Unterwerfung. Seit 100 Jahren hat sich nur der Winkel geändert, in dem Hand zum Kopf geführt wird.

Zwar beansprucht das Konzept für die Behandlung der Soldaten, die "Innere Führung", das "Staatsbürgerliche" gegenüber dem "Militärischen" aufgewertet zu haben, tatsächlich aber haben staatsbürgerlicher Unterricht, Vertrauensmännerwahlen bei den Soldaten und der Wehrbeauftragte des Bundestages die Soldaten nicht vor dem Terror der Offiziere geschützt. Drill, Schleiferei, Mißhandlungen körperlicher und seelischer Art sind nach wie vor bestimmende Kennzeichen des Wehrpflichtigenschicksals.

Die Frage, auf die alles hinausläuft, nämlich ob es dem BRD-Imperialismus erneut gelingen kann, sein Wehrpflichtigenheer mit der geplanten Kriegsanzugsstärke von 1,3 Millionen Soldaten zum Kriegseinsatz zu bringen, ist nicht sicher zu beantworten. Positiv erscheint die wegen der hohen Zahl von Kriegsdienstverweigerern und der offensichtlichen Unbeliebtheit der Bundeswehr bei der Jugend wachsende Sorge der Armee- und Staatsführer, wie der Wehrwille mit Unterricht, Ausstellungen und verstärkter Kriegerziehung der Soldaten gesteigert werden kann. Andererseits ist es trotz verschiedener Ansätze in den letzten Jahren nicht gelungen, die DGB-Gewerkschaften dazu zu bewegen, sich für die Nöte der Wehrpflichtigen zu ständig zu fühlen.

Die Geschichte der Wehrpflicht sollte aber immerhin verdeutlichen, daß es für die Kriegsverhinderung bedeutend ist, wenn sich die antimilitaristische Bewegung mehr als bisher mit der Kritik der Bundeswehr und mit Aktionen gegen die Kasernenunterdrückung befaßt. Die dreiste Selbstdarstellung der Bundeswehr um den 12. November herum in fast jeder größeren Stadt (6) macht das zu einer ganz aktuellen Notwendigkeit.

(1) Diesem Nachweis ist ein ganzes Kapitel gewidmet in: Bernt Engelmann, Preußen – Land der unbegrenzten Möglichkeiten, München 1979; (2) Freiherr vom Stein, Ausgewählte politische Briefe und Denkschriften, Hrsg.: E. Botzenhart u. G. Ipsen, Aalen 1955; (3) zitiert nach: R. Höhn, Sozialismus und Heer, Bd. II, 1959; (4) Franz W. Seidler, Die Fahnenflucht in der deutschen Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2/77; (5) s. hierzu: BWK-Broschüre: Von der amerikanischen Arbeiter- und Soldatenbewegung seit 1877, Köln 1984; (6) Eine vollständige Liste der Feierlichkeiten findet sich im Nachrichtenheft 06, Woche 40, und kann bei dessen Redaktion (GNN, Hamburg) angefordert werden.

Weitere Quellenhinweise: Torsten Holm, Allgemeine Wehrpflicht – Entstehung, Brauch und Mißbrauch; München 1953; Franz Rauhut, Ist die allgemeine Wehrpflicht demokratisch, christlich, sozialistisch? – Was Lehrer und Pfarrer nicht sagen, Wuppertal 1959; Gordon A. Craig, Die preußisch-deutsche Armee – Staat im Staate, Düsseldorf 1960; Roderich Wachsner, Erfassung und Integration als System – Militärische und zivile Dienstpflichten in der BRD, Köln 1972 – (jok)

BWK, KPD, KG (NHT)

Beiträge zum Programmwurf des ZK der KPD

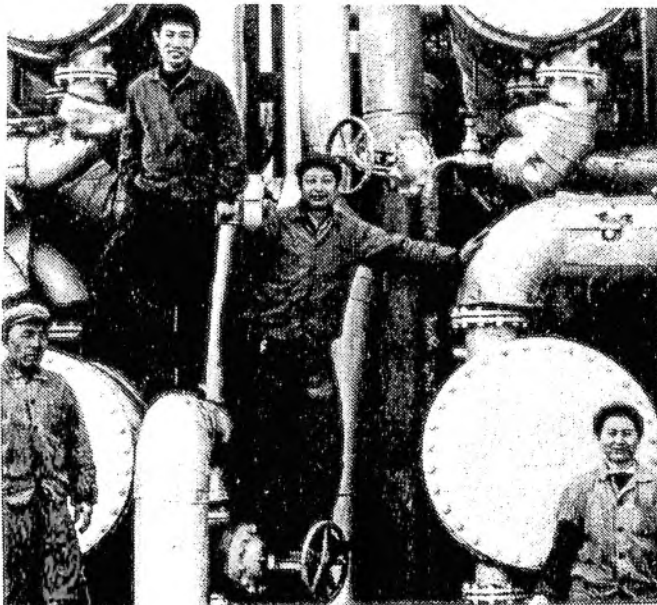
Die folgenden drei Aufsätze setzen die Diskussion fort, die mit dem Aufsatz "'Dschungelgesetze' beseitigt, Wertproduktion bleibt" (Politische Berichte Nr. 16/85 sowie Roter Morgen Nr. 31/32) und der Antwort "Über Lohnarbeit und Vergesellschaftung" (Politische Berichte, 18/85 sowie Roter Morgen, 33/34) begonnen wurde.

Die Form der Veröffentlichung, alle drei Stellungnahmen werden zusammen im Roten Morgen und den Politischen Berichten veröffentlicht, wurde nach der ZK-Vollversammlung, auf der die Stellungnahme von gba bereits vorlag, vereinbart.

Fortführung der Kritik am Programmwurf der KPD

Die Erwartung des Genossen Weiss (KPD), daß die in meiner Kritik an dem Programmwurf der KPD (Pol. Ber. 16/85) angesprochenen Fragen erledigt wären mit seiner Erwiderung im Roten Morgen 33/34, 1985, halte ich nicht für berechtigt. Auch sonst hat das ZK der KPD die vielen Kritiken verschiedener Art nicht einfach durch einige Erwiderungen wegwischen können. Das ZK der KPD hat jetzt einen Antrag an den Sonderparteitag der KPD gestellt mit dem Ziel, "die vom letzten ordentlichen Parteitag beschlossene Tagesordnung im Punkt: 'Verabschiedung eines neuen Programms' abzuändern in den Punkt: 'Programmdenbarte, a) Beschlußfassung über den Antrag auf Aufhebung des bestehenden Parteiprogramms; b) Verabschiedung eines Programmwurfs'". Die im Text des Programmwurfs enthaltenen Probleme haben dazu geführt, daß keine Verabschiedung des Textes, sondern weitere Diskussion für erforderlich gehalten wurde. Das Programm der KPD hängt damit in der Luft, was so schlecht nicht ist, denn es kann weiter darüber diskutiert werden. Erledigt sind die angesprochenen Fragen also sicher nicht.

Der Genosse Weiss hat in seinem Artikel die Aufnahme der Forderung nach sofortigem Verbot der Akkordarbeit in ein kommunistisches Programm als "leeres Versprechen" zurückgewiesen. Versprechen in einem kommunistischen Programm zu machen, halten wir in der Tat für äußerst problematisch. Wir halten es stattdessen für notwendig, in



In der Kulturrevolution versuchten die chinesischen Arbeiter, die Lohnspaltung und die Unterschiede in den Arbeitsbedingungen von einfacher und von qualifizierter Arbeit zu verringern.

dem kommunistischen Programm Bedingungen für das anzugeben und zu begründen, was die Arbeiterklasse tun muß, damit sie sich selbst befreien kann. Unsere Aufgabe besteht also darin, aufzuklären über den Weg der Selbstbefreiung. Wir hatten die Akkordarbeit als "Entfremdung in direktester Form" begriffen: "Der Akkord ist das krassste Beispiel für die Wertprinzipregelung. Im Akkord zerstückeln die Taktzeiten die jeweiligen Äußerungen des Lebens als Wertteile. Die Äußerungen des Lebens nehmen Wertgestalt an, werden unter wertlichen Gesichtspunkten betrachtet und interessieren nur noch als Maß für Reproduktionsmittel." Die Arbeiterklasse muß daher, im Besitz der politischen und gesellschaftlichen Macht, den Lohn auf Handgriffe gleich abschaffen. Sie muß das unbedingt, will sie nicht die Erscheinungen des kapitalistischen Wertgesetzes ungehindert bestehen lassen. Hier wird der Klassencharakter der Macht bestimmt: Verbietet sie die Akkordarbeit oder sichert sie den Akkord?

Was für Hindernisse sollen dem entgegenstehen, daß der sozialistische Staat die Akkordarbeit verbietet? Etwa, daß es in der DDR Normen gibt, wie der Genosse Weiss anführt? Das kann doch nicht im Ernst das Argument sein, das sofortige Verbot der Akkordarbeit hinauszuschieben.

Zur Frage der wissenschaftlichen Bestimmung der Ziele der Arbeiterklasse steht in einem Vorschlag für eine Präambel zum Statut der KPD, der als Diskussionsgrundlage vom ZK der KPD vorgeschlagen wird und im Roten Morgen Nr. 37, 13.9.85, veröffentlicht wurde: "... haben sich Arbeiter/innen und Menschen aus anderen Schichten des Volkes freiwillig in der KPD zusammengeschlossen ... um mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus und der geschichtlichen und aktuellen Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung die jeweilige politische Lage zu analysieren und sich auf dieser Grundlage für wirksame Forderungen, Zielsetzungen und Vorgehensweisen in der Arbeiterbewegung einzusetzen". Wenn man das sagt, kann man verlangen, daß Bedingungen genannt werden, weswegen die Akkordbeseitigung nicht geht: Warum der Akkord erst einmal weiter beibehalten werden soll, wieso es nicht möglich ist, daß er sofort verboten wird, wie lange die Akkordarbeit noch weiter verrichtet werden muß. Ich denke, daß der Genosse Weiss, der seine Anwesenheit heute zugesagt hat, sich für die Debatte vorbereitet hat und zu diesen Bedingungen für die vorläufige Aufrechterhaltung des Akkords sich äußert.

Für die Aufhebung des Gegensatzes von Hand- und Kopfarbeit hält der Genosse Weiss es für "keine Lösung", die Einheitsschule einzusetzen. "Schlosser mit Abitur", das brächte es nicht. Hier wird wohl offensichtlich der polytechnische Unterricht als "Schlosser mit Abitur" gefaßt. Wobei eine Aufhebung der Trennung der Ausbildungsgänge meiner Ansicht nach schon gut wäre und einen beträchtlichen Fortschritt brächte. Wenn aber für den Genossen Weiss Einheitsschule keine Lösung ist, welche tatsächliche Änderung in der Ausbildung der Kenntnisse schlägt er als Schritt vor im Zusammenhang der Aufhebung des Gegen-

satzen von Hand- und Kopfarbeit? Was ist denn die Lösung? Wie soll die Schule aussehen? Wir können doch nicht davon ausgehen, daß mit einer bestimmten Arbeit eine bestimmte Ausbildung oder anders mit einer bestimmten Ausbildung eine bestimmte Arbeit von Natur aus festgelegt ist. Die geschichtliche Entwicklung des Kapitalismus hat die Arbeitsteilung in eine bestimmte Ordnung der Berufe verfestigt. Die Aufhebung dieser Arbeitsteilung und dieser Ordnung ist nur möglich in einer revolutionären Bewegung. Hier stellt sich dann die Frage des Charakters der sozialistischen Staatstätigkeit: Tritt sie für Änderung oder Verteidigung ein? Ist sie etwa Garant dieser Art von Arbeitsteilung? Der Staat, der sich lasch verhielte, müßte sich nach dem Klassencharakter des Staates befragen lassen.

In dem Programmentwurf der KPD gipfelt das Übel des kapitalistischen Lohnsystems in der Arbeitslosigkeit. Von daher wird die Krise als das treibende Moment des ganzen Systems verstanden. Sie rührt von den "miteinander konkurrierenden privaten Unternehmen" her. Weswegen das "wirtschaftliche Geschehen den Dschungelgesetzen des kapitalistischen Marktes entrissen" und die Konkurrenz der privaten Unternehmen beseitigt werden muß durch einheitliche Planung. Was denn die Krise treibt, wird nicht bezeichnet. Erwähnt werden im Programmentwurf Privateigentum, Profit und die Krise, sozusagen Quelle und Äußerung. Wie kommen die Verfasser des Programmentwurfs zur Vermittlung von beiden? Durch die Konkurrenz. Die tatsächliche Vermittlung ist aber die Ausbeutung in Wertform, die Mehrwertproduktion. Wenn man die Formulierung "Dschungelgesetz" aus dem Programmentwurf draußen ließe, von der Genosse Weiss in seinem Artikel meint, daß man sie wohl auch rauslassen könnte, ist dem Programmentwurf keine Vermittlung zwischen Privateigentum und Krise mehr zu entnehmen. Solche Theorie über das Übel des Kapitalismus fällt hinter die Aussage des KBW-Programms zurück, in dem richtig gesagt wird, daß die Krisen die Abhängigkeit der Arbeitskraft und ihre Ausbeutung nur verstärken.

Diese Theorie, wie sie im Programm der KPD enthalten ist, ist nun aber eine schon früher gebrauchte Theorie, die jetzt wieder von anderer Seite in die Debatte eingebracht wird. In dem Band "SPD. Jenseits von Godesberg" wiederholt Wolfgang Abendroth die schon früher von ihm vertretene Ansicht, was das Übel des Kapitalismus sei und wie er abzuschaffen sei. Er schreibt dort, "daß diese Partei (die SPD, d. Verf.) auch nach 1945 programmatisch zunächst noch die Transformierung der Gesellschaft durch Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise in Richtung auf sozialistische Produktionsverhältnisse mittels eines Systems ökonomischer Planung durch den Staat und sozialistische Selbstverwaltung gefordert hat. Vorstellungen von der Notwendigkeit einer solchen vollen gesellschaftlichen Umgestaltung, die die kapitalistische Steuerung des ökonomischen Lebens (und objektiv auch aller anderen Zweige gesellschaftlicher Tätigkeit) im Interesse des Profits der Einzelunternehmungen (oder ihrer Kombinationen) und damit die Gefahren, von denen wir in jeder Krise neu bedroht sind, beseitigt, sind ihnen (gemeint: "der Majorität in der SPD", d. Verf.) fremd." "Aber es ist immer wieder erforderlich an sie ("Zielvorstellungen einer sozialistischen Gesellschaft der Zukunft", d. Verf.) zu erinnern, weil die Krisen der kapitalistischen Gesellschaft und die breite strukturelle Arbeitslosigkeit stets neu das Erfordernis sozialistischer Planwirtschaft auf die Tagesordnung stellen werden."

Hier ist der Kern des Programmentwurfs der KPD zusammengefaßt. Oder sollten die Genossen der KPD doch anderer Meinung sein und sich gegen solche Theorie des Kapitalismus verwahren?

Abendroths Auffassung ist eine kritische Position gegenüber dem Kapitalismus. Sie ist eine entwickelte Position und hat auch eine bestimmte Verbreitung. Vielleicht kann man sie als vulgären Marxismus bezeichnen. Abendroth setzt dort an, wo das Übel des Kapitalismus am deutlichsten erscheint, an der Arbeitslosigkeit. Aber der gesellschaftliche Widerspruch ist in der Ausbeutung am größten. Hier muß der Ansatzpunkt der Kritik sein, weil es dieses Verhältnis durch die sozialistische Revolution zu beseitigen gilt. Auf seinem Wege gelingt es Abendroth, die Bestimmung der politischen Führung durch die Arbeiterklasse wegzuschieben. Aus dem Handeln für Arbeitslose entsteht kein Führungsanspruch, keine Befreiung der Ausgebeuteten, wenn auch eine Änderung der Verhältnisse anvisiert ist. Bei Abendroth kommt die Kritik der Ausbeutung zu kurz, so daß die Arbeiterklasse nicht als revolutionäres Subjekt verstanden werden kann. Diese Theorie ist nun keine Neuentdeckung. Sie stand mit am Beginn politischer Bewegungen der sechziger Jahre, von denen die Entstehung und die Geschichte auch der KPD nicht zu trennen ist. Ich meine, statt linkssozialdemokratische Theorien zu rezipieren, sollten die Verfasser des Programmentwurfs der KPD diese Theorien kritisieren und in ihrer Presse die Auseinandersetzung gegen sie häufiger führen.— (gba, BWK)

Zur programmatischen Diskussion, ihrer Bedeutung für die Einheit revolutionärer Sozialisten und den Kritiken des BWK

Voranschicken möchte ich, daß dieser Artikel nicht identisch ist mit dem mündlichen Beitrag, den ich als Gast auf dem Plenum des ZK des BWK gehalten habe. Der Grund liegt auf der Hand: Die schriftlich vorliegende Kritik des Genossen gba— die schon zu jener ZK Sitzung vorlag, nicht jedoch in ihrer Vorbereitung— verlangt, einige Akzente anders zu setzen, wie auch der Gang der Diskussion auf jener Sitzung. Nicht, daß ich aufgrund dessen mich zu grundsätzlich anderen Fragen zu äußern hätte— es handelt sich um eine Frage von Schwerpunkten.

Wegwischen?

Genosse gba meint eingangs, es sei mir, wie auch unserem ZK in vielen anderen Fragen, nicht gelungen, Einwände gegen den Programmentwurf kurzerhand wegzuwischen. Das allerdings meine ich auch— nur, daß das nie die Absicht war. Da scheint es mir schon wesentlich deutlicher, daß er seinerseits meint, mit— im wesentlichen— einem Kritikpunkt den ungeliebten Entwurf wegwischen zu können.

Was seine Einschätzung der Entwicklung der bisherigen Diskussion um diesen Entwurf betrifft, so sollte sich auch hier der Genosse gba vor allzu tollkühnen Interpretationsversuchen hüten— dazu später mehr.

Ich denke, daß der Genosse gba sich darum drückt, Antworten auf die Bedenken zu geben, die ich in meinem Artikel (Roter Morgen 33/34, Pol. Ber. 18/85) gegen seine konkreten Forderungen vorbrachte.

Ich habe in jenem Artikel die Frage aufgeworfen, welcher qualitative Unterschied denn zwischen "Akkord" und— etwa — "technisch begründbaren Normen" bestünde. ("Etwa"— weil es da noch andere Vergleichsmöglichkeiten gibt).

Genosse gba dazu:

"Hier wird der Klassencharakter der Macht bestimmt: Verbietet sie die Akkordarbeit oder sichert sie den Akkord? Was für Hindernisse sollen dem entgegenstehen, daß der sozialistische Staat die Akkordarbeit verbietet? Etwa,

daß es in der DDR Normen gibt, wie der Genosse Weiß anführt? Das kann doch nicht im Ernst das Argument sein, das sofortige Verbot der Akkordarbeit hinauszuschieben."

Eine Passage, die man genau lesen sollte. Denn sie ist in mehrfacher Weise recht gewagt.

Die Frage, die ich aufwarf, war doch die, was es denn ernsthaft bringen soll, wenn ich ein Antreibersystem durch ein anderes ersetze, das im konkreten genau dieselben Auswirkungen hat, nur anders heißt. Dazu schweigt sich Genosse gba aus. Mit seinem offensichtlich leicht verächtlich gemeinten Hinweis auf die Existenz von Normen in der DDR versucht er, diesem Ausweichen eine andere Gestalt zu geben.

Ausdrücklich habe ich dort geschrieben, daß ich nicht meine, daß es falsch oder theoretisch unmöglich sei, die Forderung nach Verbot der Akkordarbeit zu erheben oder zu verwirklichen, so die Macht da ist. Wohl aber meine ich, daß dies nicht die Lösung des Problems ist. Sondern es kann gar noch, so wie Genosse gba es sagt, "Charakteristikum für die bestehende Macht", sehr leicht in eine Oberflächenkorrektur ausarten. Weil die Herangehensweise eine oberflächliche ist, weil sie eben nicht zu den Fragen vorstößt, die die wirklich entscheidenden sind für "den Charakter der Macht", weil diese Fragen sehr eng verbunden sind mit der Frage Ausweitung oder Verengung bis zur Abschaffung der Warenproduktion.

Zu all dem äußert sich der Genosse gba nicht und auch auf der Sitzung des ZK des BWK, auf der ich anwesend war, fiel dazu kein Wort. Ich hatte in meinem Beitrag auf dieser Sitzung darauf verwiesen, daß meiner Meinung nach der Programmwurf des ZK der KPD gerade solche Fragen durchaus grundsätzlich und in der Weise, wie sie sich heute nur behandeln lassen, behandelt. Nämlich mit der Frage von Enteignung, Verstaatlichung, Vergesellschaftung und gesellschaftlicher Planung. Bei der ganzen Auseinandersetzung diese grundlegenden Fragen der Produktionsverhältnisse außer acht zu lassen und sich ausschließlich auf den schwankenden Boden einer, wenn auch der krassesten, Form kapitalistische Antreiberei zu begeben, erscheint ausgesprochen kurzsichtig.

Gewagt ist die These des Genossen gba aber auch in bezug auf die Einschätzung solcher Staaten, die sich selbst als sozialistisch bezeichnen. Wie ist es denn mit Akkordarbeit in der SU in den 20er Jahren? Oder mit den von ihm nebenbei erwähnten DDR-Normen von 53 bis heute?

Nein, ich denke nicht daran, die Kritiken des Genossen gba wegwischen zu wollen, im Gegenteil, ich möchte mich recht lange bei ihnen aufhalten, weil ich sie als einen Ausdruck einer ganz anders gearteten Herangehensweise an die Probleme der Arbeiterklasse und des Sozialismus begreife als die unsere und als falsche Methode. Wenn man Einheit in der programmatischen Debatte um das sozialistische Ziel finden kann – und einen anderen gangbaren Weg sehen wir nicht –, dann muß dabei klar werden, wo Einigungsmöglichkeiten gestärkt werden und wo nicht. Und wenn man diese Einheit nicht oder noch nicht erreichen kann, dann soll wenigstens klar werden warum nicht.

Muster?

Dasselbe Muster der Argumentation verfolgt Genosse gba auch bei der zweiten Streitfrage, der nach der Einheitschule. Auch dort begegnet er meinem Einwand auf seine Kritik, daß diese keine grundsätzliche Lösungsmöglichkeit sei, mit der Gegenfrage, warum es denn keine Einheitschule geben solle. In der Tat: Es soll sie geben, unbedingt.

Aber wenn Genosse gba fragt:

"... welche tatsächliche Änderung in der Ausbildung der Kenntnisse schlägt er als Schritt vor im Zusammenhang der Aufhebung des Gegensatzes von Kopf- und Handarbeit?",

dann, denke ich, muß die Antwort lauten: die tatsächliche politische Macht der Arbeiterklasse. Und auf dieser Grundlage zahlreiche Maßnahmen, von denen die Einheitschule eine ganz wichtige ist. Tatsächliche Macht der Arbeiterklasse – das ist es, was wir in unserem Programmentwurf skizzieren wollten und keineswegs rosige Zukünfte ausmalen, wie es mancher wohl mißverstanden hat. Eine politische Ausgangslage, die die schnelle oder allmähliche Trennung der Arbeiterklasse von der politischen Macht verhindert. Geschieht dies nicht, und nur die Einheitschule wird uns beschert, dann erst ergibt sich die Möglichkeit des "Schlossers mit Abitur", die ich ansprach.

Das Muster der Gegenargumentation – nicht nur des Genossen gba, sondern auch zahlreicher Genossen des ZK des BWK auf dieser Sitzung – ist darauf ausgerichtet, die Frage sowohl der politischen Macht als auch der ökonomischen Verhältnisse zu ersetzen durch die eine oder andere Spezialfrage, die sehr wichtig sein mag, für sich genommen jedoch niemals den Sozialismus definieren kann. Es erscheint sehr analog der alten Suche nach einem zentralen Kettenglied oder sonstiger theoretischer Verrenkungen, es erscheint aber auch als ein Ausweichen vor grundsätzlichen Fragen.

(Immerhin: Genosse gba hat in seinem zweiten Artikel darauf verzichtet, seinen ausgesprochen unmarxistischen Standpunkt zur Frage des Streikrechts im Sozialismus zu wiederholen, da sehe ich einen Fortschritt.)

Dieses Muster, von den zentralen politischen Fragen abzugehen, sie regelrecht zu vermeiden, zieht sich durch die Argumentation nicht nur in den einzelnen angesprochenen Fragen durch, sondern es gilt auch für die Grundsatzfrage, die hinter dieser Kritik steht, wie sie schon in der ersten "Diskussionsrunde" deutlich wurde.

Sozialdemokratisch?

In verschiedenen Varianten versucht der Genosse gba für den BWK nachzuweisen, daß der Ansatzpunkt des Programmwurfs des ZK der KPD sozialdemokratisch sei. Nun denn: Wenn es Vulgärmarxismus sein soll, in einem politischen Programm die gesellschaftliche Frage, die heute im Zentrum aller Debatten auch und gerade der Arbeiterklasse steht, als Ausgangspunkt für den Lösungsvorschlag Sozialismus zu nehmen, dann möchte ich für meinen Teil lieber Vulgärmarxist sein, als jemand, der unbedingt seine eigenen politischen Fragestellungen behandeln will, auch wenn sie in der realen Auseinandersetzung nur eine dritt-rangige Rolle spielen. Aber so steht die Frage gar nicht. Nicht so, daß der BWK, bzw. der Genosse gba, der tief-schürfende marxistische Denker ist und die KPD, bzw. der Gen. Weiss, der klobige Vulgärmarxist. Nicht daß ich Anspruch auf ersteres erheben würde oder unsere Partei sich durch besondere theoretische Leistungen auszeichnen würde, das ist nicht der Fall. Aber:

"Aus dem Handeln für Arbeitslose entsteht kein Führungsanspruch, keine Befreiung der Aubeuteten, wenn auch eine Veränderung der Verhältnisse anvisiert ist."

So ein Satz ist eben kein Dokument tief-schürfenden marxistischen Denkens, sondern er ist ganz vulgär falsch. Es geht nicht um ein "Handeln für Arbeitslose", sondern es geht um die Vorstellungen der revolutionären Sozialisten zur Behebung des Problems, das von der Arbeiterklasse seit nunmehr schon längeren Jahren als das zentrale ihrer Stellung empfunden wird. Und da nützt es ebensowenig, darauf hinzuweisen, daß der Grundwiderspruch ein anderer ist, wie etwa die Frage eines BWK Genossen auf diesem Plenum, was denn mit dem Programmwurf sei, wenn es keine Arbeitslosigkeit gäbe. Über die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf jene, die arbeiten, ist, im Gegensatz zu den Behauptungen des Gen. gba, im Programmwurf

sehr wohl etwas gesagt und zwar genau das, was er auch aus dem einstigen KBW-Programm anführt und was auch richtig ist. Währenddessen wäre es vielleicht sinnvoll, daß einerseits die Genossen des BWK zur Kenntnis nehmen, daß es diese Arbeitslosigkeit gibt, und zwar schon länger und keineswegs nur direkt konjunkturell begründet, wie unterstellt wird, daß andererseits festgehalten werden soll, wenn es "sie nicht gäbe" (was immer das auch für Schlußfolgerungen zuläßt), eben eine andere Frage, die dann die Hauptfrage der gesellschaftlichen Auseinandersetzung wäre, im Mittelpunkt eines politischen Programms der revolutionären Sozialisten zu stehen hätte.

Es dreht sich eben um ein Handeln— nicht "für", sondern — "der" Arbeiterklasse und nicht der Arbeitslosen.

Die These, die beim Gen. gba nicht ganz ausgeführt ist, aber von verschiedenen Genossen des ZK des BWK mit teilweise absurden Begründungen ("Die Faschisten reden auch von Planung") auf dem Plenum deutlich illustriert wurde, läuft darauf hinaus, wie ich schon in meiner ersten Antwort meinte, daß der Programmentwurf deshalb sozialdemokratisch sei, weil sein Kern die Planung der Wirtschaft zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit sei. Abgesehen davon, daß ich mich den lockeren Beurteilungen des Gen. gba über Wolfgang Abendroth keineswegs so ohne weiteres anschließen möchte, dreht es sich um etwas anderes. Es dreht sich darum, daß sich die Genossen zu wahren Absurditäten versteigen, um eine direkte Auseinandersetzung um die Frage der Gestaltung sozialistischer Verhältnisse nicht behandeln zu müssen.

Es kann ja wohl— bestenfalls— nur als Haarspalterei bezeichnet werden, wenn etwa so ein Einwand wie der von den Planungsüberlegungen von Faschisten oder Kapitalisten auf Überlegungen eingewandt wird, die von Enteignung usw. ausgehen (wobei die Genossen sicher auch Faschisten finden werden, die von Enteignung gesprochen haben). Wenn der Genosse gba seinerseits dann meint, diese Ziele im Programmentwurf seien eine Rezeption linkssozialdemokratischer Theorien, so wäre es wünschenswert, wenn er dazu den Anschein eines Beweises hätte. Der etwa darin bestehen könnte zu zeigen, welche linkssozialdemokratische Programmatik (so es sie in dieser Form gibt) ähnliche Ziele formuliert wie unser Programmentwurf. Das "Muster" der Argumentation bleibt eben: Man greife sich eine Frage heraus, vermeide grundsätzliche Auseinandersetzungen und verweise auf den Grundwiderspruch. (Für dessen Lösung dann was bleibt? Der Lohnkampf? Informationsflugblätter revolutionärer Sozialisten? Oder was?)

Absichten

Offensichtlich, das machen die bisherigen Äußerungen deutlich, besteht von Seiten des BWK nicht die Absicht, eine Auseinandersetzung insgesamt um unseren Programmentwurf zu führen. Was natürlich sein gutes Recht ist, nur sollte es dann auch so deutlich gesagt werden.

Offensichtlich besteht beim BWK auch nicht die Absicht, einen eigenen Programmentwurf vorzulegen. Was die beste Möglichkeit wäre, zu einer sinnvollen Debatte um Einheit zu kommen. Aber selbstverständlich ist auch das das gute Recht des BWK. Nicht sein gutes Recht allerdings ist es, mit Spekulationen über unsere Partei zu arbeiten, so etwa wenn der Genosse gba argumentiert, die KPD hinge programmatisch sozusagen in der Luft. Spätestens da erhebt sich die Frage der Ehrlichkeit. Denn: Zwar erklärt der BWK einerseits, seine programmatischen Aussagen blieben gültig, in der Praxis ist die Politik des BWK aber längst in offenem Widerspruch zu seinem Programm.

Natürlich ist die Verabschiedung eines Programmentwurfs der KPD auf dem Sonderparteitag, die dieses ZK anstrebt, auch eine Festlegung des Charakters der allgemei-

nen Stoßrichtung und wesentlicher Aussagen eines Parteiprogramms. Die unsere Partei als Plattform sowohl für die politische Tätigkeit im Klassenkampf im allgemeinen wie auch für die Debatte um die Einheit revolutionärer Sozialisten im besonderen als Grundlage betrachtet. Bei der wir sowohl für eine Debatte um Mängel, Fehler und fehlende Inhalte als auch für eine Debatte um mögliche Kompromisse offen sind und bleiben. Aber eben nicht für eine Debatte, die von unehrlichen Voraussetzungen ausgeht und die nötige grundsätzliche Auseinandersetzung meidet.

Unsere Absicht jedenfalls bleibt es, die Einheit revolutionärer Sozialisten im wesentlichen über die programmatische Debatte um die sozialistischen Ziele einer solchen vereinigten revolutionären Partei— die wir für dringend nötig halten— herzustellen, wie sich jede Partei über ihre Zielsetzungen definiert. Wir haben an verschiedenen Stellen unsere Gründe für ein so aufgebautes Programm ganz allgemein dargelegt— jeder Leser der 'Gemeinsamen Beilage' kann das leicht nachvollziehen.

Die Vorgehensweise des BWK, das zeigt sich nicht nur in diesen programmatischen Debatten, hat ihn nicht nur von seinem eigenen Programm mindestens genauso weit weggeführt wie uns von unserem früheren Programm, sondern hat auch bisher bestehende Differenzen zusehends vergrößert. Und dies— aber dies sollte ein anderes Thema sein— beileibe nicht nur wegen der Art seiner Kritik an unserem Programmentwurf, wie sie im Artikel des Genossen gba weitgehend dargestellt ist, sondern unserer Meinung nach in erster Linie wegen der wachsenden Annäherung an revisionistische Positionen in verschiedenen, für die programmatische Debatte wichtigen Fragen. Dieses jedenfalls, so denken wir, läßt sich weitaus konkreter nachweisen als Behauptungen, der Programmentwurf des ZK der KPD sei sozialdemokratisch geprägt. — (Helmut Weiss, KPD)

Wertproduktion trotz Vergesellschaftung?

Der folgende Aufsatz wurde als Beitrag zu einer Diskussion des ZK des BWK über die Kritik am KPD-Programmentwurf verfaßt. Im Laufe dieser Diskussion haben sich einige meiner Interpretationen des Beitrags des Genossen gba als Mißverständnisse herausgestellt. Die Genossen des BWK betonten, daß es ihnen nicht um die gesetzliche Fixierung der Einkommenshöhe gehe und daß die Bezeichnung der Lohnform als Verteilungsform des Mehrwerts darauf verweisen soll, daß in der nachrevolutionären Gesellschaft Kopfarbeiter Löhne erhalten, die ihnen Teile des Mehrprodukts übertragen. Weiterhin hat die Debatte Mißverständlichkeiten in meinem Beitrag aufgezeigt. Er läßt die Übereinstimmung mit der Kritik am KPD-Programmentwurf ("Was die Krise treibt, wird nicht bezeichnet.") nicht erkennen. Darüberhinaus wurde deutlich, daß es mir nicht gelungen ist, herauszustellen, daß das Wesen der Wertproduktion nicht getroffen ist, wenn man den Wert nur als Ausdruck der Arbeitsmenge begreift und nicht darstellt, wie sich die verschiedenen Privatarbeiten nur als Bestandteile der gesellschaftlichen Arbeit ausweisen können, soweit sie sich als Werte beweisen können.

Der folgende Beitrag ist mithin in einigen Teilen durch den Stand der Diskussion überholt. Er mag trotzdem ihre Entwicklung dokumentieren und dazu beitragen, Mißverständnisse auszuräumen und eine Reihe noch offener Fragen herauszuarbeiten. Demselben Zweck sollen auch die folgenden Fragen dienen, die für mich auch nach der Diskussion mit den Genossen des BWK offen blieben:

– Inwiefern besagt die Forderung nach "gesetzlichem Einkommen nur aus Arbeit" und "Aufhebung der Lohnform" etwas anderes als die klassische sozialistische Losung "... jedem nach seiner Leistung"?

– Wie soll konkret hinausgegangen werden über die Leitlinie für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft: "Aufhebung des Gegensatzes von Hand- und Kopfarbeit"?

– Ist die Lohnform Verteilungsform des Mehrwerts, so ist die zentrale Frage nicht, wie derselbe verteilt, sondern wie er produziert wird. Wie hat man sich die Mehrwertproduktion vorzustellen, wenn die Wesensmerkmale jeder Wertproduktion (Privatarbeiten, die sich erst auf dem Markt als Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit erweisen, Konkurrenz) aufgehoben sind?

– Ist es möglich, die "Dschungelgesetze" zu beseitigen, die Wertproduktion aber bestehen zu lassen? (M.W.)

In den Politischen Berichten Nr. 16/85 veröffentlichte ein Genosse gba eine Kritik am Programmentwurf des ZK der KPD. Kritisiert wird, daß die Bestimmung des sozialistischen Ziels, wie sie das ZK vornimmt, unzureichend sei. Diese müsse neben Enteignung der Kapitalisten, sozialistischer Planwirtschaft und politischer Macht der Arbeiterklasse auch die "Abschaffung der Ware Arbeitskraft" umfassen.

Die Kritik von gba zielt nicht auf die fehlende Konkretion der Voraussetzungen des Sozialismus in der BRD, sondern soll aus einer grundsätzlichen Betrachtung des Zusammenhangs von Wertproduktion und Ausbeutung diejenigen Maßnahmen herleiten, die entscheidende Weichenstellungen weg von jeglicher Ausbeuterordnung, hin zum Sozialismus darstellten. Diese Maßnahmen sind nach Auffassung von gba: Abschaffung der Lohnform, worunter verstanden wird Abschaffung jeglicher Verteilung des Konsumtionsfonds, die sich nach der Arbeitszeit richtet. Stattdessen: gesetzlich festgelegtes Einkommen und Arbeitszwang. Denn, so der Autor: "Solange die Lohnform existiert, wird über die Lohnform Mehrwert angeeignet."

Ist das gesetzlich festgelegte Einkommen bei Arbeitspflicht nun wirklich die entscheidende sozialistische Maßnahme, die das Entstehen von neuen Ausbeutungsverhältnissen verhindert?

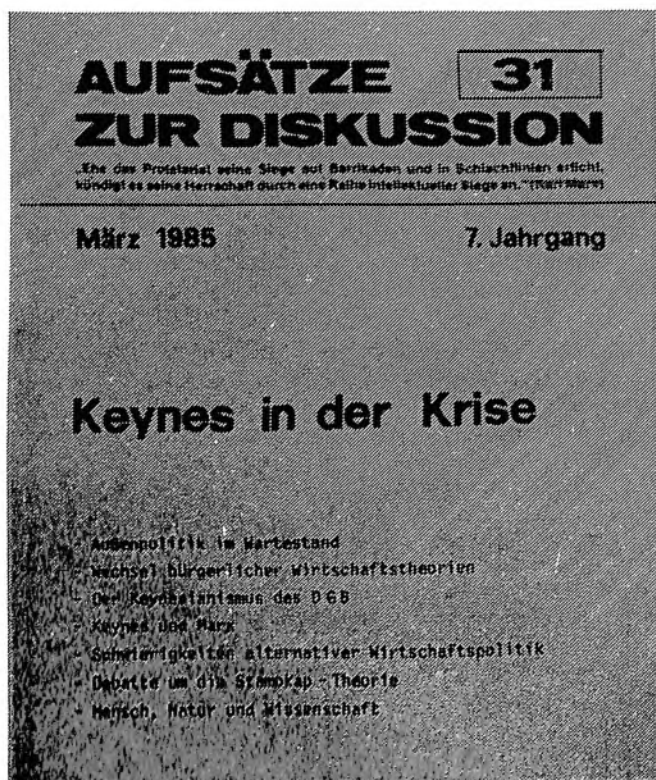
Arbeitszeit als Maß der Produktivkraft Arbeit

Gemeinsam ist allen Produktionsweisen, daß die Arbeitszeit als Maß für die Verteilung ihrer menschlichen Produktivkräfte zur Anwendung kommt. Die konkrete Gestalt der produzierten Gebrauchsgüter wird bestimmt einerseits durch die Priorität, die verschiedenen Arten des Konsums und der Ausweitung der Produktion in zukünftigen Zeiten beigemessen wird. Andererseits gehen gesetzmäßige Zusammenhänge, die Erhaltung der Produktivkraft der Natur und die Abhängigkeit der Arbeitsarten untereinander betreffend, in die Bestimmung der Art der zu produzierenden Güter ein. Werden sie unzureichend berücksichtigt, so vermindern sie über kurz oder lang die Produktion von Gebrauchswerten – die Produktivkraft der geschundenen Natur läßt nach, Produktionsmittel liegen brach oder fehlen zur Weiterführung anderer Produktionsprozesse im beabsichtigten Umfang.

Wie die Proportionen aber immer bestimmt sein mögen, in denen verschiedene Gebrauchsgüter produziert werden, sie entsprechen einer je bestimmten Verteilung der zur Verfügung stehenden Arbeitszeit. Alle diejenigen Qualitäten von Natur, Arbeitsprozessen und Bedürfnissen, die hier eingehen und in ihrer Qualität nicht vergleichbar sind, werden über die Arbeitszeit in einen quantifizierbaren Zusammenhang gestellt. So sind beispielsweise die Transportkapazität einer Bahnlinie in ein Industriegebiet, der Erholungs- und Ertüchtigungswert eines Schwimmbads und die Naturerhaltung durch ein Klärwerk nicht gegeneinander aufrechenbar, genausowenig wie es der Verbrauch der benötigten Rohstoffe ist. Vergleichbar sind die drei Anlagen in Bezug auf die Gesamtmenge an menschlicher Arbeit, die ihre Produktion kostet.

Verselbständigung als Wert

Im Kapitalismus fungiert die Arbeitszeit nicht direkt als Maß einer bewußten Arbeitsverteilung, sondern nur indirekt und jenseits des Bewußtseins der Beteiligten. Sie ist Maß der vergegenständlichten, festgeronnenen abstrakt menschlichen Arbeit, des Werts. Dies ist dem Kapitalismus mit jeder Warenproduktion gemein. Insofern ist es auch nicht ganz richtig, wenn gba schreibt: "Das Kapital will die geschaffenen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit und sie in diese Grenze einbannen, um den so geschaffenen Wert als Wert zu erhalten." Die geschaffenen riesigen Gesellschaftskräfte können in dem oben entwickelten Sinne nur an der Arbeitszeit gemessen werden. Das Kapital "will" sie aber auch gar nicht in erster Linie an der Arbeitszeit messen, sondern ist in erster Linie an der Selbstverwertung des Werts interessiert. Von daher rührt auch seine relative Gleichgültigkeit gegenüber der Erhaltung der Natur und den konkreten Bedürfnissen, die die Produkte der Arbeit befriedigen – soweit würde ich mit dem zitierten Satz übereinstimmen. Problematisch ist es dagegen, das Maß Arbeitszeit ins Zentrum der Kritik zu rücken und nicht die Zersplitterung des gesellschaftlichen Reichtums in die gegeneinander selbständigen Einzelkapitale zu benennen. Der Wert oder vielmehr die Rate seiner Vermehrung, die Profitrate, ist im Kapitalismus das regulierende Zentrum der Produktion, weil die einzelnen Bereiche der "individuellen" Produktion nur über den Markt in Verbindung stehen. Der einzelne Kapitalist bestimmt über Organisation des Arbeitsprozesses, Qualität des Produkts, Art des Roh- und Betriebsstoffeinsatzes. Mit den Grenzen seines Besitzes sind aber auch die Grenzen dieser Organisation gezogen. Jenseits dieser Grenze begegnen sich die



kapitalistischen "Produzenten" nur noch als Warenbesitzer. Die Tatsache, daß die Abstimmung der Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit hier im Nachhinein und ohne bewußte Berücksichtigung der Bedürfnisse und Produktivkräfte vor sich geht und gehen muß, ist der Grund der Verselbständigung und Vergegenständlichung der Arbeitsmenge als Wert und Ware. Die Konkurrenz entpuppt sich dergestalt als notwendige Erscheinungsform der Bewegungen des sich vermehrenden gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Und gba reißt Zusammengehöriges auseinander, wenn er schreibt: "Warum unsere Betonung, daß s t a t t Dschungelgesetzen (sprich der Konkurrenz; Herv. v. mir, M.W.) das Zwangsgesetz der Wertbestimmung die Bewegungen des Kapitals diktiert?"

Auf dieser Auffassung fußt dann auch die Kritik am KPD-Programmentwurf: nur die Ausschaltung der kapitalistischen Konkurrenz durch Enteignung der Kapitalisten und sozialistische Planwirtschaft mit Garantie des Rechts auf Arbeit bedeute noch nicht die Abschaffung des Kapitalismus. Vorausgesetzt, diese Maßnahmen seien verwirklicht, so bleibe die Arbeitskraft trotz allem Ware. Im Programmentwurf fehlten noch die Bestimmungen, die die Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft bewirkten. Dies ist nicht einzusehen. Denn vorausgesetzt, die sozialistische Planwirtschaft sei in vollem Umfang verwirklicht, so ist die Arbeitskraft damit auch keine Ware mehr: Die Arbeiter stehen nicht mehr in Konkurrenz um Arbeitsplätze. Der Konsumtionsfonds der Arbeitenden ist nicht mehr abhängig von den Verwertungsbedingungen des Kapitals und den daraus folgenden Veränderungen am Arbeitsmarkt. Er wird im Plan der Größe nach bestimmt und legt damit die Menge an in Konsumtionsmitteln investierter Arbeit fest. Damit ist auch bestimmt, wieviel dieser Arbeit, d.h. der Konsumtionsmittel, man sich durch eine Stunde Arbeit erwerben kann. Dies ist der Gehalt der sozialistischen Losung "... jedem nach seiner Leistung".

Die Arbeitszeit als Maß der Teilhabe am Konsumtionsfonds

Der Mangel des Programmentwurfs ist, nicht klar zu benennen, daß über abstrakte Festlegungen zum Charakter des Sozialismus hinaus keine weiteren Aussagen über seine konkrete Perspektive getroffen werden können wegen mangelnder konkreter Kenntnisse der Kommunisten. Stattdessen will er darstellen, wie verhindert werden kann, daß die westdeutsche proletarische Revolution zu einer neuen Ausbeuterordnung nach osteuropäischem Muster führt. Die Lösung besteht in ungedeckten Wechseln auf die Verfügungsgewalt und politische Macht der Arbeiterklasse. Zu kritisieren ist der Glaube, antikommunistischen Vorstellungen der Arbeitermassen mit Versprechungen auf sozialistische Demokratie beikommen zu können und damit das nüchterne Feststellen von theoretischen Defiziten der Kommunisten unter den Tisch fällt. Es wird damit gleichzeitig versäumt, die programmatischen Aussagen auf diejenigen Kräfte zuzuschneiden, die heute und auf absehbare Zeit Ansprechpartner kommunistischer Politik sind: die fortgeschrittensten Arbeiter und revolutionär-sozialistische Kräfte. Gegenüber diesen Kräften kommt es nicht darauf an, ein Agitationspapier vorzulegen, sondern die theoretischen Defizite schonungslos zu benennen und einen Weg für ihre Behebung vorzuschlagen. gba läßt sich aber darauf ein, die sozialistische Zielsetzung in den Mittelpunkt zu stellen und schlägt eine "prinzipielle" Lösung vor: Ersetzung der sozialistischen Losung "... jedem nach seiner Leistung" durch die bürokratische "... jedem den gesetzlich festgelegten Betrag". So wenig diese Weiterentwicklung des Sozialismus nötig ist, um die Arbeitskraft ihres Warencharakters zu entkleiden, so wenig hilft sie, die

Möglichkeit anderer Formen der Ausbeutung zu beseitigen. Eine Zuteilungswirtschaft nach dem geforderten Zchnitt birgt keine Garantie in sich, daß nicht neuerlich ein Teil der Gesellschaft über das Mehrprodukt verfügt. Stattdessen birgt sie die Gefahr in sich, die Gesellschaft in ein gigantisches Arbeitshaus zu verwandeln, weil der Arbeitszwang administrativ durchgesetzt werden muß. Darüber braucht man jedoch nicht zu spekulieren, denn in der Beurteilung der Lohnform liegt – wie schon bei der Frage der Konkurrenz – das Problem in der Analyse der kapitalistischen Produktionsweise, nicht in erster Linie im Streit über mögliche Entwicklungen in der Zukunft.

Die Lohnform – Verteilungsform des Mehrwerts?

gba folgert seine Ablehnung von allem, was an Lohn erinnert, aus folgender Feststellung: "Wie aber wird das Mehrprodukt verteilt? Wie kommt es zum Ausbeuter? Nur über die Lohnform." Gegen diese Interpretation sind mehrere Einwände zu erheben. Das Mehrprodukt braucht im Kapitalismus nicht erst zum Ausbeuter zu kommen, da es ihm von vornherein gehört, weil er Besitzer aller Elemente des Produktionsprozesses ist, der Produktionsmittel, der Roh- und Hilfsstoffe, der Arbeitskraft. Über die Lohnform wird lediglich die Wertform des Produkts der notwendigen Arbeit verteilt. Das Produkt der Mehrarbeit gehört, wie das gesamte Produkt, vom Zeitpunkt seines Entstehens an zum Kapital, weil diese Art der Aneignung von Arbeit auf der schon vorausgesetzten Verfügungsgewalt über die Produktivkräfte beruht. Diese Form der Ausbeutung wird deshalb aufgehoben durch Aufhebung der Zersplitterung der Produktivkräfte in selbstständigen Einheiten, die Teile des gesellschaftlichen Mehrprodukts nach Maßgabe der in der Produktion eingesetzten Wertgröße an sich ziehen.

Die Behauptung, "die Verteilung des Mehrwerts wird in der Lohnform vorgenommen", ist noch in einer anderen Hinsicht anzufechten. Diejenigen Verteilungsprozesse, die aufgrund des Ausgleichs zur Durchschnittsprofitrate und der Übertragung von Mehrwert an Handels- und Geldkapitalisten notwendig werden, finden statt über Abweichungen der Warenpreise von den Werten. Der Ort dieser Verteilung ist der Waren- und Kapitalmarkt, auf dem der Kapitalist auch den Anteil des Mehrwerts realisieren muß, der ihm aus der gesamtgesellschaftlichen Mehrwertmasse zusteht. Von Lohnform als Verteilungsform des Mehrwerts kann also keine Rede sein.

Fazit

1) Genausowenig wie die sozialistische Gesellschaft auf die Arbeitszeit als Maß für die Verteilung der Arbeit verzichten kann, genauso wenig widerspricht es ihrem Charakter, daß sie die Arbeitszeit als Maß der Verteilung des Konsumtionsfonds nutzt. Die Lohnform hat im Sozialismus einen qualitativ anderen Gehalt als im Kapitalismus.

2) Gibt es "Fortexistenz von Wertproduktion" in einer Übergangsgesellschaft, so ist die Aufgabe der historisch-materialistischen Untersuchung, die Ursachen für die Fortexistenz der Produktivkräfte unter der Form des Werts aufzudecken. Existiert keine Wertproduktion, aber die Arbeiterklasse steht einem Monopolisten gegenüber, der über die Produktion herrscht und kraft dieser Herrschaft in der Lage ist, die Größe des Konsumtionsfonds zu diktieren, so besteht die Aufgabe der Analyse einer neuen Form der Ausbeutergesellschaft. In jedem Falle trägt die Forderung nach einem gesetzlich festgelegten Unterhaltsgeld weder zur Bewältigung dieser analytischen Aufgabe bei noch schließt sie Ausbeutungsverhältnisse aus. – (Manfred Weiß, KG/NHT)



SU-Abrüstungsvorschläge

Die Mittelstreckenraketen sind noch gar nicht alle stationiert, da haben die USA schon das SDI-Programm gestartet und sind die westeuropäischen Imperialisten, voran die BRD, dabei, unter dem Mantel der "Hochtechnologie" (Eureka) eine große Raketen- und Weltraumrüstung aufzuziehen. Die so angestrebte Weltraum-, Luft- und Ra-

ketenüberlegenheit würde die Gefahr eines blitzartigen imperialistischen Überfalls auf die Staaten des Warschauer Paktes bedeutend erhöhen. Entsprechend nervös reagieren die Regierungen des Westens auf die jüngsten Abrüstungsvorschläge der UdSSR. Sie wollen ihre Einheit bewahren und dem Widerstand im Innern gegen ihre Rüstung wenig Angriffsfläche bieten.

USA: Was wird aus Reagans Steuerplänen?

US-Präsident Reagan macht in der amerikanischen Provinz Werbung für seine Steuerpläne, die noch vor Jahresende den Kongreß passieren sollen. Zu dem Credo seiner angebotsorientierten Wirtschaftspolitik gehört eine drastische Steuersenkung – für US-Kapitale, die nur minimale Steuersätze zahlen, wie für die mittleren und hohen persönlichen Einkommen. In der US-Hochfinanz sind die Steuerpläne der Reagan-Administration, die als Gesetzesvorlagen noch nicht vorliegen, umstritten – u.a. wegen der ohnehin enormen Staatsschuld, die den Zinssatz und den Dollarkurs treibt und die Konkurrenzfähigkeit der US-Monopole verschlechtert.



Mieterinitiativen

Die Münchner Mieterinitiativen führen seit Jahren einen Abwehrkampf gegen die unaufhaltsam steigenden Mieten. Die Forderung nach Erhaltung ihrer Wohnungen als gemeinnütziges Wohnungseigentum steht bei der aktuellsten Auseinandersetzung um 2093 Neue Heimat-Wohnungen im Mittelpunkt. Gegenüber dem Vorhaben der



SPD, der Grünen/ALM und auch zögernd der CSU, diese Wohnung von der Stadt München zu kaufen, gibt es Sperrfeuer von der Bayerischen Staatsregierung, der FDP und Kapitalistenvereinigungen. Können überhaupt Mietpreissteigerungen verhindert werden, wenn in den nächsten Jahren über 50000 Sozialwohnungen durch Rückzahlungen der Darlehen wegfallen?

Arbeitslohn- und -zeitstatistik vom April 85

Haben die Kapitalisten im verarbeitenden Gewerbe generell eingestellt? Wieviele Leute und in welchen Branchen? Mehr Arbeiter oder mehr Angestellte? Mehr Männer oder mehr Frauen? Wie war im Verhältnis zur Beschäftigung der Produktionsausstoß? Wie die Überzeitleistung? – Wir erwarten, daß die Aprilerhebung der Effektivlohnstatistik Möglichkeiten zur sicheren Beurteilung dieser Sachverhalte liefert. Vielleicht läßt sich inzwischen auch zweifelsfrei klären, welche Wirkung der 38,5-Stunden-Abschluß in der metallverarbeitenden Industrie hatte und welche Beschäftigtengruppen unter diesem Abschluß am meisten zu leiden hatten.



Politische Berichte
Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40
Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.